

HSD Düsseldorf

Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften
Bachelorthesis zum Erlangen des B.A. Sozialarbeit/Sozialpädagogik

Erstgutachter: Dipl. Soz.Päd. Alexander Flohé
Zweitgutachter: Prof. Dr. Reinhold Knopp

Stadt und Hausbesetzung

Geschichte und Entwicklungen des urbanen „Häuserkampfes“ in der BRD

Düsseldorf, November/Dezember 2021

vorgelegt von:
Erdogan Aksu
Matr.-Nr. [REDACTED]

*Doch die Leute im besetzten Haus
riefen: »Ihr kriegt uns hier nicht raus!
Das ist unser Haus, schmeißt doch endlich
Schmidt und Press und Mosch aus Kreuzberg raus.«¹*

¹ Liedzeile aus dem *Rauch-Haus-Song* der Band *Ton Steine Scherben* von 1972. Bei den genannten *Schmidt* und *Press* handelt es sich um die *Schmidt & Press GmbH* des Immobilienmaklers Günter Schmidt. Bei *Mosch* handelt es sich um den damals größten privaten Bauunternehmer der BRD Heinz Mosch. Gemeinsam verkörperten sie quasi den gewissenlosen Spekulanten um Immobilien. Beide Beteiligten waren z.B. auch an der Errichtung des *Neuen Kreuzberger Zentrums* involviert gewesen (vgl. Sichtermann 2017; auch <https://www.spiegel.de/wirtschaft/so-exzessiv-und-schamlos-a-16f8a42c-0002-0001-0000-000041986676?context=issue> (zuletzt eingesehen am 24.09.2021)).

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	4
1.1 THEMATISCHE EINGRENZUNG	5
1.2 THEMATISCHER AUFBAU	6
1.3 QUELLEN.....	7
2. HISTORISCHE ENTWICKLUNG VON URBANEN BALLUNGSRÄUMEN	8
2.1 FOLGEN DER INDUSTRIELLEN REVOLUTION	9
2.2 URBANISIERUNG NACH DEM II. WELTKRIEG BIS IN DIE MODERNE	11
3. SOZIOLOGISCHE ASPEKTE VON URBANEN RÄUMEN BZW. WOHN- UND LEBENSVERHÄLTNISSEN.....	14
3.1 DEFINITION VON STADT	14
3.2 STADT- UND RAUMSOZIOLOGISCHE ANSÄTZE EINER (ÖKONOMISCHEN) STADTENTWICKLUNG	16
3.3 INDIVIDUALISIERUNG ALS EIN MOTOR DES (LEBENS-)WANDELS	19
3.4 MARKTWIRTSCHAFTLICH GESTEUERTE GENTRIFIZIERUNG	22
3.5 KAPITALOPTIONEN UND HABITUS	24
4. HAUSBESETZUNG.....	25
4.1 DIE HAUSBESETZER-„SZENE“	26
4.2 FÜNF ARTEN VON BESETZUNGEN	28
4.3 STRATEGISCHE SCHRITTE EINER BESETZUNG	29
4.4 RECHTSFOLGEN EINER HAUSBESETZUNG	30
4.5 DREI ZEITLICHE PHASEN VON HAUSBESETZUNGEN IN DER BRD	31
4.5.1 Frankfurter Anfänge	32
4.5.2 Bundesdeutsche Ausbreitung.....	34
4.5.3 Die Zeit der Wende.....	35
5. HÄUSERKÄMPFE IN BERLIN, HAMBURG UND DÜSSELDORF.....	35
5.1 DER BERLINER HÄUSERKAMPF.....	36
5.1.1 Erste Phase: Besetzungen in den Jahren 1970 bis 1979.....	36
5.1.2 Zweite Phase: Besetzungen in den Jahren 1979 bis 1989.....	37
5.1.3 Dritte Phase: Besetzungen 1989 bis in die Gegenwart	38
5.1.3.1 Mainzer Straße.....	39
5.1.3.2 Liebigstraße.....	40
5.1.3.3 Rigaer Straße.....	41
5.2 DER HÄUSERKAMPF IN HAMBURG.....	42
5.2.1 Hafensstraße	43
5.2.2 Die Rote Flora.....	44
5.2.3 Gängeviertel.....	46
5.3 HAUSBESETZUNGEN IN DÜSSELDORF.....	48
5.3.1 Aktion Wohnungsnot e.V. (AWN).....	48
5.3.2 Die Kiefernstraße in Düsseldorf-Flingern	50
5.3.3 Weitere Hausbesetzungen in den 1990er Jahren.....	52
6. ALTERNATIVE BESETZUNGSFORMEN.....	53
7. BLICK IN EINE ZUKUNFT ODER MÖGLICHE AUSSICHTEN	54
8. RESÜMEE	58
LITERATURLISTE.....	61

1. Einleitung

Etwas mehr als ein halbes Jahrhundert liegt eine der ersten² „westdeutschen“ Hausbesetzungen zurück, als mit der illegalen Aneignung einer Jugendstilvilla am 19. September 1970 auf der Eppsteiner Straße 47 im Frankfurter Westend Studierende gemeinsam mit MigrantInnen ein weit über die Stadtgrenzen hinausgehendes Zeichen setzen wollten (vgl. Schulz 1972). In ihrer Wut, vermischt mit persönlicher Not, denn sie waren teils selbst von den Spekulationsgeschäften des Hauseigentümers betroffen³, wussten sie keinen anderen Ausweg, als schon geräumte Wohnungen in der Stadtvilla zu okkupieren, um so zumindest ihrem Verdruss über die kühl kalkulierten Profit-Ambitionen des Inhabers, aber auch generell über die Wohnungspolitik der BRD einen vehementen Ausdruck und Protestwillen zu verleihen. Dass dies nur eine Initialzündung einer ganzen Reihe von Besetzungen sein würde, konnte die *Hausgemeinschaft Eppsteiner Straße*, wie sie sich selbst zu der Zeit recht unpräzise nannte, vielleicht damals nur vage erahnen. Auch noch fünfzig Jahre nach diesem folgenreichen Ereignis leitet die *FAZ* ihren Artikel *Das ist unser Haus*⁴ (Trautsch 2020) anlässlich des wiederkehrenden „Jubiläums“ und wegen der nachhaltigen Wirkung und wohl auch wegen Beteiligung von späterer (Polit-)Prominenz mit folgenden markanten Worten ein: „*Mit der Besetzung der Eppsteiner Straße 47 im Frankfurter Westend begann am 19. September 1970 der Häuserkampf in Deutschland, an dem auch Joschka Fischer teilnahm. Die Ereignisse prägen Frankfurt bis heute*“. In einem eigens dafür fix angefertigten Flugblatt informierte die Hausgemeinschaft AnwohnerInnen und PassantInnen relativ zeitnah über die recht banalen, aber an einer Stelle apodiktisch auf den Punkt gebrachten Beweggründe für die Besetzung: „*Wir haben das Haus besetzt, weil es keine anderen Wohnungen für uns gab*“ (vgl. *amantine* 2011:15; aber auch *Roth* 1981:48). Inspirationsquelle respektive auch gewisses Vorbild für die recht spontane Aktion waren italienische ArbeitsmigrantInnen, die bereits 1969 in Turin und weiteren norditalienischen Städten tausende Wohnungen und Häuser in Beschlag genommen hatten und die unmissverständliche Parole

² In Köln wurde bereits am 10. April 1970 ein leer stehendes Verwaltungsgebäude einer Schokoladenfabrik besetzt. Somit war es zeitlich vor der Hausbesetzung im September gleichen Jahres in Frankfurt. Im *Spiegel*-Artikel von Sontheimer (2020) wird Frankfurt als die erste westdeutsche Hausbesetzung ausgewiesen. Vielleicht bezieht sich Sontheimer dabei auf die Andersartigkeit der Gebäudeart (Wohnhaus versus Verwaltungsgebäude)? vgl. dazu https://de.wikipedia.org/wiki/Hausbesetzung#cite_note-4 (zuletzt eingesehen am 24.09.2021). Barbara und Kai Sichtermann (vgl. 2017:106) sehen den Grund eher in der Nachhaltigkeit. Die Eppsteiner Straße 47 wurde nicht geräumt oder abgerissen und ist heute von „legalisierten“ MieterInnen bewohnt. Eine nähere Beschreibung der Kölner Besetzung bietet *amantine* (2011:14; 2012:12). Dazu auch Glätzer (1978:26ff).

³ Til Schulz, damals Mitglied im *Sozialistischen Deutschen Studentenbund*, lebte in einer Wohngemeinschaft in der Eppsteiner Straße 47. Er motivierte u.a. die linke Gruppe *Arbeitskreis Wohnen und Mieten* zur spontanen Besetzung des Gebäudes (vgl. Sontheimer 2020 und Schulz 1972).

⁴ Dass der Titel Assoziationen an den Refrain im *Rauch-Haus-Song* der Band *Ton Steine Scherben* (vgl. Sichtermann et al. 2003) hervorruft, ist wohl vom Verfasser bewusst eingesetzt worden. Auch im *Rauch-Haus-Song*, sozusagen dem Kampflied der deutschen HausbesetzerInnen, geht es um Besetzung, Räumung und Kritik an der herrschenden Wohnungspolitik der BRD. Dazu Fußnote 1 und auch Sichtermann 2017.

La casa si prende, l'affitto non si paga (Das Haus nimmt man sich, die Miete bezahlt man nicht) geprägt hatten (vgl. Sontheimer 2020; auch Mayer et al. 1978:177ff).

Seit dieser „Pionierzeit“ kam und kommt es immer wieder zu „Hauserkämpfen“ und Besetzungen in der BRD, da der Handel und die Verknappung von Wohn- und Lebensraum sich nicht verringert, eher im Gegenteil sich kontinuierlich gesteigert hat. Die zumeist im urbanen Raum betriebenen Spekulationsgeschäfte, worin die Ware *Grund/Boden/Wohnung/Immobilie* im neoliberalen Treiben einer unbändigen Gier nach Profitmaximierung zu einer pervertierten Handelsgröße runtergebrochen wird und der einzelne Mensch, sofern er/sie die Preise für überteuerten Lebensraum nicht zahlen will bzw. nicht selten gar nicht erst kann, keine Berücksichtigung mehr findet und so immer weiter an den urbanen und gesellschaftlichen Rand gedrängt und vermehrt auf „gettoisierte“ und deprivierte Stadtviertel (vgl. Best/Gebhardt 2001; Ceylan 2006) ausweichen muss, da ein Leben in „exklusiveren“ Quartieren nur noch einigen wenigen Eliten vorbehalten ist. Die kapitalistische Durchdringung des Wohnungsmarktes führt zu kontinuierlichen sozialen Spannungen und evoziert eine enorme soziale Sprengkraft. Das italienische Beispiel zeigt, dass dies nicht allein ein „deutsches“ Phänomen ist, sondern ein globales.

1.1 Thematische Eingrenzung

Dennoch richtet sich der Fokus im Wesentlichen auf die bundesdeutsche Entwicklung, da ein internationaler Vergleich und somit eine länderspezifische Ausdifferenzierung von systemischen beispielweise wohnungspolitischen Bedingungen und einer den StadtbewohnerInnen inhärenten, also einer auf gesellschaftlichen Traditionslinien basierenden Protestkultur unterschiedlich ausfallen kann und dadurch den Rahmen dieser wissenschaftlichen Abhandlung bei weitem sprengen würde.⁵ Auch die Begrenzung auf den urbanen Raum erfolgt primär aus der einfachen Prämisse heraus, dass die meisten Hausbesetzungen (überwiegend) in Großstädten erfolgten bzw. weiterhin erfolgen, auch wenn sich bestimmt gezielt Beispiele aus dem ländlichen Raum aufzeigen ließen (vgl. dazu Wagner 2009). Aber besonders in städtischen Ballungsräumen verdichten sich komplexe (Sozial-/Sub-)Systeme (vgl. dazu Luhmann 1984; Eckhardt 2009) und generieren differenzierte und unterschiedliche Vakua. Dadurch wird Stadtraum selbst zum Spiegelbild und Aushängeschild gesellschaftlicher und politischer Machtverhältnisse. Sozialräumliche Entwicklungen werden von den BewohnerInnen somit in direkter Konsequenz erfahrbar und können im Sinne von Transformationsprozessen „kreative“ Lösungen stimulieren wie aber auch destruktive

⁵ Ein internationaler Vergleich von Rauman eignungsprozessen wäre eventuell Desiderat für weitergehende Abhandlungen im Sinne von Master-Arbeiten oder Dissertationen.

Verdrängungsmechanismen (Ausgrenzung, Vertreibung, Zerstörung etc.) in Gang setzen. Kreativ meint dabei aber, im Sinne von Protest, Rauman eignung und Umfunktionierung neue Lebens- und Denkräume zu installieren und Stadt auch als „Reallabore“ (vgl. dazu Schneidewind 2014) von alternativen Wohnformen zu begreifen. Denn erst durch die sozialen Interaktionen der StadtbewohnerInnen werden Lebensräume zu dem gemacht, was sie dann letztendlich sind (vgl. Keller et al. 2018:IV). Zwar werden die meisten Räume in der Hausbesetzerszene „illegal“ angeeignet, doch sind solche Okkupationen oft verbunden mit (politischen) Forderungen nach mehr Freiräumen, die abseits von gängigen, normativ-kapitalistischen Werteklischees alternative Plätze offerieren, in denen (gesellschafts-)kritische Diskurse forciert und auch Schutzräume vor Diskriminierungen geboten werden (vgl. ebd.; zudem amantine 2012).

1.2 Thematischer Aufbau

Um grundlegende Entwicklungen und Veränderungen von Städten, speziell in (West-)Deutschland besser einfangen zu können, werden im zweiten Kapitel der Arbeit in einem inkrementellen Ansatz die wesentlichen historischen Entwicklungsschritte von urbanen Ballungsräumen nachskizziert. Dieser vereinfachte Exkurs in die Stadtentwicklung soll mit dem dritten Kapitel zusammen, worin es dann mehr um (stadt-/raum-)soziologisch-ökonomische und gesellschaftsrelevante Standpunkte geht - beispielsweise was ist perspektivisch überhaupt mit Stadt(-Raum) gemeint -, als Hintergrundfolie dazu dienen, im thematischen Kontext von *Stadt und Hausbesetzung* urbane Raum-/Wohn- und Lebensverhältnisse besser erschließen und reflektieren zu können. So soll ermöglicht werden, historische und soziologische Bruchstellen und Bezüge, die das Leben in der Stadt betrafen/betreffen, in direktem Kontext - im Sinne einer kausalen Reihung - als mögliche Gründe für urbane „Rauman eignungsprozesse“ zu betrachten. Dadurch können Ursache und Folge von gesellschaftsrelevanten Prozessen gezielter in Zusammenhang gestellt oder zumindest als eine mögliche weitere Ebene in Betracht gezogen werden. In der Hoffnung, durch den holistischen Ansatz einen mehrdimensionalen Blick auf den Themenbereich zu gewinnen, werden im vierten Kapitel allgemeine Definitionen, Bedingungen, Konsequenzen und historische Zeitabschnitte von Hausbesetzungen eruiert. Gewissermaßen dient dieses „Präludium“ als Eintritt in die Thematik *Hausbesetzung*, bevor im fünften Kapitel Besetzungen aus drei unterschiedlichen deutschen Großstädten näher betrachtet werden. Die Auswahl und Begrenzung auf die Städte Düsseldorf, Hamburg und Berlin hat dabei folgende Gründe: Düsseldorf kommt schon aufgrund der Kiefernstraße und der persönlichen Nähe und der dort angesiedelten Hochschule (HSD), in deren Rahmen auch die Arbeit angefertigt wurde, in die engere

Auswahl, Hamburg und Berlin aufgrund ihrer speziellen Geschichte des Häuserkampfes, die bis in die Gegenwart hineinreicht und immer noch für tagesaktuelle Schlagzeilen sorgt. An dieser Stelle können natürlich auch Städte wie Leipzig, Dresden oder Freiburg stehen, auf die aber aufgrund der begrenzten Seitenzahlen nicht näher eingegangen werden kann. Exemplarisch sollen aber an den drei ausgewählten Städten jene Entwicklungen, Unterschiede und gegenwärtigen Konflikte und Perspektiven aufgezeigt werden, die wahrscheinlich mehr oder weniger für viele weitere Besetzungen Geltung haben. Einen kurzen Seitenblick erlaubt das sechste Kapitel, da hier knapp „alternative“ Raumaneignungen beschrieben werden, bevor dann im vorletzten Kapitel ein Ausblick auf mögliche Perspektiven von Besetzungen gewagt wird. In einem abschließenden Resümee werden die grundsätzlichen Ergebnisse noch einmal paraphrasierend zusammengefasst. Alle hier erwähnten Kapitel dienen dem letztendlichen Zweck der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Stadt und Hausbesetzungen nachzugehen, um auch die Bewegung der nationalen BesetzerInnenszene im historischen Kontext zu urbanen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen besser verorten zu können. Dazu gehört eben auch Gründe und Ursachen für Besetzungen u.a. aus soziologisch und ökonomisch relevanten Perspektivierungen heraus unter die Lupe zu nehmen.

1.3 Quellen

Als Quellen für die Entwicklung und historische Verortung von Hausbesetzungen in der BRD dienen u.a. die Werke wie *Das ist unser Haus. Eine Geschichte der Hausbesetzung* (2017) von dem ehemaligen Bassisten der Band *Ton Steine Scherben* Kai Sichtermann und seiner Schwester Barbara und die beiden kleineren Bände von amantine *Gender und Häuserkampf* (2011) und *Die Häuser denen, die drin wohnen!* (2012). Auch wenn die chronologische Aufarbeitung von nationalen Hausbesetzungen in diesen Büchern zum Teil sehr „subjektiv“ und somit vielleicht nicht völlig wertneutral geschildert wird, so sind sie doch (relativ) gegenwärtige Belege einer „lebhaften“ und „emotionalen“ Auseinandersetzung und eines kontinuierlichen Interesses an dem Thema. Das von Stefan Aust und Sabine Rosenblatt 1981 herausgegebene Buch *Hausbesetzer. Wofür Sie kämpfen, wie sie leben und wie sie leben wollen* ist in dieser Hinsicht nicht mehr ganz so aktuell, da es wichtige Entwicklungen der 1980er/1990er bis in die Gegenwart hinein nicht mehr erfasst. Gleiches gilt für das von Michael Haller im selben Jahr (1981) publizierte Buch *Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft*. Daneben gibt es zahlreiche Bachelor- und Masterarbeiten (z.B. Wetzel 2014; Keller et al. 2018; Lansing 2020 usw.), die sich ebenfalls mit dem Thema Hausbesetzung/Raumaneignung beschäftigen und sich dabei im

Wesentlichen auf amantine beziehen. Diplom- und Masterarbeiten waren ebenso hilfreich, wenn es um die Einordnung lokaler Geschehnisse ging. Zu nennen wären hier z.B. die bereits 1995 angefertigte Diplomarbeit *Politische Aktionen gegen Wohnungsnot und Umstrukturierungen und die HausbesetzerInnenbewegung in Düsseldorf von 1972 bis heute* von Volker Rekitke und Klaus Martin Becker oder die von Kristina Scholdt angefertigte Masterarbeit *Das Gängeviertel in Hamburg. Ethnographie einer spätmodernen Hausbesetzung* (2011). Bei Rekitke/Becker (1995) und vor allem Keller et al. (2018) wird das Verständnis um Ursache von Hausbesetzungen ein Stück weit differenzierter ausgeleuchtet, da hier auch Aspekte einer Stadt- und Raumsoziologie miteinfließen, die in der vorliegenden Arbeit ebenfalls Berücksichtigung finden. Als wichtige stadt- und raumsoziologische Forschungsbeiträge sind an dieser Stelle vor allem die zahlreichen Aufsätze von Martina Löw und Andrej Holm zu nennen, die in dieser Hinsicht vieles an Grundlagenforschung für Stadtentwicklung beigesteuert haben. Besonders Holm hat sich in seinen vielen, auch aktuellen Beiträgen kritisch mit wohnpolitischen Entwicklungen befasst (z.B. Holm 2021;2019 usw.). Ferner bietet der von der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* produzierte Podcast mit dem Titel *Geschichte der Hausbesetzung*⁶, in der u.a. auch eben Andrej Holm zu Wort kommt, kompromittierte Einblicke und Aspekte in das Thema, die ebenfalls bereichernd für die Arbeit waren. Daneben liefern die soziologischen „Klassiker“ Lefèbvre, Bourdieu, Harvey⁷, Beck uvm. entscheidende Impulse für das Verständnis von gesellschaftlichen Zusammenhängen, speziell was den urbanen Menschen und Sozialraum betrifft. Zahlreiche Zeitungsartikel, die tagesaktuelle Geschehnisse aufgreifen und so zu einem diskursanalytischen Meinungsbild beisteuern, sind weitere wichtige Quellen, die für das Thema *Stadt und Hausbesetzungen* sehr dienlich sind.

2. Historische Entwicklung von urbanen Ballungsräumen

Neben antiken Stadtgründungen, die bis auf die Römerzeit zurückgehen (Köln, Neuss, Trier), sind vor allem als historische Stadttypen Planstädte des Absolutismus des 17. und 18. Jahrhunderts bekannt (Dresden, Potsdam, Mannheim) oder die seit dem 19. und 20. Jahrhundert vermehrt zu findenden Verwaltungs- und Industriestädte (Leuna, Leverkusen, Wolfsburg). Daneben wurden vor allem im angelsächsischen Raum in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die sogenannten *New Towns* (Letchworth, Welwyn Garden) errichtet, die als Neugründungen Ballungsräume entlasten und strukturschwache Regionen (wieder-

⁶ Zu finden ist der Podcast unter dem Link: <https://www.rosalux.de/rosalux-history> (zuletzt angehört am 26.10.2021).

⁷ Eine genauere Erläuterung und einen Vergleich der Raumtheorien von Lefèbvre, Bourdieu und Harvey bietet das Buch von Hans-Jürgen Macher (vgl. 2007).

)beleben sollten (vgl. Kreuz/von der Ruhren 2008: 272f). Diese urbanen „Grundtypen“ sind natürlich nicht immer so fein voneinander sezierbar wie hier möglicherweise idealtypisch dargestellt wird, da sich die Morphologie von Städten im Laufe der Zeiten sehr gewandelt hat - besonders im Kontext von Krieg, Frieden und Prosperität - und sich urbane Ballungsräume auch oft zu einem anderen als ursprünglich geplanten Stadttyp hin entwickelt haben⁸ oder verschiedene „Stadtcharaktere“ aufgrund von sukzessiver Ausbreitung in einem urbanen Ballungsraum zusammenfallen.

2.1 Folgen der industriellen Revolution

Heutige Stadtstrukturen sind im Wesentlichen auf die Zeit der Industrialisierung zurückzuführen, als neue Produktionsweisen, Verkehrstechnologien und damit verknüpft neue infrastrukturelle Anforderungen das Gesicht der Stadt grundlegend verändern sollten.⁹ Andererseits ermöglichten erst städtische Eigenschaften (Konzentration und Infrastruktur) die Rahmenbedingungen für die industrielle Produktion. Durch den Mehrbedarf an ArbeiterInnen kam es zu einer bis dahin nie dagewesenen Dimension von Arbeitsmigration in die Städte, da vornehmlich massenweise Arbeitskräfte vom Land (Landflucht) in die urbanen Ballungszentren strömten auf der Suche nach Lohn und Brot. Durch den Zustrom vieler, meist junger Männer und Frauen kam es synchron zu einer grundlegenden Verschiebung und explosionsartigen Zunahme der Stadtpopulation (vgl. Häußermann et al.: 2008:27f). Daneben bewirkte die ökonomische Transformation der Städte eine enorme räumliche Expansion (vgl. Zehner 2001:107ff). Dies führte im Einzelfall auch zu kompletten Neugründungen von Städten (Oberhausen), meist angesiedelt in unmittelbarer Nähe zum Unternehmen, das sich wiederum an lokalen Rohstoffvorkommen orientierte (Ruhrgebiet). Lagen vor der Industrialisierung noch Lebens- und Arbeitsstätten oft dicht beieinander, meist vereint unter einem Dach (Handwerk), so kam es durch die industrielle Fertigung in Fabriken und größeren Produktionsstätten zu einer historischen Zäsur und einer entscheidenden Trennung von Arbeit und Wohnen. War Wohnen bisher Ausdruck von zahlreichen gemeinschaftlichen Merkmalen und die herrschende Haushalts- und Wirtschaftsform das „Ganze Haus“ gewesen - quasi im Sinne einer notwendigen Arbeits- und Überlebensgesellschaft - so wurde dieses nun langsam mit der Industrialisierung durch neuere Lebens- und Wohnformen ersetzt

⁸ Der durch die Nazis geplante und breit angelegte klassizistische Monumentalumbau Berlins durch Ost-West-/Nord-Süd-Achsen zu einer neuen gigantomanischen (Welt-)Hauptstadt *Germania* wäre ein Beispiel von größenwahhaftem Veränderungswillen gewesen (vgl. dazu Reichhardt/Schäche 1998).

⁹ In vielen Texten wird auch vom *Fordismus* und *Postfordismus* gesprochen (so auch bei Holm/Kuhn 2010; Reikittke/Becker 1995 usw.) Darunter wird das Zeitalter der industriellen Massenproduktion gefasst, benannt nach Henry Ford, der durch seine Autoanfertigung am Fließband die standardisierte Produktion eingeführt hat. Mit *Postfordismus* ist dann jene Entwicklungsstufe gemeint, die das Konzept der Massenproduktion durch neue Arbeitsorganisationen und Produktionsweisen ablöst (vgl. Hirsch/Roth 1986).

(siehe auch Kap. 3.3). Durch die Verlegung des Arbeitsplatzes aus den familiären (Haus-)Bindungen verloren als erstes die nicht verwandten Haushaltsmitglieder (Gesellen, Hausbedienstete, HelferInnen) ihre bisherige „Existenzberechtigung“ und somit ihre sicher geglaubten Stellungen im Haushalt (vgl. Fedrowitz/Gailing 2003:19). In der weiteren Entwicklung schälten sich zunehmend die sogenannten Privathaushalte heraus, die gekennzeichnet waren durch eine reduzierte Anzahl an (Familien-/Wohn-)Mitgliedern und eine neue Form von Emotionalität und Intimität innerhalb der Kleinstfamilie. Auch die Notwendigkeit der Selbstversorgung wurde schrittweise durch neue Versorgungsstrukturen (Güterkauf und Dienstleistungen), wenn nicht im Ganzen, dann doch zumindest in Teilen aufgebrochen¹⁰, so dass die Lebensführung der Menschen immer weniger auf eine (groß-)familiäre Absicherung angewiesen war (vgl. Häußermann/Siebel 2004:72). Parallel formierte sich mit dem Zuzug vieler Millionen von Menschen eine neue soziale Klasse, nämlich die *Arbeiterklasse* - von Karl Marx auch als *Industrieproletariat* bezeichnet, von dem nochmal das *Lumpenproletariat*¹¹ zu unterscheiden ist. Der Arbeiterklasse stand das Bürgertum, oder im Sinne der marxistischen Terminologie, die wohlhabende *Bourgeoisie* gegenüber (vgl. Engels:MEW 1972). Der Klassenunterschied manifestierte sich nicht nur in den Besitzverhältnissen, sondern auch in architektonischer wie geographischer Hinsicht. Neben repräsentativen und wohlhabenden Villenvierteln, meist am grünen Stadtrand, und innerstädtischen Bürgerhäusern wurden für die Arbeiterklasse oft rein funktionale und existenzdichte Arbeitersiedlungen und Mietskasernen errichtet, die größtenteils nahe der Produktionsstätte lagen und damit oft einer erhöhten Umweltbelastung ausgesetzt waren. Die Wohnverhältnisse waren im allgemeinen um ein Vielfaches schlechter als gegenüber anderen, besser gestellten Bevölkerungsschichten (vgl. Lansing 5f; dazu auch Häußermann/Siebel 2004:25f). Um dieser Entwicklung und gesellschaftlichen Schieflage etwas entgegenzuwirken, kam es im 19. Jahrhundert zu partikulären Ambitionen¹², dem vorschnellen und unkontrolliertem Wachstum der Industriestädte Einhalt zu gebieten und als Reaktion auf unzumutbare Wohn- und Lebensverhältnisse. Ein besonderer städtebaulicher Reformansatz wurde durch den Briten Ebenezer Howard (1898) implementiert, indem er im Speckgürtel von Großstädten

¹⁰ Die „eigene Scholle“ war ein bis weit in die 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem innerhalb der Arbeiterschaft geflügeltes Wort für einen eigenen Kleingarten, worin die ArbeiterInnen als SelbstversorgerInnen Obst und Gemüse anbauen sollten. Ohne diese zusätzliche „Lebensmittelquelle“ ging es oft auch gar nicht. Viele Arbeiter-/Werksiedlungen wurden von den Fabrikbesitzern schon mit kleinen grünen „Schollen“ konzipiert. (vgl. Knopp 2006; aber auch Kil/Zwickert 2003). Heutzutage erfährt die Selbstversorgung im eigenen Beet eine Renaissance.

¹¹ Mit *Lumpenproletariat* bezeichnet Karl Marx abfällig jene „Kaste“, die für ihn ohne Klassenbewusstsein war und keiner geregelten Lohnarbeit nachging, somit für ihn zur untersten sozialen Schicht gehörte (vgl. Wimmer 2021).

¹² So begann z.B. der französische Utopist Charles Fourier Anfang des 19. Jahrhunderts Entwürfe für genossenschaftliche Mustersiedlungen zu entwerfen oder auch der Schotte Robert Owen, der um die gleiche Zeit die Idee von gemeinschaftlich organisierten Industriedörfern einbrachte (vgl. Fedrowitz/Gailing 2003:21).

sogenannte *Gartenstädte* anlegen wollte, um so die Bevölkerungsdichte von Ballungsgebieten zu entzerren und gleichzeitig eine Synthese aus natur- und stadtnahem Wohnen zu ermöglichen (vgl. Hagen 2016:10ff; Posener 1968). Die Realisierung solcher idealtypischen städtebaulichen Konzepte wurde zwar nur sehr selten in ihrer Gesamtheit umgesetzt, doch wirkten der Reformgedanke der Gartenstadt und seine Ideen für mehr Begrünung, Licht und Luft besonders in Deutschland und seiner eigenen nationalen Gartenstadt-Bewegung lange Zeit nach (vgl. Will/Lindner 2012; siehe auch Fußnote 10). Auch Stimmen nach einer „autogerechteren“ Stadt, die den neuen Mobilitätsanforderungen mehr Platz einräumen wollten, vermischten sich mit dem Chor der progressiven PlanerInnen und MahnerInnen.¹³ Eingeflossen sind solche und ähnliche Forderungen und Ideen zum Beispiel in die sogenannte *Charta von Athen*, in der manifestartig von führenden avantgardistischen Architekten und Stadtplanern unter der ambitionierten Leitung von Le Corbusier Anforderungen an zukünftige Stadtplanungen ostentativ fixiert wurden, um urbane Zentren für die Zukunft lebenswerter zu gestalten. Die Kernforderungen der *Charta* fasst der Geograph Heinz Heineberg (2014:137; zitiert nach Korby/Heckl 2008:38f) wie folgt - auch kritisch - zusammen:

„Es handelt sich um ein Manifest mit einem programmatischen Thesen- und Forderungskatalog (95 Leitsätze zum Städtebau), das [...] 1941 anonym von Le Corbusier veröffentlicht wurde. Der Kern der Forderungen war die räumliche Trennung der vier Funktionen Wohnen, Freizeit, Arbeiten und Verkehr im Städtebau, d.h. eine systematische Aufgliederung der Stadt in räumlich klar getrennte Funktionsbereiche (Funktionalismus im Städtebau, funktionale Stadtgliederung). Diese Zielsetzung von einer sog. Funktionellen Stadt, die schon im Gartenstadtmodell von E. Howard Berücksichtigung gefunden hatte, hat im Städtebau der Nachkriegszeit häufig zu einer starren Zuordnung von Funktion und Fläche geführt [...].“

2.2 Urbanisierung nach dem II. Weltkrieg bis in die Moderne

Der Zweite Weltkrieg war für die deutschen (Groß-)Städte verheerend. Praktisch fast jede deutsche Stadt mit mehr als 50.000 EinwohnerInnen wurde durch die alliierten Bombenangriffe schwer oder wie Düsseldorf, Essen, Köln fast vollständig zerstört - die Kölner Innenstadt wurde beispielsweise zu fast 95 % zerstört (vgl. Vinken 2010 und Aders 2004). Dazu kamen noch massive Bevölkerungsverschiebungen von mehreren Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen aus Osteuropa und dem östlichen Mitteleuropa aufgrund der Niederlage im Weltkrieg. Im Hinblick auf die Situation der vielen Obdach suchenden Menschen war das vorrangigste Ziel die Wiederherstellung und Beschaffung von Wohnraum. Für die große Zahl an benötigten Wohnhäusern musste dann oft auf das suburbane Umland ausgewichen

¹³ In Frankfurt kam es bereits vor dem Ersten WK zu einer Altstadtsanierung. Diese „[...] diente nicht nur der Schaffung menschenwürdigerer, z.B. auch hygienischerer Wohnverhältnisse, sondern insbesondere nach 1918 auch der Anpassung an „neuezeitliche“ Verkehrsverhältnisse.“ (Stambolis 1996:353)

werden, auch mit der Konsequenz, dass der Weg ins Stadtzentrum immer öfter mit dem eigenen Auto zurückgelegt werden musste (vgl. Lansing 2020:6; Becker 2014:37). Ein zentrales Leitmotiv der Stadtentwicklung der 1950er und 1960er Jahre war eine nach US-amerikanischem Vorbild kapitalistische Durchdringung und Verwertung von Stadträumen, speziell was die Zentren anging. Mit dem 1950 verabschiedeten ersten Wohnbaugesetz der BRD wurden innerhalb von nur sechs Jahren zwei Millionen neue Sozialwohnungen errichtet - auch wenn es sich dabei meist um qualitativ mindere Bauten handelte. Ab dem Jahre 1956 wurde unter dem Eindruck eines zunehmenden Wohlstandes (Wirtschaftswunder) das zweite Wohnbaugesetz verabschiedet, aber diesmal rückte das Eigenheim ins Visier der staatlichen Förderung. Dies entsprach auch den Ambitionen der meisten Familien, nämlich in Bezug auf den Besitz von eigenen vier Wänden in „idyllischer“ Begrünung. (vgl. Strubelt 2000:227f; Lansing ebd.). Marode und unsanierte Altbauten, oft in zentraler Stadtlage, lagen zu diesem Zeitpunkt daher vorwiegend nicht im Interesse von „bürgerlichen“ Familien, sondern wurden mit Vorzug und oft völlig überteuert an GastarbeiterInnen und/oder prekarierte Bevölkerungsgruppen vermietet (ebd.; Rühlers 2018). So gegensätzlich die politische Ausrichtung des geteilten Deutschlands war, so unterschiedlich gestaltete sich auch der Wiederaufbau in West- und Ostdeutschland, besonders im Hinblick auf die Innenstädte. Die westdeutschen Zentren wurden aus einem Konglomerat aus teils unsanierten und wiederhergerichteten Gebäuden oder kompletten modernen, aber meist normierten Wohnblöcken bestimmt, wobei mit vorausschauendem Blick die neue Mobilitätswelle durch breite Straßen entsprechend gewürdigt wurde.¹⁴ Auch der zunehmende Konsum von produzierten Massengütern beeinflusste das Bild der Innenstädte, indem große Konsumtempel und Warenhäuser ins Stadtzentrum rückten. Im Osten sah die Gangart etwas differenzierter aus. Hier wurden in erster Linie Stadtkerne mit repräsentativen Elementen im Sinne einer „sozialistischen“ Vorzeigestadt geplant, mit breitangelegten Plätzen oder Straßenachsen (Karl-Marx-Allee/Berlin) und singulären „Prachtbauten“ im Stile eines *Sozialistischen Klassizismus*. In der Hauptsache bestimmten aber meist triste Plattenbauten und Satelliten- und Trabantenstädte die Wohnkultur des deutschen Arbeiter- und Bauernstaates. Für die Dekade der ersten (Industrie-)Moderne der BRD der 1950er/1960er Jahre sind für Michael Galuske (2002) folgende Punkte besonders bemerkenswert: sichere Arbeitsplätze unter Vollzeitbeschäftigung, damit einhergehend ein Gefühl von Sicherheit und Planbarkeit von Zukunft,

¹⁴ So machten sich z.B. führende Architekten wie Wilhelm Riphahn, Karl Band oder Rudolf Schwarz intensive Gedanken um den Wiederaufbau der Stadt Köln. Die Palette reicht dabei vom komplettem Neuaufbau bis zur Herstellung der ursprünglichen historischen Form, oder, wie eben bei Schwarz, einer Verschmelzung beider Ansätze in seinem Konzept der Doppelstadt (vgl. Aksu 2019:111ff).

basierend auf einem „klassischen“ Familienbild (Ehemann=Ernährer / Ehefrau=Mutter+Hausfrau). Erste gesellschaftliche Risse machten sich aber ab Mitte/Ende der 1960er Jahre bemerkbar. Traditionelle Familien- und Geschlechterrollen wurden immer mehr in Frage gestellt und aufgebrochen (Antibabypille, sexuelle Revolution), was u.a. zu einer Auseinandersetzung mit der jüngeren Vergangenheit führte (68er-Bewegung, Studentenproteste). Es formierte sich ein Widerstand gegen die Folgekosten einer *fordistischen*¹⁵ Produktionsweise, die auf eine standardisierte Massenproduktion und einen standardisierten Massenkonsum setzte. In diesem Kontext wird auch von einer *Krise des Fordismus* gesprochen (vgl. Hirsch 1985). Besonders die junge Generation rebellierte gegen diese normierte Gleichförmigkeit.¹⁶ Auch die Ölkrise von 1973 löste innerhalb von breiten Bevölkerungsteilen ein ökologisches Umdenken aus, von einer bis dato fast widerspruchsfreien urbanen Mobilitätspolitik zu einer beginnenden Kritik an fossilen Verbrennern (spätere Anti-AKW-Bewegung folgte). Mit dieser reüssierten Trendwende wurden in Folge innerhalb der städtischen Planungspolitik Zentren für den Autoverkehr komplett gesperrt oder Fußgängerzonen weiter ausgebaut bzw. ein Schwerpunkt mehr auf den Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln gelegt. Daneben bewirkte die Tertiärisierung von westdeutschen Städten durch eine Spezialisierung und Festlegung auf bestimmte Dienstleistungssektoren (Versicherung, Banken, Kommunikation, Verwaltung) eine zusätzliche Konzeptverlagerung urbaner Strukturen, die sich in Verteilung von städtischen Schwerpunkten über das Gebiet der Bundesrepublik bemerkbar machte und die noch bis in die heutige Gegenwart nachwirkt. Gerade wegen der seit den 1980er/1990er Jahren einsetzenden De-Industrialisierung von Städten, die mit dem Untergang und Wegzug von Industriezweigen zusammenfällt und aus der u.a. ein verstärkter Ausbau der Dienstleistungsökonomie resultierte, kommt es zu einer „Re-Urbanisierung“ von Stadtzentren (vgl. Strubelt 2000:228f). Um dem innerstädtischen „Verfall“ rechtzeitig zu begegnen, haben Marketing- und StadtstrategInnen z.B. kurzerhand brachliegende Industrieareale in Shopping Malls, Entertainment Center oder lukrative Themenparks (Centro Oberhausen) ummodelliert. Kommerz, Unterhaltung und Eventveranstaltungen werden somit zum neuen Lebensdestillat und Pulsgeber von Städten insinuiert und zu einer neudeklinierten Faszination und Verlockung für das Großstadtleben. Dass durch die hinzugewonnenen Attraktionen und den steigenden Trend zum Wohnen in der Stadt - am besten in geräumigen Lofts mit fußläufigen Arbeits-, Freizeit- und

¹⁵ Siehe dazu auch Fußnote 9.

¹⁶ Vgl. den Podcast-Beitrag von Andrej Holm in <https://www.rosalux.de/rosalux-history> (zuletzt angehört am 27.10.2021).

Vergnügungsoptionen - auch eine Veränderung der Mieterschichten und Mietpreise einhergeht, wird an anderer Stelle der Arbeit noch genauer thematisiert (siehe Kap. 3.2- 3.3).

3. Soziologische Aspekte von urbanen Räumen bzw. Wohn- und Lebensverhältnissen

Mit Anerkennung der Soziologie als eigenständiger Wissenschaft zum Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts konstituierte sich schon sehr bald danach auch die Stadt- und Raumsoziologie als ein eigenes Forschungsgebiet innerhalb der jungen Soziologie. Denn schon sehr früh wurde erkannt, dass ein soziologisches Verständnis von modernen Gesellschaften vor allem über das Verständnis der Urbanisierung erfolgen muss. Erste „soziologische“ Ansätze über den Zusammenhang von Gesellschaft und Raum formulierten bereits Émile Durkheim und Georg Simmel. So setzte sich Durkheim z.B. intensiv mit der Frage auseinander, wie Räume sich im Bewusstsein der Gesellschaft konstituieren und repräsentieren (vgl. Löw/Sturm 2005:32; Durkheim/Mauss 1993; Durkheim 1981). Simmel widmete sich hingegen mehr der Frage nach Konzeptionen des sozialen Raumes (vgl. ebd.:34; Simmel 1995). Seither versucht speziell die Stadt- und Raumsoziologie mit empirischen Methoden den Lebensbedingungen von Stadtmenschen in Interaktion zu den Raumformationen der Gesellschaft auf den Grund zu gehen. Denn die Frage nach Anordnung und Organisation von Raum in Korrelation mit Machtverhältnissen formiert einen evidenten Wirkungszusammenhang, der für (Stadt-/Raum-)SoziologInnen einer besonderen empirischen Aufmerksamkeit unterliegt (vgl. Löw 2010:606; Löw 2012; Kessl/Reutlinger 2007). Darüber hinaus wird Raum nicht mehr als eine unveränderbare materielle Matrix gedeutet, die als eine Art Folie und determinierte (Natur-)Größe für alle Menschen gleich konstitutiv ist, von der dann ausgehend alle sozialen Prozesse usurpiert werden. Vielmehr liegt ein dialektischer Prozess vor, wenn Raum selber zum sozialen Produkt generiert, von dem wiederum die Gesellschaft geprägt wird. Aber auch der Raum selber ist über die Gesellschaft beeinfluss- und veränderbar (vgl. Löw/Sturm 2005:31; auch Werlen/Reutlinger 2005). „*Der Begriff des Raums bietet so zunehmend ein komplexes Rahmenkonzept, in dem sich verschiedene theoretische wie empirische Forschungen einander zuordnen lassen*“ (ebd.).

3.1 Definition von Stadt

Referenzgrößen für die Definition, was ist Stadt und was nicht, lassen sich zahlreiche in der (Fach-)Literatur finden (z.B. Bahrdt 1961 oder Delfante 1999). So kann die Einwohnerzahl als Maßstab herangezogen werden, aber auch die geografische Lage und Größe bzw. die architektonische Konzeption und Aus-Gestaltung oder auch soziologische und psychologische Merkmale, die bedeutend für die Definition von Stadt sein können. Eine frühe

Minimaldefinition mit einigen der bereits umrissenen Punkten lieferte der Chicagoer Soziologe Louis Wirth: „Für soziologische Zwecke kann die Stadt definiert werden als eine relativ große, dicht besiedelte und dauerhafte Niederlassung gesellschaftlich heterogener Individuen“ (Wirth 1974:48; zitiert n. Löw 2010:606). Einen sublimeren Forschungsansatz verfolgt Henning Füller (2014:71f; auch Keller et al.:8), wenn er einer exakten Kategorisierung eher kritisch gegenübersteht oder diese zumindest als etwas ungenau erachtet, da für ihn hinter der Bezeichnung *Stadt* viele Bedeutungen gleichzeitig koinzidieren, die in Ansätzen auch konträr zueinander verlaufen können. Für Füller kann Stadt sowohl kulminierter Siedlungskörper als auch globaler Markenname sein sowie Dreh- und Angelpunkt für Verwaltung und Wirtschaft, aber auch identitätsstiftender Anker (*Bin`ne Kölsche Jong*). Die genealogische Festlegung also, was eine Stadt ist, hängt somit auch ein Stück weit damit zusammen, welche gesellschaftlichen Interaktionen im vordefinierten (Stadt-/Sozial-)Raum vollzogen werden, welche Gewichtung diesen beigemessen wird und welche individuellen Konnotationen mit dem Begriff *Stadt* verbunden sind (vgl. ebd.). So formieren sich im urbanen Raum spezifische (soziale) Handlungsmuster und prägen bzw. beeinflussen gesellschaftliche Strukturen, die je nach Stadt oder Land anders ausfallen können. Städte sind somit *per se* spezifische Konzentrations- und Kristallisationsorte der menschlichen Existenz, an denen schon immer soziale, ästhetische, räumliche und politische Prozesse in Gang gebracht wurden. Mit der Verdichtung und Anordnung von Menschen, Handlungen, Institutionen, Dingen und auch Formen in vordefinierten Raumkategorien - einhergehend mit einer Anonymität und Heterogenität der AkteurInnen - wird das genuin Städtische im Kern umrissen (vgl. Löw 2010:606). Weiterhin sieht die Stadt- und Raumsoziologin Martina Löw (ebd.) Städte als „[...] strategische Orte der Gesellschaft. Sie bilden Zentren der Produktion und Konsumption. Die Strukturen des Arbeitsmarktes oder der Kulturproduktion stehen nicht als Abstraktion einer konkreten Öffentlichkeit gegenüber, sondern werden im Handeln am konkreten Ort der Stadt realisiert. Städte sind durch dieses Erfahrenwerden des Ortes immer auch gedeutete und wahrgenommene Formen. Als solche können sie je nach Perspektive und Kontext als abgegrenzte eigene Formationen oder als heterogene, widersprüchliche Anordnungen erlebt und gelebt werden.“ Mit der zusätzlich von Martina Löw und ihrem Kollegen Helmuth Berking 2005 in die Diskussion eingebrachten Begrifflichkeit *Eigenlogik der Stadt* (vgl. ebd.; Berkin/Löw 2008; Frank 2012:289) werden zudem auch jene Unterschiede inkludiert, die jeder Stadt, trotz gemeinsamer (Urbanisations-)Merkmale, einen eigenen, eigentümlichen und unverkennbaren „Stadt“-Charakter zusprechen. So gibt es einen kognitiven wie auch emotionalen Unterschied, ob Mensch sich gerade in

Istanbul oder Düsseldorf befindet. Der Forschungsansatz von Berking/Löw (2008) zielt daher auf einen dichotomen Blick auf *Stadt* ab, der zum Einen mit einem allgemeinen urbanen Konzeptbegriff operieren und zum Anderen die „[...] *lokal spezifische Wirklichkeit von Städten individuell und empirisch erfassen* [...]“ will (ebd.:9; Keller et al:9). An anderer Stelle wird auch von *Lebensläufen der Städte* gesprochen (vgl. Amin/Thrift 2002:4) oder von „[...] *Einlagerung kultureller Dispositionen in den jeweiligen Stadtkörpern* [...]“ (Löw 2010:615; vgl. auch Kraus/Gebauer 2002).

3.2 *Stadt- und raumsoziologische Ansätze einer (ökonomischen) Stadtentwicklung*

In einem transnationalen Ansatz werden wiederum länderübergreifende Prozesse als eine Metaebene für strukturelle Veränderung von Stadträumen mit eingebunden. Neben den gängigen Globalisierungsaxiomen, die grundsätzlich auf rein (sozio-)ökonomischen Grundlagen basieren (vgl. Wildner 2012: 214f), umfasst die Transnationalisierung auch soziale und kulturelle Aspekte. Der (Stadt-)Raum wird nicht mehr als eine rein mathematisch berechenbare Größe definiert, die statisch fixiert ist, sondern Raum entsteht vielmehr über die bereits beschriebenen, veränderlich-fließenden (sozialen) Prozesse, die innerhalb räumlicher Strukturen ablaufen (vgl. Löw 2012:130). Somit werden Räume durch eine Art metaphysische Emanation von Handlungs- und Diskurssträngen erst zu bestimmten Raumkategorien konstruiert oder kurz gesagt, erst durch die darin stattfindenden Handlungsabläufe werden Räume performativ belebt, reziprok vitalisieren auch Räume besagte Handlungsfelder. (vgl. Wilder 2012:214 und Keller:9f). Für Wilder resultiert daraus jene weitere Konsequenz, dass es transnationale Raumstrukturen geben muss, die grenzüberschreitend, über geografische Begebenheiten hinweg einen umfassenden Sozialraum erzeugen und Städte somit auch über transnationale Entwicklungen und globale Netzwerke einem stetigen Wandel ausgesetzt sind (vgl. Wilder 2012:217). In diesem Kontext fügt sich der von David Harvey geprägte ökonomische Begriff der *unternehmerischen Stadt* gut ins Bild (vgl. Harvey 1989), unter dem auch Prestige, Ansehen und ein (inter-)nationaler/(inter-)urbaner Konkurrenzdruck von Städten subsumiert wird. Vor dem Hintergrund einer De-Industrialisierung, verbunden mit dem Ende des sogenannten *Goldenen Zeitalters* - gemeint ist das Wirtschaftswunder/wachstum der Nachkriegszeit (vgl. Abelshausen 1983; auch Kap. 2) -, vollzog sich ein Wandel in der städtischen und kommunalen Politik. Wegen des Rückgangs von industriellen Produktionsstätten und der damit ausgelösten Zunahme von Arbeitslosen brachen auch für Städte lukrative Steuereinnahmen weg, so dass den Stadtkassen oft die entsprechenden finanziellen Mittel fehlten (vgl. Boeing 2015:20). Die strategische Neujustierung orientierte sich vermehrt an der Idee, dass Städte sich zunehmend auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit

fokussieren sollten (vgl. Heeg 2016:13f). Eine strategische Ausrichtung war es, die *Stadt als Marke* im internationalen Kontext zu platzieren, um so die Attraktivität und Lebensqualität in der jeweiligen Kommune hervorzuheben, wodurch *Start-Ups* oder hochqualifizierte Arbeitskräfte an den städtischen Standort gelockt werden sollten, was wiederum zu einer Anhebung des (sozialen) Niveaus führte, da kaufkräftige und bildungssituierte StadtbewohnerInnen auch mehr Geld für die urbane Mikroökologie und die Stadtkassen mit sich bringen (vgl. Häußermann et al. 2008:249; auch Lansing 2020:9). Ein Effekt der Attraktivitäts-Hascherei war bzw. ist es nach wie vor, dass die städtische Administration dafür viele Sektoren aus der öffentlichen Hand gaben/geben und privatwirtschaftliche InvestorInnen mit staatlicher Duldung und Legitimation nach wie vor in diese Nischen eindringen und z.B. viel Geld in den Wohnungsbau und Konsumbereich stecken. Großkonzerne, die für ihr *vagabundierendes Kapital* nach neuen Anlagemöglichkeiten suchen, infiltrieren somit verstärkt den Immobilienmarkt, da hier hohe Renditen zu erwarten sind, was parallel zu einer fortlaufenden Verschärfung des Wohnungsmarktes führt. Der Vorwurf, dass Städte immer mehr zum Warenhaus für SpekulantInnen werden, hat seinen Ausgangspunkt hier. Zu Recht konstatiert Sophie Hartmann (vgl. 2016:21), dass mit dem Wandel zur unternehmerischen Stadt neoliberale Positionen die Oberhand gewannen und seither eine städtische Umstrukturierung zu Gunsten von Standortpolitik und Wettbewerbsfähigkeit betrieben wird, zum Nachteil von Umwelt-, Sozial- und Migrationspolitik. Stadtimagekampagnen und sogenannte Leuchtturmprojekte (z. B. die Elbphilharmonie in Hamburg, Frank-Gehry-Bauten in Düsseldorf usw.) dienen einzig dem unternehmerischen Kalkül, Städte über ihre Grenzen hinaus als Marke bekannt zu machen. Dazu Wolf Gaebe:

„Viele Städte in hochentwickelten Ländern versuchen durch Events, z.B. kulturelle oder sportliche Großereignisse, Festivals, bauliche Maßnahmen zur Aufwertung der Innenstadt und neue Grünflächen die Attraktivität für Bewohner, Besucher und Unternehmen zu verbessern, [...]. Durch Passagen, Arkaden und Galerien, gestaltete Höfe und Plätze, Fußgänger- und verkehrsberuhigte Zonen, kulturelle Einrichtungen und eine gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln werden Aufenthaltsqualität und Versorgungs- und Freizeitangebote verbessert.“ (Gaebe 2004:167; zitiert n. Lansing:9f.)

In weiteren Überlegungen von David Harvey (vgl. 1990:226ff) werden Raumanalysen von ihm mit Thesen seines Kollegen Henri Lefèbvre verknüpft und weiter fortgedacht. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass die Ausweitung von Machtstrukturen im Wesentlichen mit der Kontrolle der Raumproduktion zusammenfällt. Insofern subsumiert Harvey unter Raumkontrolle die sich gegenseitig beeinflussenden Faktoren Raum, Zeit und Geld. Im Spekulationshandel mit Grund und Boden ist ein entscheidendes Kriterium bei der Maximierung des Geldgewinnes der Verkauf zum richtigen Zeitpunkt. Dabei ist vor allem *Geld* jener

entscheidende Faktor, dem innerhalb des kapitalistischen Wertesystems eine Schlüsselposition zukommt. Vermögende sind somit in jener privilegierten Position, über Raum und Zeit zu kontrollieren, wobei im Sinne eines autopoietischen Systems diese exklusive Macht den Geldgewinn stetig vermehrt. Somit wird Raum in der kapitalistischen Akkumulationslogik zur fragmentierten und homogenisierten Ware (vgl. Löw/Sturm 2005:38). Als eine Art Gegenbewegung dazu kann die 2009 von Hamburg aus ihren Ausgangspunkt genommene Initiative *Recht auf Stadt* erachtet werden, die gegen den Ausverkauf von Städten agiert und in Opposition zu neoliberalen Expansionsbestrebungen im urbanen Raum steht. Der kapitalistischen Verdrängung und Beschränkung des Zugangs zu städtischen Räumen wird damit im Allgemeinen der Kampf angesagt und die selbstbewusste Rückeroberung vom Stadtraum deklariert. Denn in den konsensgeführten politischen Forderungen stehen die *Gebrauchs-* und nicht die monetären *Tauschwerte*¹⁷ von Lebensräumen im zentralen Interesse. Aber im Unterschied zu HausbesetzerInnen-Gruppen entspringen solche und ähnliche Bewegungen meist aus heterogenen Bürgerinitiativen, die in der Entstehungsphase als Abwehrreflex auf akute „Bedrohungen“ der unmittelbaren Lebenswelt reagieren, wenn z.B. durch Raumverdrängungsprozesse (Gentrifizierung) das eigene Haus, die eigene Straße oder das eigene Viertel betroffen sind: „*Die Recht-auf-Stadt-Bewegung und das gleichnamigen [sic] Netzwerk funktionieren unter anderem als Zusammenschluss von verschiedensten kleineren und grösseren Bürger_inneninitiativen.*“ (Keller et al.:40). Dies führt unvermittelt zum eigentlichen Urheber der Namensgebung, auf den bereits verwiesenen französischen Soziologen Henri Lefèbvre (vgl. 1968), der sich nicht nur einen Namen als Kritiker moderner Städte machte, sondern auch über seine marxistische Raumtheorie, die der modernen Raumsoziologie zu einem Paradigmenwechsel verhalf. In seinem Aufsatz *La production de l'espace* (1947) verbindet Lefèbvre seine Raumanalysen mit einer eindeutigen Kapitalismuskritik. Raum ist für ihn in der heutigen Gesellschaft in erster Linie sozialer Raum, der zugleich in seiner spezifischen Konstellation auch immer Ausdruck der jeweiligen Gesellschaft ist (vgl. Lefèbvre 1991:31; Löw/Sturm 2005:36). Die Existenzberechtigung der modernen Stadt beruht für Lefèbvre auf technokratischen und funktionalistischen Prämissen, die ihre Ursprünge wiederum in der Eigenlogik kapitalistischer Produktionsverhältnisse haben. Vorindustrielle Städte waren für Lefèbvre im Gegensatz dazu noch durch ein organisches und homogenes Wachstum bestimmt, ohne die Dominanz und Ausrichtung nach rein marktökonomischen Gesichtspunkten. Erst durch die Rationalisierung und

¹⁷ *Tauschwert* und *Gebrauchswert* sind Begriffe, die vor allem in der marxistischen Theorie Anwendung finden, hier aber gut die Unterscheidung von ideellem und monetärem Wert widerspiegeln (vgl. dazu auch Marx 1857/58).

Fragmentierung von (Stadt-)Räumen werden BewohnerInnen von- und untereinander psychisch und physisch segregiert. Einen Ausdruck der Aufspaltung und Trennung benennt Lefèbvre in der Anonymität des Großstadtlebens und der individualisierten Arbeitswelt moderner Städte (vgl. Merryfield 2006:65f). Für Margit Mayer, die viel zu Stadtpolitik und sozialen Bewegungen an der FU Berlin geforscht hat (vgl. z.B. Mayer 2010;2014;2016), sind die 1980er Jahre gekennzeichnet durch eine allgemeine Neoliberalisierung der Stadträume, die sich seitdem weiterentwickelt und mittlerweile vier zentrale Dimensionen erreicht hat, die für die neoliberalisierte Stadt kennzeichnend sind: Die erste Dimension umfasst das von den Kommunen nach wie vor ausgegebene Ziel von stetigem Wachstum. Damit verbunden ist ein interurbaner Wettbewerb, der erst über die Prosperitäts-Anforderungen losgetreten wurde. Die zweite Ebene umfasst die Privatisierung von kommunalem Vermögen, von Infrastruktur und von öffentlichen Diensten. Die dritte Dimension umgrenzt Mayer in den unternehmerischen Regierungsformen der Städte, die sich selber - basierend auf unternehmerischen Managementstrukturen -, wirtschaftsfokussierte Organisationsstrukturen gegeben haben. Dies hat direkte Auswirkungen darauf, dass globale Akteure wie Immobilienkonzerne usw. zu wichtigen und entscheidenden Akteuren in der Stadtpolitik geworden sind. Das vierte Merkmal einer Neoliberalisierung erblickt Mayer in dem neuen Umgang mit einer wachsenden sozialräumlichen Polarisierung. Eine hybride Stadtpolitik betreibt einerseits eine verschärfte Ausgrenzung und Repression von Armut und andererseits werden nur solche Gruppen und Räume eingebunden, die verwertbar und nützlich im Rahmen dieser neoliberalisierten Logik erscheinen, bei denen also ein gewisses Potenzial vermutet wird (vgl. Mayer: rosalux¹⁸).

3.3 Individualisierung als ein Motor des (Lebens-)Wandels

In diesem Abschnitt geht es im Wesentlichen um die Erläuterung der Individualisierung - hauptsächlich nach der Theorie von Ulrich Beck (1986) - und wie diese neben den genannten (raum-/stadt-)soziologischen Erklärungsansätzen ebenfalls zu einer - besonders in Städten - veränderten Wohn- und Lebensform geführt hat. Für Rüdiger Peuckert (2012) koexistiert in der heutigen Gesellschaft eine breite Diversität von Haushaltstypen, welche berechtigterweise auf eine *Pluralisierung der Lebensformen* schließen lässt. Ein Anstieg explizit von gemeinschaftlichen Wohnprojekten - auch solche, die mit Hausbesetzungen einhergehen - kann auch als eine direkte Folge der zunehmenden Modernisierungsprozesse - speziell im Arbeitsmarkt - gedeutet werden. Zahlreiche dieser Prozesse führten bzw. führen zu einer Destabilisierung von Lebensbereichen und zu einer Überforderung des*der Einzelnen. Im

¹⁸ <https://www.rosalux.de/rosalux-history> (zuletzt angehört am 28.10.2021)

Zuge der Industrialisierung und Modernisierung von Gesellschaften kam es zu einer tiefgreifenden Auflösung von tradierten Bezügen. Die Abnahme der Prävalenz von Familienstrukturen, der Wertewandel von Geschlechterrollen und die Ausdifferenzierung von Lebensbiografien führten letztendlich dazu, dass immer mehr Lebensentwürfe ohne Kongruenz zur Familie, sozialen Klasse oder (Dorf-)Gemeinschaft gestaltet wurden (vgl. Fedrowitz/Gailing 2003:19). Durch die angenommene Befreiung aus traditionellen Wertebezügen erlangt das Individuum auf den ersten Blick eine neu gewonnene (Wahl-)Freiheit, doch die scheinbare Unabhängigkeit birgt auch ihre unscheinbaren Tücken. Die „positiven“ Errungenschaften setzt Beck (vgl. 1986:122ff) hingegen mit einem *Fahrstuhl-Effekt* gleich, indem er attestiert, dass der allgemeine Lebensstandard, vor allem seit den 1970er/1980er Jahren, auf ein höheres Level befördert wurde - bei gleichbleibender Ungleichheit. Als einige Verbesserungen benennt Beck eine kürzere Lebensarbeitszeit, bei gestiegenen Real-löhnen und einer höheren Lebenserwartung, außerdem mehr Freizeit, Bildung und Mobilität etc.:

„Mehr Lebenszeit insgesamt, weniger Erwerbsarbeitszeit und mehr finanzieller Spielraum - dies sind die Eckpfeiler, in denen sich der „Fahrstuhl“-Effekt im biografischen Lebenszuschnitt der Menschen ausdrückt. Es hat - bei konstanten Ungleichheitsrelationen - ein Umbruch im Verhältnis von Arbeit und Leben stattgefunden“ (ebd.:124).

Auf der anderen Seite sind die Folgen eines *negativen Individualismus* (vgl. Castel 2000) ebenso deutlich spürbar, da die bestehende Ungleichheit von sozialen Gruppen in der Gesellschaft rapide zunimmt und die voranschreitende Distinktion für eine fortlaufende und tiefgreifende Radikalisierung und soziale Spaltung sorgt (vgl. dazu auch Pongs 1999). Wenn Entscheidungen vorher im Verbund (Familie, soziale Klasse, Gemeinschaft) getroffen wurden, so muss der einzelne Mensch nun die Konsequenzen von komplexen Entscheidungsmöglichkeiten alleine überblicken und tragen. Durch mögliche Fehlentscheidungen kommt es zu einer immer größeren Vulnerabilität. Um diesen „Irritationen“ etwas entgegenzustellen, sucht der verunsicherte Mensch wieder vermehrt nach solidarischen Zugehörigkeitsstrukturen, indem er*sie sich z.B. mit Gleichgesinnten zu gemeinschaftlichen (Wohn-)Projekten zusammenschließt. Dabei war diese Form des Zusammenlebens schon in der vorindustriellen Epoche die gängige Wohn- und Lebensform. In der postindustriellen Ära kann sich das Individuum nun aber aufgrund eines neuen Wertekanons seine Wohn- und Lebensgemeinschaft selber aussuchen (vgl. Hagen 2016:7). Vor allem westliche Industriegesellschaften stehen heute nicht mehr vor den gleichen Herausforderungen wie Gesellschaften der vorindustriellen Zeit, die noch von ständischen und transzendentalen Denkdogmen bestimmt waren. Die neuen Herausforderungen moderner Gesellschaften bestehen

eher darin, sich individuell beweisen und selbstoptimieren zu müssen (vgl. Bröckling 2007) und aus der Menge an Entscheidungsoptionen die richtige Wahl für sich zu treffen. Dabei vollzog sich die Emanzipation des modernisierten Menschen in der Hauptsache parallel zum Wandel und der Fragmentierung von Institutionen. Tradierte Orientierungsschemata wie Macht-, Arbeits-, Existenz- und Glaubensstrukturen wurden von neuen Organisations- und Denkprinzipien abgelöst. Gesellschaftliche Moralvorstellungen und soziale (Ein-)Bindungen waren nicht mehr alleiniger normativer Bezugsrahmen (vgl. ebd. 10f; ebenso Leisering 1998:66). Statt dessen werden in der Moderne *sekundäre Institutionen* (vgl. Beck 1986) wie Konsummärkte, Massenmedien usw. zum unmittelbaren Taktgeber und Fixpunkt für individuelle Handlungen herangezogen. Trotz der damit kohärenten *Riskanten Freiheiten* (vgl. Beck/Beck-Gernsheim 1994), die mit dem Verlust von sozialen Bindungen einhergingen, gehört die Individualisierung für Beck dennoch zum festen Bestandteil der Modernisierung. Beck subsumiert dabei die Individualisierung sukzessive auf den bereits verwiesenen (dreistufigen) Ablauf (vgl. Beck 1986:206), nämlich die Befreiung aus traditionellen Bezügen, den damit verbundenen Wegfall von Zugehörigkeit und den daraus resultierenden Wunsch nach neuartigen sozialen Anbindungen, um resilient gegen die Verunsicherungen und Herausforderungen des Lebens gewappnet zu sein. Denn innerhalb „moderner“ Gesellschaften werden überzeichnete Erwartungshaltungen an das Individuum immer mehr zum Maßstab und zur Richtschnur für Erfolg oder Scheitern. Anforderungen an flexible, berufliche Mobilität, an mögliche familiäre Unabhängigkeit und eine Selbstoptimierung und -vermarktung sind dabei zu neuen Leitbildern des individualisierten (Großstadt-)Menschen mutiert. Besonders die zunehmenden Anforderungen auf dem modernen Arbeitsmarkt haben zu einer Desillusionierung und Desorganisation des Familienlebens geführt (vgl. Sennett 1998:8). Daneben werden Assoziationen an die moderne Großstadt vermehrt mit negativen Konnotationen verknüpft, wenn diese mit Kriminalität, Anonymität und kulturellem Verfall in Verbindung gebracht wird. Individualisierung und die Divergenz der urbanen Spannungsfelder werden im folgenden Zitat von Georg Simmel (1995:123f; zitiert n. Hagen:14) in einen interdependenten Zusammenhang gebracht, so dass es immer zwei Seiten einer Medaille gibt:

„Dieser Prozess der Individualisierung fände jedoch ohne die typische Reserviertheit und Distanz der städtischen Lebensweise in der Dichte der Großstadt keinen sozialen Raum. In dem Maße, in dem die Großstadt von Blasiertheit, Reserviertheit und Intellektualisierung ist, ist sie auch Ort der Emanzipation aus engen sozialen Kontrollen und Ort der Individualisierung. Größe, Anonymität und Einsamkeit in der Großstadt sind zugleich die Voraussetzungen der Freiheit.“

Nach Romy Reimer (vgl. 2013:19) sind gemeinschaftliche Wohnprojekte Ausdruck von Abwehrmechanismen, die als individuelle Schutzzone fungieren und als persönliches Bollwerk gegenüber den sozialen und wirtschaftlichen „Gefahren“ neoliberaler Systeme zu deuten sind. Im Dschungel der Großstadt müssen soziale Bindungen bewusst und dynamisch interagiert werden, um nicht in eine soziale und gesellschaftliche Isolation zu geraten (vgl. Beck 1986:118). Sabine Hagen (2016:15) folgert für sich daraus:

„Wir wollen uns, vor allem in der Anonymität der Großstadt, wieder vermehrt dem unterstützenden Netzwerk einer Gruppe zugehörig fühlen. Dieses Netzwerk wollen wir jedoch frei wählen können, das trifft auch auf einen unserer zentralsten Lebensbereiche zu, die Art wie wir unser Wohnen gestalten.“

3.4 Marktwirtschaftlich gesteuerte Gentrifizierung

Der Begriff *Gentrifizierung*¹⁹ ist schon mehrfach gefallen, ohne jedoch einer genaueren Erklärung darüber, was sich eigentlich hinter diesem unscheinbaren, aber doch omnipräsenten („Mode“-)Wort²⁰ alles verbirgt. Instrumentalisierungen lassen sich dabei in beide Richtungen finden. Für die FürsprecherInnen ist mit Gentrifizierung die Modernisierung und „Aufhübschung/Aufwertung“ von Stadtteilen gemeint, für seine meist vehementen - und oft berechtigten - GegnerInnen und KritikerInnen eher Vertreibung und Zerstörung von Wohnkulturen. In gängigen empirischen Modellen wird mit Gentrifizierung jener Prozess umschrieben, der auf einer „[...] Hierarchisierung von Räumen [...]“ basiert und zum „[...] Wechsel von homogenen armen Quartieren über Durchmischung zu homogen reichen Stadtteilen [...]“ (Löw 2010:609) führt. Über die meist sozio-ökonomische Aufwertung von Stadtgebieten, die primär über den Zuzug von mittelständischen Milieus eingeläutet wird, erfolgt ein langsamer und sukzessiver Austausch von sozial schwachen mit sozial starken BewohnerInnen. Damit gekoppelt ist eine Veränderung von nachbarschaftlichen Strukturen, bei gleichzeitiger baulicher Transformation des Quartiers (ebd.; dazu auch Smith/Williams 1986; Zukin 1989; Holm 2010). Somit ist Verdrängung von prekären Haushalten ein bewusst gewählter Akt einer marktgesteuerten und/oder auch staatlich begünstigten Gentrifizierung, aber nicht wie manch ein/e ProfiteurIn insinuieren will, ein unvermeidlicher „Kollateralschaden“, auch dann nicht, wenn mit Hilfe von romantisierenden und aktivierenden Synonymen die harmlos klingendere Rede von einer Reurbanisierung, Revitalisierung usw. ist. Mit Zunahme von Gentrifizierungsmaßnahmen im urbanen Raum seit den 1980er Jahren und einer damit eingeleiteten Normalisierung von anfänglich singulären

¹⁹ Im wissenschaftlichem Kontext, wurde der Begriff *gentrification* erstmalig von der britischen Soziologin Ruth Glass verwendet (vgl. Glass 1964).

²⁰ Andrej Holm (2011:45) beklagt die inflationäre Verwendung des Begriffs und Hartmut Häußermann die Instrumentalisierung als politischen Kampfbegriff (vgl. Kurzlechner 2009).

Erscheinungen zählt die Gentrifizierung heutzutage zum gängigen Mainstream einer auf Profit ausgelegten Stadtentwicklung (vgl. Holm 2011:46f). Die Abläufe eines gentrifizierten Stadtraumes lassen sich dabei anschaulich in einzelne Phasen unterteilen, die aufeinander aufbauend, den Wandel oder die Umwertung vollziehen (vgl. Friedrichs 1995:122f). Zu Anfang ziehen sogenannte PionierInnen in ein Stadtviertel. Bei den Personengruppen handelt es sich meist um KünstlerInnen, Studierende, Alternative usw., die im Schnitt nicht besonders solvent sind und primär wegen des billigen Wohnraums in das Stadtgebiet einziehen, aber in der Regel offen für kreative Möglichkeiten der Raumgestaltung sind. Durch den „innovativen“ und „alternativen“ Input des Viertels erhöht sich parallel das Angebot an „hippen“ Läden (Szenekneipen, Bioläden, Plattenläden usw.). Wegen der neugewonnenen Attraktivität über subkulturelle Offerten werden sogenannte „GentrifiziererInnen“ aufmerksam auf das Stadtgebiet. Bei dieser Personengruppe handelt es sich hauptsächlich um BesserverdienerInnen aus dem Mittelstand, die ein Leben im städtischen Kontext ebenso präferieren wie auch das subkulturelle Angebot und ausgefallene Wohnoptionen. In dieser Phase werden erste Wohnungen saniert und modernisiert, was zur Folge hat, dass die Mietpreise steigen bzw. immer mehr Eigentumswohnungen angeboten werden. Die ursprünglichen MieterInnen des Viertels können sich dann irgendwann die Mieten nicht mehr leisten. Nach einer anfänglichen Durchmischung der verschiedenen MieterInnengruppen müssen die prekären MieterInnen letztendlich aus ihrem angestammten Kiez aus- und in günstigere Randbezirke umziehen (vgl. Löw 2010:609). Im Sinne eines *Perpetuum Mobile* vollziehen sich solche in Gang gesetzten Prozesse mit einer eigenen inneren Logik und Dynamik und können über mehrere Steigerungen zum mehrfachen Austausch von statusniederen mit statushöheren BewohnerInnen führen, so dass in dem erwähnten Ablauf die „GentrifiziererInnen“ der zweiten Phase durch neue, einkommensstärkere verdrängt werden können usw. In einem Zwischenfazit verweist Holm (2011:48) nochmal auf jene im Vorfeld genannten soziologischen Phänomene, die u.a. für eine Veränderung von Lebens- und Wohngewohnheiten ausschlaggebend waren:

„Die an der Nachfrage orientierten Erklärungsansätze der Gentrifizierungsforschung führen die Aufwertung der Innenstädte auf veränderte Lebensstile und Wohnpräferenzen infolge des demographischen Wandels, des Übergangs zur Dienstleistungsökonomie und einer neuen geschlechtlichen Arbeitsteilung in den Familien zurück. Noch Ende der 1980er-Jahre wurden Singlehaushalte, Doppelverdienerpaare mit und ohne Kinder sowie Wohngemeinschaften als neue Haushaltstypen deklariert. Dabei wurde ihre Abweichung von den traditionellen und üblichen Kleinfamilienhaushalten hervorgehoben.“

3.5 Kapitaloptionen und Habitus

Um das Verständnis von urbanen Raum- und Lebensabläufen noch etwas deutlicher zu konturieren, werden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Folgenden ein wenig genauer anvisiert. Denn die Frage, welche Ressourcen und Möglichkeiten den verschiedenen Menschen und Gruppierungen in einem Stadtraum zur Verfügung stehen und welche Optionen mit diesen verbunden sind, wurde in den verschiedenen Ansätzen zwar immer wieder angeschnitten, doch nicht in ihrer gänzlichen Dimension umschrieben. Die Wechselwirkung zwischen Raum und Mensch und der reziproke Einfluss auf die Strukturierung von sozialen Handlungen wurden bereits benannt, doch setzen sich Gesellschaften zudem über Ethnien, soziale Klassen, Geschlecht, Alters- und Berufsgruppen etc. zusammen und die verschiedenen (Bevölkerungs-)Gruppen bilden somit eine entscheidende Komponente im Verständnis um Macht- und Herrschaftsfragen in vordefinierten Raumkategorien, zumal auch in formal konträren Raumpositionen wie elitäres Wohnviertel versus Arbeiterviertel, Innenstadt versus städtische Randzone usw. (vgl. Löw 2008:65). Die in Stein zementierten diametralen Wohnpositionen haben ihre Ursache aber hauptsächlich in den gesellschaftlichen Strukturen, die sich wiederum auf räumlicher Ebene manifestieren (vgl. Manderscheid 2006:295; ebenso Keller: 26). Nach Pierre Bourdieu (1983) ist ein wesentlicher Faktor für ein Verständnis sozialer Ungleichheit und für die Existenz sozialer Raumklassen die ungleiche Verteilung von Kapitaloptionen. So unterscheidet Bourdieu *soziales Kapital* (Zugehörigkeit) von *kulturellem Kapital* (Bildung) und *ökonomischem Kapital* (Geld, Eigentum). Es macht nämlich einen gewaltigen Unterschied, ob ein Unternehmersohn aus gutem Haus, mit erstklassiger Ausbildung und gutem Verdienst sich um eine Wohnung bzw. Stelle bewirbt oder ein Schulabbrecher mit Migrationshintergrund aus einem ALG II-Haushalt - ganz davon abgesehen, was der einzelne sich überhaupt leisten kann. Die Privilegierung oder auch Kriminialisierung bestimmter Gruppen hängt damit von dem Mehr oder Weniger an Kapitalressourcen ab, die einem/einer zur Verfügung stehen. Der Habitus (vgl. Bourdieu 1997) ist somit letztendlich ausschlaggebend, durch welche Tür wir in die Gesellschaft eintreten. Darunter fallen aber auch architektonisch-geografische Einschränkungen. Ob jemand im behüteten grünen Villenviertel aufwächst oder in französischen *Banlieus* groß wird (vgl. Castel 2009), Raumsysteme beeinflussen ebenfalls den Habitus. Gesellschaftliche Spaltung ist aufgrund dieser ungleichen Bedingungen/Behandlungen vorprogrammiert und die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt weiter zu. Seismografisch reflektieren urbane Ballungsräume diese fatale Entwicklung, indem kapitalistische Eigentumsrechte zur Logik staatlicher Kernprogramme deklariert und Städte in abgeschlossene Reichen- und Armenviertel - meist zum

einseitigen Schutz - fragmentiert werden. So zerbricht der städtische Raum in mehrere (Sub-)Räume, die immer weiter voneinander isoliert und abgekapselt wirken. Denn der Schutz des Privateigentums kommt hier an erster Stelle. Dass dabei ein Grundglaube an Demokratie und das Gefühl für ein gerechtes Gemeinwesen in Frage gestellt werden und es zu fortschreitenden Polarisierungen kommt - der Bogen geht hier von libertär-autonomen Utopien bis zu national-faschistischen Dystopien - ist ein weiteres Nebenprodukt dieser problematischen (Stadt-)Entwicklungen (vgl. Harvey 2013:47f; Keller:26f).

4. Hausbesetzung

Die historischen Ursprünge von Hausbesetzungen können bei genauerer Betrachtung bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts vordatiert werden, was zumindest für das Territorium der heutigen BRD gilt. Denn der stetige Konflikt zwischen VermieterInnen und MieterInnen ist kein gegenwärtiges Phänomen, im Gegenteil, einer der ersten sozialen Bewegungen im *Deutschen Kaiserreich* war die Mieterbewegung, da es schon kurz nach der Reichsgründung zu einer immensen Erhöhung der Mieten kam. Friedrich Engels widmete sich nicht ohne Grund der Wohnungsfrage mit einer eigenen Schrift (vgl. Engels. 1872/73), da er schon sehr früh ihre soziale Bedeutung und ihr Mobilitätspotenzial erahnte.²¹ Auch wenn nicht direkt und im klassischen Verständnis Hausbesetzungen durchgeführt wurden, so wurde doch zumindest über die Errichtung eines nicht genehmigten Hüttendorfes zu jener Zeit auf unzumutbare Wohnverhältnisse in Berlin aufmerksam gemacht. Auch bei der anschließenden Räumung der Barackensiedlung *Freistadt Barackia* (vgl. Ring 1872) kam es zu einer breitangelegten Solidaritätsfront und zu erbittertem Widerstand gegen die staatliche Obrigkeit, verbunden mit teils massiven Straßenkämpfen (vgl. amantine 2012:6). Dieses historische Schnittmuster besitzt weiterhin Gültigkeit und kann auch heute noch auf aktuelle Hauserkämpfe und -besetzungen übertragen werden bzw. als Negativfolie für gegenwärtige Entwicklungen dienen. Denn *soziale Ungleichheit* → *Aktion* → *Räumung* → *Gegenwehr/Widerstand* lassen sich in ihrer kausalen Verkettung schablonenartig auf fast alle „illegalen“ Besetzungen mehr oder weniger anwenden. Dabei sprach bereits der französische Philosoph und Anarchist Pierre Proudhon (1840), ein Zeitgenosse der *Freistadt Barackia*, das aus, was wohl vielen tausenden von HausbesetzerInnen und SympathisantInnen seitdem auf der Seele brennt: *Eigentum ist Diebstahl*. Die politische Brisanz dieser Kampfansage wird erst in ihrer gesamten Dimension fassbar, wenn als konträre Position der staatliche Auftrag *Schutz von Eigentum* genommen wird. Es geht dann im Kern um jene skizzierten

²¹ Vgl. dazu auch <https://www.rosalux.de/rosalux-history> (zuletzt angehört am 28.10.2021).

Machtverhältnisse und -kämpfe zwischen BesitzerInnen und Besitzlosen, zwischen Reich und Arm, zwischen Ungleichheit und Gleichheit, letztendlich gegen eine kapitalistisch-profitorientierte Ausrichtung und oft für ein alternativ-libertäres Weltbild.

4.1 Die Hausbesetzer-, „Szene“

Im Prinzip geht es um eine Fortführung des Klassenkampfes, nur übertragen auf die aktuelle Zeit. Statt wie früher in Fabriken oder am Arbeitsplatz, wie es für die „alte“ Arbeiterklasse noch charakteristisch war, findet dieser Kampf nun überwiegend im städtischen Raum statt. Es ist nämlich schon seit längerem ein sozialer Konflikt darüber entbrannt, wem der städtische Raum überhaupt noch gehört und wer alles Zugang zu diesem hat (Stichwort: „Stadt für Alle“). Dass diese Politisierung um die eigentliche Kernfrage der sozialen Gerechtigkeit vermehrt in „linken“ Zirkeln anzutreffen ist, kommt dabei nicht von ungefähr, ist es doch ein genuin humanitäres Grundanliegen sozialer Bewegungen. Mit Blick auf die Hausbesetzerbewegung taucht diese als eine eigenständige Akteurin im sozialen Kampf erst seit den späten 1960er Jahren in Westeuropa und Nordamerika auf. Ein gesellschaftspolitischer Erklärungsansatz geht in jene Richtung, das mit der *Krise des Fordismus* die soziale Bindungskraft dieses wachstumsbasierten Wirtschaftsmodells - Vollerwerb und Wohlfahrtsstaatlichkeit - brüchig geworden war und das Vertrauen und die Bindungskraft der klassischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften durch die *Krise des Fordismus* selber in die Krise geraten sind und dadurch selbstorganisierte autonome Bewegungen erst stark werden konnten. Ein zweiter Grund für erste Besetzungen der 1960er/1970er Jahre beruht dann auf stadtpolitischen Entwicklungen: Eine suburbane Stadtentwicklung (Eigenheim am Stadtrand) führte dazu, dass viele Innenstädte verfielen und es zu hohen Leerständen an Häusern kam. Diese brisante Mischung aus gesellschafts- und stadtpolitischen Gründen beschleunigte fast gleichzeitig die Besetzung von Häusern in vielen europäischen Innenstädten (vgl. Holm:rosalux²²). Denn die Mobilisierung zu Raumanneignungen folgte dabei nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene, da die Konflikte globalweit dieselben waren und sind (vgl. Haunss 2013:27; auch Haller 1981). Als ein Symbol der internationalen Hausbesetzerszene dient ein Kreis, durch den ein N-förmiger Blitz verläuft. Entwickelt wurde das Erkennungszeichen in den 1970er Jahren in den Niederlanden. Der Buchstabe *N* soll als Abkürzung für *neemt*, also niederländisch für *genommen* und in Kombination mit einem Gebäude für *besetzt* stehen (vgl. Fleckner et al. 2011:27; auch Grauacke 2003:10). In den benachbarten Staaten (Spanien, Frankreich, England etc.) werden besetzte Häuser oft auch als *Squats* bezeichnet. Die europäische Hausbesetzerszene ist in der Regel gut

²² Vgl. dazu den Beitrag von Andrej Holm <https://www.rosalux.de/rosalux-history> (zuletzt angehört am 29.10.2021).

miteinander vernetzt und es erfolgt ein reger Austausch von gegenseitigen Besuchen und solidarischen Unterstützungen.

Besonders im Zusammenhang mit sogenannten Autonomen, die innerhalb der linken Szene eher zu den „radikaleren“ bzw. „militanteren“ (Familien-)Mitgliedern zu zählen sind und im Allgemeinen antiautoritäre, antifaschistische, antisexistische, antikapitalistische, antiimperialistische, anarchistische, sozialrevolutionäre, gesellschaftskritische, basisdemokratische usw. Ziele teilen, werden viele Hausbesetzungen in Verbindung gebracht.²³ Für Sebastian Haunss (vgl. 2013:26) ist die Autonome Bewegung daher seit über 40 Jahren die längste aktive soziale Bewegung in der BRD. Armin Kuhn (vgl. 2012:37) weitet dies auf die gesamte Hausbesetzungsbewegung aus, wenn er diese als die wichtigste soziale Bewegung der 1970er und 1980er bezeichnet. Unter sozialer Bewegung werden vor allem in den Sozialwissenschaften meist ein Kollektiv an Menschen verstanden, die mit unterschiedlichen Strategien und Maßnahmen einen gesellschaftlichen Zustand verändern, verhindern oder umkehren wollen. Dabei sind solche Bewegungen meist nie von homogener Natur, sondern können sich in Größe, Organisationseinheit und Zielen sehr voneinander unterscheiden (vgl. Bender 1997). In der öffentlichen Wahrnehmung traten vermehrt Autonome ab den 1980er Jahren als eine selbstständige Bewegung innerhalb der Hausbesetzerszene in Erscheinung. Sie sind vielleicht Speerspitze einer Entwicklung, die sich in den Anfängen aus vielen verschiedenen AktivistInnen zusammengesetzt hat. Daneben kam es immer wieder zu Hausbesetzungen, die in der Zusammensetzung überwiegend von StudentInnen, SchülerInnen, Lehrlingen, ArbeiterInnen, Frauen, Lesben, Schwulen, Punks usw. getragen wurden. Ein wesentlicher Unterschied zwischen autonomen und/oder alternativen HausbesetzerInnen kann vielleicht dahingehend gezogen werden, dass das Gros der „Alternativen“ die besetzten Häuser mehr als Freiräume für experimentelle Lebensentwürfe betrachtet hat und viele auf eine dauerhafte Legalisierung der Häuser abzielten, zum Preis der Anerkennung bestehender Machtverhältnisse. Die „Autonomen“ hingegen erklärten die Häuser in der Regel für enteignet, ohne diese jedoch zum Mittelpunkt ihres Lebens zu machen, sondern zum Ausgangspunkt, von dem aus das verhasste System weiter bekämpft werden kann (vgl. radikal 1981:5; auch Sichtermann 2017:81). amantine (2012:32) verweist in ihrer detaillierten Aufzählung auf die Heterogenität der Hausbesetzerszene:

„Die Zusammensetzung der Besetzer*innen ist so unterschiedlich wie zuweilen deren politische Ziele - auch wenn sie sich bis auf wenige Ausnahmen auf linke, emanzipatorische, anti-autoritäre Ideen und Vorstellungen beziehen. [...] Zu den Besetzer*innen, die vorwiegend weiß und mit deutschen Pass ausgestattet sind, zählen unter anderem

²³ Vereinzelt gibt es auch von „Rechten“ Hausbesetzungen. So besetzte z.B. die *Nationale Alternative (NA)* 1990 in Berlin-Lichtenberg mehrere Häuser. Doch sind diese „nationalen“ Besetzungen mehr marginaler Natur (vgl. Wolf 2016).

Studierende, (proletarische) Jugendliche, Lehrlinge, Schüler*innen, Trebegänger*innen, Drop-Outs, Hippies, Spontis, Autonome, Anti-Imperialist*innen, Punks, Anarchist*innen, autonome Frauen Lesben, Radical Queers und Transpersonen, Schwule/Tunten, Ökologie-Bewegte, Antifas, People of Color, Migrant*innen, Inter- und Transnationalist*innen, Flüchtlinge, Sympathisant*innen von linken Parteien, Kommunist*innen bis hin zu Rocker*innen, Künstler*innen und kreativen Kulturschaffenden.“

Gemeinsames Ziel war - und ist es vielleicht mehr denn je -, in Zeiten von akutem Wohnungsmangel und im Kontext von Leerstand und Mietwucher diesen öffentlichkeitswirksam zu skandalisieren und Hausbesetzungen nicht nur als eine Form des symbolischen Protestes zu instrumentalisieren, sondern auch als praktische Anleitung für die Gewinnung von (Lebens-)Räumen und für die Erprobung alternativer Lebensutopien.

4.2 Fünf Arten von Besetzungen

Der Rotterdamer Soziologe Hans Pruijt (vgl. 2004; auch Kuhn 2014) unterscheidet fünf Arten von Hausbesetzungen: Für ihn gibt es die *deprivationsbasierte Besetzung*, deren Auslöser (Obdachlosigkeit) mit zu einer der ursprünglichsten Beweggründe für eine Besetzung gehören. Aufgrund von schwerer Armut bleibt deprivierten Menschen sozusagen oft gar keine andere Wahl als in leerstehende Häuser „einzuziehen“. Eine ähnliche Motivationslage lag schon bei dem *Freistaat Barackia* vor. Hausbesetzungen können aber auch als eine Form von *alternativen Wohnstrategien* genutzt werden. Weitestgehend handelt es hierbei um nicht völlig verarmte Bevölkerungsschichten (StudentInnen, Alternative), sondern um Personengruppen, die trotz anderweitiger Möglichkeiten sich bewusst für eine Besetzung entschieden haben, um im Kollektiv und selbstorganisiert zu leben. Meist können Mangel an Wohnraum oder der Wunsch nach alternativen Wohnformen als Initialzündung wirken. Daneben gibt es noch die *unternehmerischen Besetzungen*, durch die soziale Räume wie Autonome Zentren, VoKü (Volksküchen), Bike-Kitchen, Ausstellungsräume, Infoläden, Werkstätten, Szene-Treffpunkte, Squatter-Bars/-kneipen etc. geschaffen werden. Diese sozialen Zentren entstehen zumeist im Windschatten von parallel laufenden Wohnungsbesetzungen. *Konservatorische Hausbesetzungen* dienen in erster Linie der Erhaltung von bestehenden Stadtstrukturen, wenn diese von Abriss etc. bedroht sind. *Politische Hausbesetzer* drücken über Okkupationen ferner ihre Kritik an bestehenden Gesellschaftsstrukturen aus und forcieren damit ihre starke Ablehnung des politischen Systems (vgl. Zilic:19f). Reinhild Kreis (vgl. 2017:41ff) verweist noch auf die Differenzierung in „Instandbesetzungen“, die sie vornehmlich in den 1980er Jahren in West-Berlin verortet. Die Besetzung von Häusern erfolgt unter dem Drang einer zügigen handwerklichen Instandsetzung von sanierungsbedürftigen Altbauten. Ein Nebeneffekt ist, dass über den Weg der Restauration von städtischen Schandmälern auch das Bild vom chaotischen Hausbesetzer konterkariert und eine

utilitaristische Komponente hinzugewonnen wird, um so auch die Akzeptanz für Besetzungen innerhalb der Bevölkerung fortschreitend zu legitimieren. Parallel wird auch die Botschaft vermittelt, dass die gängigen „Kahlschlagsanierungen“ der falsche Weg und eine Instandsetzung oft kostengünstiger sei, wodurch auch der Stadtcharakter erhalten bleibt.

Von der Tendenz her lassen sich also grob zwei Hauptrichtungen festhalten, einmal ein vordergründiges Wohnbedürfnis und einmal kulturelle und politische Ambitionen, die sich natürlich auch gegenseitig vermischen. Ein weiteres Kriterium ist die Unterscheidung in „offene“ und „heimliche“ Besetzungen. Bei den „offenen“ soll die Öffentlichkeit ruhig wissen, dass das Haus besetzt ist. Zumeist drapieren nach außen hin erkennbare Transparente, Graffitis usw. die Hausfassaden. Die „heimlichen“ Besetzungen hingegen sollen möglichst ohne großes Aufsehen erfolgen, da die BesetzerInnen (Familien, Obdachlose, Drogenabhängige, MigrantInnen) unentdeckt bleiben wollen. amantine (2012:8f) fasst die vielfältigen Gründe für Besetzungen daher wie folgt zusammen:

„Von elementarer Bedeutung für die Idee zu besetzen, ist der Wunsch, eigene Räume, sogenannte Freiräume, zu schaffen und selbstbestimmt, ohne staatliche Kontrolle zu gestalten. Darin werden dann Wohnstätten, Kultur-, Kommunikations-, Stadtteil-, Jugend- oder sonstige politische Zentren und Orte errichtet. Ein anderer Grund ist, anders leben zu wollen, aus der alltäglichen Tristesse des (elterlichen) Alltags auszubrechen, um gemeinsam mit vielen Gleichgesinnten alternative Lebensweisen und neue Ideen auszuprobieren. [...] Dort, so der oft formulierte Anspruch, können persönliche Veränderungen von Machtverhältnissen, die sich in menschlichen Veränderungen als Teil der politischen und gesellschaftlichen Veränderung von Machtverhältnissen, die sich in menschlichen Beziehungen manifestieren, stattfinden. [...] Zumeist wird mit dem Besetzen auch ein Protest gegen kapitalistische und staatliche Wohnungspolitik zum Ausdruck gebracht sowie die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse infrage gestellt. [...] Dabei kann sich eine Besetzung, als Widerstand gegen Umstrukturierungs- und Gentrifizierungsmaßnahmen in einer Stadt oder in einem Stadtviertel, im Konkreten gegen Immobilienspekulation, spekulativen Leerstand, Wohnraumzweckentfremdung, Luxussanierung, Modernisierung und die Umwandlung in Geschäfts- oder Gewerberäume oder die Vernichtung preiswerten Wohnraums oder den Abriss alter Wohnsubstanz [...] richten.“

4.3 Strategische Schritte einer Besetzung

Nicht selten bedarf es einer gewissen Abwägung und einer strategischen Vorbereitung, um Häuser zu besetzen. Dabei spielen Besitzverhältnisse und der lokale Umgang mit Hausbesetzungen und die forcierte Räumungspraxis eine zentrale Rolle bei der Frage, ob besetzt werden soll oder nicht. In einer Stadt, wo bereits eine gewisse Tradition und Erfahrungen an Hausbesetzungen vorherrscht, kann anhand von örtlichen Entwicklungen, auch in Bezug auf aktuelle stadtpolitische Handhabungen, eventuell besser abgewogen werden, wie eine mögliche Reaktion auf Besetzungen ausfallen wird. Besonders im Anfangsstadium einer „offenen“ Besetzung bewegen sich die HausbesetzerInnen in einer fragilen und illegalen

„Pionierphase“. Folgende strategische Anleitung für Besetzungen gibt Fabio Vonarburg (2017) heraus, wenn er für ihn zentrale Punkte einer geplanten Besetzung wie folgt als relevant markiert: Auskundschaften der leerstehenden Immobilie (Wem gehört das Haus? Ist ein Sicherheitsdienst engagiert? Wie gelangt man am einfachsten ins Haus?); mit einer Handvoll BesetzerInnen das Gebäude besetzen und nach außen auch als solches markieren und den Hauseigentümer über die Besetzung informieren; für Strom- und Wasserzufuhr sorgen; Anonymität der Beteiligten wahren; Gespräche mit Eigentümer/Polizei führen, um einen Kompromiss zu erzielen; weitere BesetzerInnen ins Haus holen.

Als weitere Punkte können noch öffentlichkeitswirksame Aktionen genannt werden, die z.B. auf die Problematik von Wohnungsnot, Leerstand etc. verweisen. Daneben ist die Einbindung der Nachbarschaft und der städtischen Bevölkerung in das „Projekt Besetzung“ fast genauso unerlässlich, um auf breiter Front eine gewisse Solidarität und Identifikation mit dem Haus herzustellen. Ab dem Status einer vorläufigen Duldung wäre es dann wichtig, das besetzte Haus als ein kulturell und gesellschaftlich wichtiges Zentrum für die Stadt zu etablieren, indem z.B. Schutzräume, Beratungsbüros usw. installiert und/oder regelmäßige Veranstaltungen organisiert werden (vgl. Keller:47). Damit werden eigentlich öffentliche Nischen - lokalstädtische Aufgaben und Verpflichtungen - von okkupierten Häusern gefüllt und übernommen, wodurch auch der moralische Druck auf die Verwaltung erhöht werden kann.

4.4 Rechtsfolgen einer Hausbesetzung

Die deutsche Rechtsprechung sieht in Hausbesetzungen, die gegen den Willen des Eigentümers erfolgen, prinzipiell einen strafrechtlich relevanten Hausfriedensbruch (§123 StGB), der aber offiziell erst Wirksamkeit erlangt, wenn der/die HausbesitzerIn einen Strafantrag bei den zuständigen Behörden stellt. Bei einem öffentlichem Interesse an der Beendigung einer Besetzung (staatliche Gebäude, schwerer Vandalismus usw.), können Strafverfahren von Seiten der Behörden direkt angeregt werden. Hinzu kommen Sachbeschädigungen nach § 303 StGB, wenn die Bausubstanz bei der Hausbesetzung (massiv) beschädigt wird. Daraus können für EigentümerInnen Ansprüche auf Schadensersatz und die Herausgabe der Nutzung nach § 985 BGB abgeleitet werden. Zudem kann der/die HausbesitzerIn mit Hilfe einer Räumungsklage im Rahmen einer Zwangsvollstreckung (§885 ZPO) die HausbesetzerInnen auf sofortige Räumung verklagen. Bei Nicht-Nachkommen kann über ein/-e GerichtsvollzieherIn und mit Unterstützung von staatlichen Behörden (Polizei) eine Zwangsräumung veranlasst werden. Daneben gibt es noch den § 129a StGB, der im Zusammenhang von Besetzungen des Öfteren Anwendung fand und gegen die Unterstützung/Bildung einer

kriminellen Vereinigung gerichtet ist. Dabei muss aber nicht jede Hausbesetzung mit strafrechtlichen Maßnahmen und einer gewaltsamen Räumung enden. Nicht selten gab/gibt es auch Fälle, wo eine illegale Besetzung über Jahre hinweg toleriert wurde, da z.B. das Gebäude so baufällig war, dass eine anderweitige Vermietung ohnehin nicht in Frage kam. Besonders in den Anfangsjahren der 1970er/1980er Jahre wurden Besetzungen häufiger geduldet, da die BesetzerInnen kooperationswillig waren oder im Gegenteil, mit einem massivem Widerstand zu rechnen war, welcher EigentümerInnen oder die Staatsmacht zum Einlenken bewog und gegen eine Räumung votieren ließ. Auch wurden Hausbesetzungen mehrfach im Nachhinein formal „legalisiert“, so dass die EigentümerInnen mit den BesetzerInnen Duldungs-, Miet- oder Nutzungsverträge eingegangen sind (ebd.). In den meisten Fällen aber unterliegen HausbesetzerInnen weiterhin strafrechtlichen und staatlichen Sanktionen. Drohende Repressionen können so weit führen, dass z.B. gewisse Sympathisantenkreise sich wegen drakonischer Konsequenzen abgeschreckt fühlen und somit aktiv an Hausbesetzungen erst gar nicht (mehr) teilnehmen. Zu denken ist dabei an Menschen (Ge-flüchtete, MigrantInnen, AusländerInnen etc.) mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die sich der möglichen Gefahr von Abschiebungen und Ausweisung nicht aussetzen wollen. Um solchen und weiteren Bedrohungen zu entgehen, ist die Hausbesetzerszene zum eigenen Selbstschutz in der Regel nach „außen“ hin sehr abgeschirmt.

4.5 Drei zeitliche Phasen von Hausbesetzungen in der BRD

Im Dunstkreis der 1968er-Bewegung, die u.a. geprägt war durch eine *Krise des Fordismus*, aber auch durch einen imperialistisch geführten Krieg (Vietnam-Krieg), begleitet von weltweiten Protesten, durch eine emanzipierende Frauen-Lesben-Schwulen-Bewegung, durch eine konflikthafte Auseinandersetzung mit der Eltern-Generation (Nazi-Vergangenheit) und durch eine mit dem Namen *Heimkampagne* öffentlichkeitswirksame und skandalisierte Aufdeckung von bis dato praktizierten autoritären, sadistisch-missbräuchlichen Praktiken in bundesdeutschen Kinderheimen²⁴, war eine Form der symptomatischen Entladung und Kanalisierung die Besetzung von leerstehenden Häusern in der BRD, die sich dann überwiegend in Zentren westdeutscher Großstädte abspielte, sich aber in Zeitpunkt, Bewegungstärke und Ablauf voneinander unterschied. Neben Frankfurt am Main, Hamburg, West-Berlin, Bielefeld, Bremen, Düsseldorf usw. wurden nach der *Wiedervereinigung* auch in ostdeutschen Städten wie Dresden, Leipzig, Potsdam usw. Häuser besetzt. Insgesamt ist die Rede von mehr als 1.000 Besetzungen seit den 1970er Jahren, wobei die genaue

²⁴ Ulrike Meinhof recherchierte als Journalistin schon seit 1968 über die herrschenden Zustände in deutschen Heimen. (vgl. Meinhoff 1966; aber auch Lehning 2006). Unter den ersten Besetzungen waren auch viele Heimkinder und *Trebegänger* zu finden. Mit *Trebegänger* sind meist Jugendliche gemeint, die von zuhause weggelaufen sind.

Dunkelziffer nicht näher bekannt ist. Schon alleine in Berlin sind seit den 1970er Jahren 450 bis 500 Hausbesetzungen offenkundig (vgl. amantine 2012:11f). In den vorliegenden Literaturquellen zum Thema Hausbesetzungen (z.B. amantine 2011 und 2012; Wetzel 2014; Lansing 2020 usw.) werden drei „klassische“ Phasen (Früh-, Hoch-, Spätphase) von Hausbesetzungen voneinander unterschieden, die hier weitestgehend übernommen werden: Die Frühphase beinhaltet die sogenannte Anfangszeit und umfasst in etwa das gesamte Jahrzehnt der 1970er, die zweite Phase erstreckt sich auf die 1980er und mit der dritten Phase ist das Jahr 1989 bis in die Gegenwart gemeint. Die Besetzungen in Berlin, Hamburg und Düsseldorf werden, wie auch bereits in der Einleitung angekündigt wurde, hier ausgespart und in einem gesonderten Kapitel separat behandelt.

4.5.1 Frankfurter Anfänge

amantine (vgl. 2012:12f) begrenzt die Frühzeit von Hausbesetzungen in der BRD im Wesentlichen auf die Städte Frankfurt am Main, Köln, West-Berlin, Hannover, Bielefeld, Dortmund und Hamburg, obwohl in die Zeitdekade auch Hausbesetzungen in München, Göttingen, Münster, Paderborn usw. fallen. Diese sind aber meist singulärer Natur gewesen. Da vor allem Frankfurt (siehe auch Kap.1) zur der Zeit als das Epizentrum der frühen Besetzerszene ausgemacht wird, werden an dieser Stelle hauptsächlich die historischen Abläufe der Main-Metropole nachskizziert, da auch der Begriff *Häuserkampf* hier seine wortwörtliche Bestimmung findet (vgl. Döring 1997). Dem Frankfurter Häuserkampf waren teils skrupellose Spekulationsgeschäfte im Bausektor vorausgegangen. Denn seit den späten 1960er Jahren betrieben findige Geschäftsleute zusammen mit Stadtverwaltung und Haus- und Grundstückseigentümern im Frankfurter Westend, einem innerstädtischen Stadtteil, profitable Immobiliengeschäfte auf Kosten der dort ansässigen BewohnerInnen. Dazu Kai und Barbara Sichtermann (2017:11):

„In Frankfurt am Main ging es besonders resolut zur Sache. Hier erzielte der Grund und Boden von den 1950er bis zu den 1970er Jahren einen »kolossal steigenden« Extremwert - er wuchs um das 200fache und mehr. Die Spekulanten im Zusammenspiel mit den Banken, die ihnen die günstige Kredite einräumten, und dem Magistrat, der Zuschüsse gewährte, übernahmen das Zentrum.“

Immer mehr Wohnhäuser mussten Büro- und Bankenkomplexen weichen (vgl. Geronimo 1990:56f). Um die alteingesessenen MieterInnen schneller aus den Häusern zu verdrängen, schreckten die ProfiteurInnen sogar vor „halbkriminellen“ Praktiken nicht zurück. Marode Häuser wurden einfach nicht mehr saniert oder Reparaturen bewusst ausgesetzt. Bereits leerstehende Wohnungen wurden teils mit „GastarbeiterInnen“ völlig „überbelegt“, in der Hoffnung, so die Attraktivität der Wohngegend weiter zu senken. Historische

Stadtstrukturen verschwanden geradezu in kürzester Zeit und wurden durch neue, „moderne“ Wirtschaftseinheiten ersetzt. Innerhalb von vier Jahren halbierte sich die Einwohnerzahl drastisch. Unter der auch dem herrschenden Zeitgeist geschuldeten Stimmung formierte sich unter den Betroffenen im Westend ein massiver Widerstand. Als einer der ersten westdeutschen Protestinitiativen gründete sich 1969 die aus circa 700 BürgerInnen zusammengeschlossene *Aktionsgemeinschaft Westend (AGW)*, die für den Erhalt des bedrohten Stadtteiles eintrat. Im folgenden Jahr kam es dann zu ersten Hausbesetzungen auf der (bereits erwähnten) Eppsteiner Straße 47, der Liebigstraße 20 und der Corneliusstraße 24. Weitere Hausbesetzungen folgten. Die HausbesetzerInnen setzten sich in der Mehrzahl aus „linken“ StudentInnen und einigen „Gastarbeiterfamilien“ zusammen, auch wenn die „universalen“ Forderungen nach Wohnraum von einem breiten Konsens aus Kirche, Gewerkschaften und Parteien mitgetragen wurden. Wegen des massiven Drucks von Seiten der HauseigentümerInnen gab die städtische Verwaltung dem letztendlich nach und ordnete im Herbst 1971 die Zwangsräumung von besetzten Häusern an. Bei der Räumung des Grüneburgweg 113 kam es zur ersten von zahlreichen Straßenschlachten und Häuserkämpfen, die von beiden Seiten mit äußerster Härte und Brutalität betrieben wurden (vgl. Geronimo 1990:59f). Die immer wieder aufflammenden Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht im repetierenden Takt von Besetzung und Räumung (Bockenheimer Landstraße, Kettenhofweg) ziehen sich bis in das Jahr 1974 hinein. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Gruppe *Revolutionärer Kampf (RK)* zu. Für diese *Sponti*²⁵-Gruppe, die sich u.a. an linksrevolutionären italienischen Gruppen wie *Lotta Continua (Ständiger Kampf)* oder *Potere Operaio (Arbeitermacht)* orientierte (vgl. Lenzi 2016) und zu dessen aktiven Mitglieder in der sogenannten *Putzgruppe* Joschka Fischer, Daniel Cohn-Bendit usw. zu zählen sind, gehörten Massenmilitanz und Straßenkampf zu einer politisch-linken DNA und zum logischen Selbstverständnis einer anti-staatlichen Grundhaltung. Klaus Schroeder und Monika Deutz-Schroeder (vgl. 2019:169) identifizieren in der *Putzgruppe* des *RK* einen Vorläufer des *Schwarzen Blocks*, da diese ebenfalls meist verummmt, militant und effektiv in der Umsetzung war. Forderungen nach Abschaffung der parlamentarischen Demokratie und eine antikapitalistische Grundhaltung wurden ebenso präferiert wie auch die Befürwortung liberitär-sozialistischer/kommunistischer Gesellschaftssysteme (vgl. ebd.:166f). Beide Autoren (ebd.:167) bringen den *RK* sogar in die Nähe zum Terrorismus, weil „[...] der ‚Revolutionäre Kampf‘ an der Schnittstelle zwischen Legalität und Illegalität agiert, kommt ihm bei

²⁵ Mit *Sponti* sind linke AktivistInnen gemeint, die die *Spontanität der Massen* nutzen wollen, um revolutionäre Veränderungen in der Gesellschaft zu bewirken. Sie standen traditionell u.a. der *APO (Außerparlamentarische Opposition)* nahe (vgl. Kasper 2019).

der Unterstützung und später bei der Eindämmung der RAF und anderer bewaffneter Untergrundgruppen besondere Bedeutung zu. Seine Mitglieder sind nicht nur mit vielen Linksextremen, die später in den Untergrund gehen, persönlich bekannt, sondern bilden auch ein Rekrutierungsreservoir für „legal“ agierende Unterstützergruppen der Terroristen.“

Historisch bedeutsam beim Frankfurter Häuserkampf ist noch jener Umstand, dass es zur ersten „reinen“ Hausbesetzung durch Frauen in der Freiherr-vom-Stein-Straße 18 kam (vgl. amantine 2011:8ff) und zur ersten „reinen“ Besetzung durch MigrantInnen in der Friesengasse 5 (vgl. ebd.:16f). Beide Besetzungen wurden aber relativ zügig von der Staatsmacht geräumt. Dabei haben vor allem die Beteiligungen von MigrantInnen am Frankfurter Häuserkampf durch eigenständig Besetzungen und/oder Mietstreiks ihre Ursachen darin, dass diese Bevölkerungsgruppe gesellschaftlich auf der untersten Sprosse stand und somit auf dem Wohnungsmarkt am meisten benachteiligt wurde (wird), indem sie nicht selten zu Wuchermieten in „Bruchbuden“ wohnten (vgl. amantine 2012:16; dazu auch Karakayali 2004). Gehör haben sie aber nicht gefunden. Im Gegenteil, ihre Forderungen nach mehr Gerechtigkeit und das Begehren zum Widerstand durch Mieterstreiks und Hausbesetzungen wurde vom Staat rigoros gebrochen, indem von den insgesamt 140 gegen diese „migrantischen“ Gruppen verhängten Gerichtsprozessen 90 % zu Gunsten der KlägerInnen entschieden wurden (amantine ebd.).

4.5.2 Bundesdeutsche Ausbreitung

In der zweiten Phase der bundesweit agierenden Hausbesetzerszene wurden in Laufe der 1980er Jahre fast 400 Häuser in 74 Städten besetzt. Ein Großteil davon fällt auf Aktivitäten in West-Berlin, Hamburg und Düsseldorf, aber auch auf Besetzungen in Freiburg, Bochum, Kiel, Hanau, Karlsruhe usw. Die zunehmenden Spekulationsgeschäfte mit Immobilien bei massenweise Leerstand und der Abriss von „intakten“ Wohnhäusern auf der einen Seite und die weitere Ausdifferenzierung von politischen und kulturellen (Sub-)Bewegungen (Anti-AKW-Bewegung, Startbahn-West, Autonome, Alternativbewegung usw.) auf der anderen Seite verhärteten die Fronten, führten aber auch gleichzeitig zu einer kreativen Weiterentwicklung von Ansprüchen an die eigene Besetzungspraxis, da mit den neuen subkulturellen Strömungen auch neue Schwerpunkte im Hinblick auf alternative Ökonomien und Kollektivbetriebe inhaliert wurden, bei fortlaufendem Ausbau von organisierten Widerstandsstrukturen (vgl. ebd.:18). Kai und Barbara Sichtermann (vgl. 2017:16f) machen für diese Phase auch einen Paradigmenwechsel anhand eines veränderten Selbstverständnisses der HausbesetzerInnen fest. Machen in den Anfängen noch martialische Kampfbegriffe wie *Häuserkampf* oder *Kampf bis zum bitteren Ende!* etc. die Runde als Ausdruck einer rebellischen

und militanten Grundhaltung, so wurde mit dem Verb *bleiben* ein weiterer Anspruch in der Hochphase der Kämpfe der 1980er Jahre deutlich (*Hafen bleibt*), nämlich der Wunsch nach längerfristigen Perspektiven und der Verteidigung von neugewonnenen autonomen Lebensutopien.

4.5.3 Die Zeit der Wende

Einen Schwerpunkt der dritten Phase bilden jene Hausbesetzungen, die vornehmlich im Gebiet der ehemaligen DDR²⁶ erfolgten. Mit der *Wiedervereinigung* formierte sich in den neuen Bundesländern schnell eine Hausbesetzerszene, die vor allem in Ost-Berlin, Leipzig, Dresden, Potsdam, Rostock, Weimar usw. aktiv war/ist. Dabei kam den Besetzungen zu Gute, dass im Fahrwasser der *Deutschen Vereinigung* ein gewisser „rechtsfreier“ Raum entstand, der es zu Anfang den BesetzerInnen wesentlich vereinfachte, leerstehende Häuser in Beschlag zu nehmen, da sich niemand so recht verantwortlich fühlte bzw. Eigentumsverhältnisse noch recht ungeklärt waren. Bereits 1989 kam es so in Ost-Berlin zur ersten Hausbesetzung. Im Leipziger Stadtteil Connewitz wurden Anfang der 1990er Jahre etliche Häuser okkupiert, wovon einige im weiteren Verlauf geduldet oder vertraglich „legitimiert“ wurden. Jene Häuser, die sich den städtischen Verhandlungsrichtlinien widersetzten, wurden unter massiven Ausschreitungen im Jahr 1992 geräumt. Von der obersten Stadtverwaltung wurde die eindeutige Order (*Leipziger Linie*) ausgegeben, keine Besetzungen mehr zu tolerieren. In Potsdam wurden bis 1991 insgesamt 35 Häuser besetzt, wovon die meisten bis auf *Zoro*, *Villa*, *Werk II* zwischenzeitlich wieder geräumt wurden. So lassen sich viele weitere bundesweite Beispiele aufzeigen, die von Besetzung, Räumung oder Legalisierung handeln und bis in die Gegenwart hineinreichen (vgl. amantine 2012:23ff).

5. Häuserkämpfe in Berlin, Hamburg und Düsseldorf

Exemplarisch werden im Folgenden anhand von drei bundesdeutschen Großstädten und anhand singulärer, aber „bedeutungsschwangerer“ Besetzungen Entwicklungen, Parallelen und Unterschiede im Häuserkampf eruiert, um so eine mögliche Bandbreite von Verläufen besser zu verdeutlichen. Eine gewisse Gemeinsamkeit besteht schon zumindest in dem Punkt, dass alle Städte über Jahrzehnte hinweg bis in die Gegenwart hinein mit Hausbesetzungen oder den daraus resultierenden Folgen in Form von Räumung/Duldungen/Legalisierungen usw. kontinuierlich zu tun haben, auch wenn bewusst sein muss, dass Besetzungen immer von den jeweiligen Menschen und Netzwerken, spezifischen Orten und äußeren Bedingungen abhängig und so nie eins zu eins übertragbar sind.

²⁶ Auch in der DDR gab es das sogenannte *Schwarzwohnen* (vgl. Grashoff 2011).

5.1 Der Berliner Häuserkampf

Berlin kommt vor der Deutschen Wiedervereinigung *per se* ein gewisser Sonderstatus innerhalb westdeutscher Großstädte zu, da mit dem Mauerbau im Jahr 1961 West-Berlin zu einer Enklave auf verschiedenen Gebieten mutierte. Billiger Wohnraum lockte in den Jahrzehnten der 1960er und 1970er viele StudentInnen, KünstlerInnen, AussteigerInnen, Hippies, Alternative, Outlaws, ArbeitsmigrantInnen usw. in die Metropole an der Spree. Auch die Regelung, dass diejenigen, die ihren ersten Wohnsitz in Berlin hatten, keinen Bundeswehrdienst mehr absolvieren mussten, tat ihr Übriges für einen kontinuierlichen Zustrom junger Leute. Auch die Phase der Wiedervereinigung ist für Berlin einschneidend und einmalig gewesen, nicht nur in Anbetracht seiner geografischen Verdopplung, sondern auch im Hinblick auf einen instinktiven Zustand von rechtsfreien Lebens-Räumen, auch wenn dieses Vakuum nur einen gefühlten Moment anhielt.

5.1.1 Erste Phase: Besetzungen in den Jahren 1970 bis 1979

Die erste Hausbesetzung in West-Berlin erfolgte am Tag der Arbeit, am 01. Mai 1970, im Märkischen Viertel. Im Anschluss nach einem Auftritt des *Hoffmann's Comic Theater*, aus deren Mitgliedern sich u.a. dann später die Band *Ton Steine Scherben* formierte, besetzten TheaterbesucherInnen spontan eine Fabriketage in der Königshorster Straße, welche aber zeitnah durch die heranrückende Polizei wieder geräumt wurde. Im folgenden Jahr wurden erneut leerstehende Fabriketagen am Mariannenplatz 13 und das später so benannte *Georg-von-Rauch-Haus*, ein ehemaliges Schwesternwohnheim des Bethanien-Krankenhauses am Mariannenplatz 1a, besetzt. Bis zum Jahr 1974 wurden so immer wieder Häuser okkupiert, die zu Jugendzentren oder Wohnkollektiven umgemünzt wurden und verschiedene Entwicklungsstufen einnahmen. Zu nennen wären hier das Jugendwohnkollektiv *Tommy-Weisbecker-Haus*, das vom Berliner Senat in relativ kurzer Zeit durch einen Nutzungsvertrag „legalisiert“ wurde, und die sogenannte *Putte*, ein Jugendzentrum, welches 1974 aber wieder geräumt und endgültig abgerissen wurde. Bis ins Jahr 1979 ist dann soweit keine relevante Besetzung mehr umgesetzt wurden. Dennoch wirkten tragische Ereignisse im kollektiven Bewusstsein der Hausbesetzerszene nach, insbesondere der Tod von vier jungen Menschen, die alle von der Polizei erschossen wurden: Benno Ohnesorg 1967, Petra Schelm und Georg von Rauch 1971 und Thomas Weisbecker 1972. Die zu MärtyrerInnen der „linken“ Szene idealisierten und zu Symbolfiguren stilisierten Opfer des „verachteten“ Systems lieferten genügend Identifikationsmerkmale, um den Kampf gegen Ungerechtigkeit und gegen eine staatlich-kapitalistische Unterdrückung immer wieder aufzunehmen. Die militante Untergrundorganisation *Bewegung 02. Juni* (vgl. Danyluk 2019) benannte sich nach dem

Todesdatum von Ohnesorg, ein besetztes Haus auf der Eckhofstraße in Hamburg taufte sich auf den Namen *Petra-Schelm-Haus*, die erwähnten Berliner Einrichtungen *Georg-von-Rauch-Haus* und *Tommy-Weisbecker-Haus* existieren noch heute (vgl. Sichtermann 2017:38ff; amantine 2012).

5.1.2 Zweite Phase: Besetzungen in den Jahren 1979 bis 1989

Ende der 1970er Jahre gründete sich wegen akuten Wohnraummangels bei zeitgleichem Leerstand von zigtausend Wohnungen²⁷ die *Bürgerinitiative SO36*, aus der heraus im Februar 1979 zwei leerstehende Wohnungen „instandbesetzt“ wurden (vgl. Habermusch 1981:4), gekoppelt an Forderungen nach legalen Mietverträgen und sofortige Beendigung des spekulativen Leerstands in West-Berlin. Wegen der positiven Resonanz, die die Instandbesetzung auslöste, und der erfolgreichen „Legalisierung“ durch die senatseigene Wohnungsgesellschaft *BeWoGe*, folgten weitere Besetzungen in der Stadt und zettelten regelrecht einen „Boom“ an Folgebesetzungen an. Im März 1980 fand ein erstes gemeinsames Treffen der Berliner „InstandbesetzerInnen“ statt, auf dem dann ein gemeinsamer „Besetzerrat“ gegründet wurde. Damit wurde jene wichtigste organisatorische Einheit der Westberliner Hausbesetzerbewegung gegründet, die die Berliner Stadtpolitik in den nächsten Jahren mit prägen wird. Ende 1980 gab es circa dreißig Besetzungen²⁸, vorwiegend im Stadtteil Kreuzberg, die in irgendeiner Form vom Berliner Senat geduldet wurden, bis zu jenem verhängnisvollen Tag, als eine geplante Besetzung am 11. Dezember 1980 am Frankfurterufer 48 in Kreuzberg von der Polizei mit Verhaftungen aus dem Ruder lief. Daraufhin kam es in den folgenden drei Tagen zu heftigen Krawallen und Straßenschlachten mit der traurigen Bilanz von zahlreichen Festnahmen und Verletzten. Es folgten zeitlich dicht hintereinander (Weihnachten 1980/Februar 1981) Großdemos mit jeweils 15.000 SympathisantInnen. Dabei wurden u.a. lautstark die Berliner Wohnungspolitik skandalisiert und die sofortige Freilassung von achtzehn inhaftierten GenossInnen gefordert. Aufgrund einer machtpolitischen Verschiebung - Hans-Jochen Vogel (SPD) wird wegen eines vorausgegangenen Korruptionsskandals neuer Interims-Oberbürgermeister - und eines temporären Machtvakuum kam es zu weiteren Neubesetzungen. Der Übergangsbürgermeister Vogel hatte nämlich die *Berliner Linie* festgesetzt, dass nur noch dann geräumt wird, wenn es auch konkrete Bau-/Sanierungspläne für die jeweiligen Häuser gibt und eine Finanzierung feststeht. Neubesetzungen wurden hingegen nicht mehr geduldet und toleriert. Mit der Wahl Richard von Weizäckers (CDU) im Juni 1981 zum neuen Berliner Oberbürgermeister

²⁷ Es standen circa 27.000 Wohnungen in West-Berlin leer, bei circa 80.000 Wohnungssuchenden (vgl. Holm/Kuhn 2010).

²⁸ Aust/Rosenblatt (vgl.1981:37) sprechen von 21 Häusern, die bis Dezember 1980 in West-Berlin besetzt waren.

änderte sich auch der zuvor vertretene, eher „liberale“ Kurs seines Vorgängers. Der CDU-Senat setzte auf selektive Einbindung und repressive Marginalisierung (vgl. Holm/Kuhn 2010:112). Denn bis in den Sommer 1981 waren in Berlin mittlerweile um die 170 Häuser besetzt, die meisten davon in Kreuzberg. Einen traurigen Höhepunkt erreichten die neu entbrannten Konflikte am 22. September. Als besetzte Häuser unter massivem Polizeieinsatz geräumt werden, wird der 18-Jährige Demonstrant Klaus-Jürgen Rattay auf der Flucht vor der Polizei von einem Bus überfahren und verstirbt wenig später an seinen Verletzungen. Die bereits zuvor in zwei Fraktionen zerfallene Hausbesetzerszene - denn ein Teil will verhandeln, um die Häuser zu legalisieren, wohingegen ein anderer Teil die Besetzungen als Kampf gegen das System begreift - ist durch den plötzlichen Tod von Rattay in eine gewisse Schockstarre gefallen und die radikalen Positionen werden langsam aufgebröselt (vgl. Grauwacke 2003:38ff). Auch der Berliner Senat lenkt ein und ist zu neuen Verhandlungen mit den HausbesetzerInnen bereit. Der bis dahin oft erhobene Vorwurf *Aus den Besetzern von heute werden die Besitzer von morgen*, wird in gewisser Hinsicht als selbsterfüllende Prophezeiung Realität. Zwischen 50% bis 70 % aller Besetzungen werden bis 1984 legalisiert. Der Rest an nicht-verhandlungswilligen Besetzungen wird geräumt. Die folgenden fünf Jahre wird es damit erstmal still um den Häuserkampf in Berlin (vgl. Sichtermann 2017:38ff; Schroeder/Deutz-Schroeder 2019:170ff).

5.1.3 Dritte Phase: Besetzungen 1989 bis in die Gegenwart

Mit dem Fall der Mauer beginnt eine zweite Renaissance von Hausbesetzungen, wenn man die erste Phase unter Vorspiel verbucht. Die Zeitspanne zwischen 1980 bis 1984 war bereits durch eine intensive Auseinandersetzung zwischen BesetzerInnen und Staat gekennzeichnet. Erste Erfolge wurden zumindest auch dadurch erzielt, dass ein sukzessives Umdenken bei den verantwortlichen StadtplanerInnen einsetzte, so z.B. mit dem vom Bezirksamt Kreuzberg 1982 beschlossenen *Zwölf Grundsätzen für behutsame Stadterneuerung*, worin Forderungen von Mieterinitiativen, stadtpolitischen Gruppen und dem Besetzerrat mit einfließen (vgl. Sichtermann 2017:44). So waren die BesetzerInnen der 1980er Jahre für eine behutsame Stadterneuerung von zentraler Bedeutung gewesen. Sie nahmen einen großen Einfluss auf die Stadtpolitik/Stadtentwicklung und bewirkten nicht nur einen behutsameren Umgang mit der Bausubstanz, sondern auch einen feinfühligere Umgang mit vorhandenen Sozialstrukturen und ein Aufbrechen von klassischen *Top-Downs* von Planungsstrategien. Andrej Holm und Armin Kuhn (2010:113f) markieren folgende Unterschiede, die für sie zwischen den Hausbesetzungen der 1980er und 1990er in Berlin bezeichnend sind:

„In den 80er Jahren waren die Hausbesetzungen Teil einer ausgedehnten und ausdifferenzierten Subkultur, die sich in den Innenstadtvierteln Kreuzberg und Schöneberg

konzentrierte und den ideologischen Hintergrund sowie das soziale und politische Unterstützernfeld für die Besetzungen bildete. In den 90er Jahren hingegen waren die besetzten Häuser eher Fremdkörper in einer umfassenden Umbruchsituation. [...] Der gravierendste Unterschied zwischen den Besetzungen der 80er und 90er Jahre zeigte sich jedoch in ihrer Rolle für die bereits dargestellten Stadtumstrukturierungsmodelle: dem Übergang von der Flächensanierung zur behutsamen Stadterneuerung bzw. zur Durchsetzung der postfordistischen Stadterneuerung.“

Nach der Wende kam es wegen eines kurzzeitigen Machtvakuumms dann besonders im Ostteil der vereinten Stadt zu vielen neuen Hausbesetzungen, beginnend ab 1989 mit der Schönhäuser Allee 20, der Schreinerstraße 47 und der Lottumstraße 10a. In dieser frühen Phase setzten sich die BesetzerInnen überwiegend aus ostdeutschen Jugendlichen zusammen, die sich schon aus verschiedenen Subkulturen und Szenen heraus kannten (vgl. Holm/Kuhn 2010:112). Insgesamt wurden in etwa 130 Häuser bis Mitte 1990 besetzt. Wegen des politischen Drucks wurden ab Juli 1990 keine weiteren Neubesetzungen geduldet und es kam zu einer schlagartigen Abnahme an Neubesetzungen. Im November 1990 erfolgten erste Hausräumungen in Berlin-Lichtenberg, zeitgleich mit dem Versuch, auch Häuser in der Mainzer Straße 2-11 gewaltsam zu räumen. Da besonders die Mainzer Straße und Liebigstraße, neben der Rigaer Straße, bis zum heutigen Tag zu symbolhaften Besetzungen weit über die Grenzen Berlins hinaus avancierten, werden diese nun in gesonderten Unterpunkten behandelt.

5.1.3.1 Mainzer Straße

Ende April 1990 wurde ein Großteil der Häuser auf der Mainzer Straße (Nr. 2-11/22-24), überwiegend durch 250 Autonome aus den westlichen Bezirken Berlins (Kreuzberg), besetzt. Dem folgte zuvor ein Aufruf in der West-Berliner Szenezeitschrift *interim*, worin auf den Leerstand in der Mainzer Straße aufmerksam gemacht worden war. Die Straße rückte relativ schnell zum Mittelpunkt der Friedrichshainer und Ost-Berliner Hausbesetzerszene auf und intendierte jene „[...] Tendenz, besetzte Häuser nicht mehr nur als Freiraum zur Selbstverwirklichung anzusehen, sondern auch als Orte der Konfrontation mit staatlichen Behörden und als Symbol einer politischen Selbstverortung“ (Holm/Kuhn 2010:111). Auch etablierten sich in den Häusern sehr schnell genderspezifische Schutzräume, so z.B. ein Frauen- und Lesbenhaus mit einem eigenen Frauencafé in der Haus-Nr. 3, in der Haus-Nr. 4 ein „Tuntenhaus“ mit angeschlossener Schwulen-Bar etc. Im November gleichen Jahres kam es dann zu den angedeuteten schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, die sich über mehrere Tage zogen und die mit massiven Barrikaden, Molotowcocktails, Wasserwerfern, Sondereinsatzkommandos inklusive schweren Straßenkämpfen einhergingen. Am Ende räumte die Polizei die besetzten Häuser auf der Mainzer Straße, wobei insgesamt 417

Festnahmen mit vielen Verletzten auf beiden Seiten zu beklagen waren. Die Mainzer Straße war nach den eskalierten Geschehnissen schwer verwüstet und auch wurden politische Konsequenzen daraus gezogen. Einige Berliner SenatorInnen traten zurück und die damalige rot-grüne Koalition unter Walter Momper wurde als für beendet erklärt. Auch das Ende der Berliner Besetzungswelle wird quasi mit der Räumung der Mainzer Straße eingeläutet und der Versuch, besetzte Häuser militant zu halten, letztendlich gescheitert.²⁹

5.1.3.2 Liebigstraße

Die Liebigstraße befindet sich ebenfalls in Berlin-Friedrichshain und die Häuser Nr. 14, 15, 16 und 34 wurden zeitnah nach der Wende Anfang 1990 besetzt. Nach der Räumung der Mainzer Straße, die quasi einer Zäsur gleichkam, entschieden sich die BesetzerInnen der Liebigstr. 14, mit dem Berliner Senat über eine Legalisierung zu verhandeln. 1992 gelang es den BesetzerInnen, Mietverträge mit der *Wohnungsbaugenossenschaft Friedrichshain (WBF)* über neun Wohneinheiten abzuschließen, womit - bis auf die Erdgeschosswohnung - ein kollektives Zusammenwohnen im Haus weiterhin möglich war. Mit dem Verkauf des Hauses 1999 an den Privatinvestor Suitbert Beulker, der auch gleichzeitig mehrere Häuser auf der angrenzenden Rigaer Straße erworben hatte und über gehobene Sanierungspläne das Quartier letztendlich gentrifizieren wollte, änderte sich auch die Situation für die bis dahin legalisierten Wohneinheiten auf der Liebig 14. Es folgten heftige, vor allem juristische Auseinandersetzungen zwischen dem neuen Eigentümer und den BewohnerInnen mit dem Ergebnis, dass die Wohnungen mit Hilfe von 2.500 Einsatzkräften im Februar 2011 gewaltsam geräumt wurden. Das Haus Nummer 15 wurde 1997 durch den Hauskauf und die Nummer 16 im Jahr 1996 durch Einzelmietverträge legalisiert. Von besonderem Interesse ist das Haus 34, da sich seine 30-Jährige „Geschichte“ bis in das Jahr 2020 hineinzieht (vgl. Lehberger et al. 2020). Ursprünglich wurde auch die Liebig 34 schon nach kurzer Zeit legalisiert, bis das Haus 2008 im Zuge einer Zwangsversteigerung an den zwielichtigen Berliner Immobilienunternehmer Gijora Padovicz veräußert wurde. Der neue Eigentümer schloss erstmal einen 10-jährigen Pachtvertrag mit den BewohnerInnen ab zu einer monatlichen Miete von 4.022 Euro plus Nebenkosten, später 4.807 Euro. Seit 1999 wird das Haus ausschließlich von Frauen sowie trans- und intersexuellen Menschen bewohnt, die sich deshalb auch als *anarcha-queer-feministisches Hausprojekt Liebig 34* bezeichnen. Innerhalb der Szene wird das alternative Wohnprojekt als ein einzigartiger und wichtiger Rückzugsraum angesehen. Nach Ablauf des Pachtvertrages im Jahr 2018 und der Aufforderung, nun aus den Wohnungen auszuziehen, dem die BewohnerInnen natürlich nicht nachkamen, klagte

²⁹ Vgl. <https://www.rosalux.de/rosalux-history> (zuletzt angehört am 30.10.2021).

der Besitzer auf Räumung. Im Endergebnis wurde die Liebig 34 am 09. Oktober 2020 unter Einsatz von 1.500 BeamtenInnen geräumt. Auf der Internetseite *liebig34*³⁰ ist noch folgende kämpferische Pressemitteilung vom 06.10.2020 zu finden - also kurz vor der offiziellen Räumung -, die u.a. jene wichtigen Positionen und Funktionen umschreibt, für die die Liebig 34 einstand:

„Jetzt, kurz vor dem offiziellen Räumungsversuch, werden wir selbst noch mal ein paar Sachen sagen. [...] Die Räumung der Liebig34 wird in der Öffentlichkeit oft mit der vermeintlichen Wahrung des Rechtsstaates begründet, dabei ist vor allem an diesem Beispiel erkennbar, dass es von ökonomischen und politischen Interessen abhängig ist, wer Gerechtigkeit in diesem Staat erfährt. Es zeigt eine Stadtpolitik auf, die im Sinne von Grosinvestor*innen und Kapital handelt und nicht im Sinne der Menschen, die diese Stadt beleben und sie massgeblich seit Jahrzehnten gestalten. Mit der Liebig wurde nicht nur ein zu Hause verloren gehen, ein kultureller Ort der Begegnung, sondern auch ein zentrales Stück Stadtgeschichte Berlins. Dass staatliche Strukturen nicht für alle Menschen gleich wirken, sondern sie im Gegenteil an vielen Stellen durch Repressionen und Diskriminierung einschränken, behindern und gewalttätig sind, mussten die meisten Menschen, die in 30 Jahren auf verschiedene Weisen in der Liebig34 Zuflucht gefunden haben, am eigenen Leib erleben. Dass die Liebig34 versucht für diese Menschen ein Schutzraum zu sein, macht sie zu einem einzigartigen Ort. Zu einem unersetzbaren Ort in dieser Stadt. Denn die Liebigstraße 34 bietet seit 30 Jahren den Menschen Wohnraum und Aufmerksamkeit, welche in der Stadt der Reichen keinen Platz haben sollen. Das Haus ist ein kämpferischer Ort, an dem sich Menschen täglich dafür entscheiden sich nicht anzupassen. [...] Die Liebig34 ist Sand im Getriebe der fortschreitenden Gentrifizierung. Sie ist bunt, sie ist widerständig, sie ist eine Überleberin, die tapfer weitermacht, obwohl sie immer wieder Angriffen von außen ausgesetzt ist. Ob Schikanen der Polizei, sexistische Gewalt, Brandanschläge oder andere Übergriffe von Nazis – die Liebig34 gibt nicht auf [...].“

5.1.3.3 Rigaer Straße

Ähnliche Entwicklungsverläufe sind auch für die Rigaer Straße, ebenfalls in Berlin-Friedrichshain, zu konstatieren. Von den ursprünglich 11 Häusern, die in der Rigaer Straße besetzt waren - wovon gleichermaßen ein Teil im Laufe der Zeit geräumt oder legalisiert wurde - ist besonders die Rigaer 94 mit der Szenekneipe *Kadterschmiede* bis in die Gegenwart von Bedeutung, da sie mit zu den letzten noch umkämpften Häusern in Berlin zählt. Seit der Besetzung Anfang 1990 und einer Legalisierung der Wohneinheiten über Mietverträge ab 1992 kam es zu mehreren Eigentümerwechseln und dem Versuch, über Gentrifizierungsvorhaben einen Wohnblock für ökologisches Wohnen zu errichten. Die BewohnerInnen der Rigaer 94 wehrten sich nach Bekanntgabe der Pläne immens gegen die angekündigten Umstrukturierungsvorhaben. Daraufhin wurden die Mietverträge kurzfristig gekündigt und es kam zu einer Teilräumung des Hauses, woraufhin die BewohnerInnen die geräumten Wohnräume wieder besetzten. Die HausbewohnerInnen sehen in den

³⁰ <http://liebig34.blogspot.de/2020/10/08/unsere-pressemittellung-vom-06-10-20/> (zuletzt eingesehen am 20.10.2021).

„willkürlichen“ Razzien einen „[...] Angriff auf ihr selbstbestimmtes Leben im Kollektiv als Gegenmodell zu kapitalistischer Vereinzelnung“ (Erb 2013). So folgten über die Jahre hinweg immer wieder Phasen von Verhandlungen, polizeilichen Durchsuchungen und Räumungsandrohungen, begleitet von Protesten und einem resoluten Widerstand durch BewohnerInnen und SympathisantInnen. Traurige Höhepunkte bilden die Eskalationen im Jahre 2016 und 2021, wo sich Hundertschaften von PolizeibeamtenInnen mit Unterstützung von SEK und schweren Gerätschaften (Räumpanzer, Wasserwerfer, Hubschrauber) gewaltsam Zugang zur Rigaer 94 verschaffen wollten, dabei aber auf heftigste Gegenwehr trafen. Bei der Eskalation von 2021 wurden im Nachgang mehrere Verfahren wegen versuchten Totschlags und schwerer Körperverletzung eingeleitet, obwohl besonders die Polizei bei dem Einsatz mit äußerster Brutalität vorging. Trotz der „relativ“ kleinen Bewohneranzahl von ca. 30 bis 40 Personen sieht der Berliner Verfassungsschutz in der Rigaer 94 eine dauerhafte Gefahrenquelle und kriminalisiert insofern, als das besetzte Haus als „[...] zentrale Institution der gewaltbereiten autonomen Szene Berlins“ lokalisiert und ein „[...] Teil der Hausbewohner und regelmäßige Besucher der Kneipe im Gebäude seien zum harten Kern militanter Linksextremisten zu rechnen“ (ebd.).

5.2 Der Häuserkampf in Hamburg

Die ersten HausbesetzerInnen in der Hansestadt strukturierten sich 1970 in der Haynstraße 1-3 in Hamburg-Eppendorf. Wegen einer drohenden Räumung schlossen sich ca. 50 BewohnerInnen zusammen und blockierten gemeinsam das Sanierungsvorhaben des Eigentümers. Die sich deshalb mehr aus einem Mieterstreik heraus entwickelte Hausbesetzung richtete sich in dem Fall also direkt gegen den Hausbesitzer. Daneben wendeten sich in Hamburg, wie auch in vielen anderen Städten, Besetzungen gegen die städtische Planungs- und Baupolitik. Auch der Erhalt und die Errichtung von Freiräumen, Kultur- und Stadtteilzentren war ein weiterer wichtiger Beweggrund. So besetzten StudentInnen im gleichen Jahr im Karolinenviertel/St. Pauli leerstehende Wohnungen, um dort ein Stadtteilbüro und einen Kindergarten zu installieren oder im April 1971 besetzten KonzertbesucherInnen erneut nach einem *Ton Steine Scherben*-Auftritt in Hamburg-Ahrensburg ein Gebäude für ein Jugendzentrum (vgl. Hamburger Abendblatt 1970; Reiser 1997:230f). Im April/Mai 1973 okkupierten StudentInnen, SchülerInnen, ArbeiterInnen die Eckhofstraße 37/39 mit dem Ziel, dort ein Studenten-, Lehrlings-, „Gastarbeiter“-Wohnhaus zu etablieren und um gleichzeitig gegen die Umbaupläne des Viertels zu protestieren. Nur wenige Wochen nach der Besetzung wurde auch dieses Haus von der Polizei gewaltsam geräumt (vgl. amantine 2012:17). Als „bedeutende“ Besetzungen in Hamburg sind aber in erster Linie, auch wenn das

Gängelviertel oft mit erwähnt wird, primär die Hafensstraße und die *Rote Flora* zu nennen, da diese Besetzungen als Synonym für die Hamburger Haubesetzerszene stehen und seit Jahrzehnten immer wieder in bundesweite Schlagzeilen geraten, meist im Zuge von breit angelegten Diffamierungskampagnen von Seiten der Springer-Presse (vgl. dazu Hermann et al. 1987:135). Als oppositionelle Haltung zu den Besetzungen können auch die Ambitionen der jeweiligen Stadtoberhäupter positioniert werden. Wenn der damalige Erste Bürgermeister der Stadt Hamburg Klaus von Dohnanyi in seiner Rede aus dem Jahre 1983 vom Konzept *Unternehmen Hamburg* spricht³¹, dann ist damit sicherlich nicht eine ökologisch-verträgliche und alternative Stadtentwicklung gemeint, sondern eine nach vermehrt wirtschaftlichen Standpunkten (vgl. Ronneberger et al. 1999:30). Auch die in den 1990er und 2000er Jahren verfolgten Strategien, die Stadt Hamburg als *Kreative Stadt* und *Talentstadt Hamburg* zu vermarkten - das Konzept der *Talentstadt* basiert dabei nicht zufällig auf Ausarbeitungen der Unternehmensberatung Roland Berger -, schlagen in eine ähnliche Kerbe (vgl. dazu Reckwitz 2009:3f; Schuldt 2011:30).

5.2.1 Hafensstraße

Silvester 1981 besetzten u.a. StudentInnen und Autonome leerstehende Häuser auf der Hafensstraße in St. Pauli, die von der Stadt eigenen kommunalen Wohnungsbaugesellschaft *SAGA* zum Abriss frei gegeben worden waren. Insgesamt drehte es sich um zwölf Häuser, die alle um das Jahr 1900 gebaut worden waren und zwischen Reeperbahn und Landungsbrücken liegen, mit freiem Blick auf die Elbe. Die starke Sanierungsbedürftigkeit und vor allem die exklusive Lage waren wohl ausschlaggebender Grund, warum die Hansestadt auf einen kompletten Kahlschlag und Neubau von hochpreisigen Wohnanlagen setzte. Im Frühjahr 1982 wurde die Besetzung publik und die *SAGA* stellte daraufhin einen Strafantrag und ließ polizeilich räumen. Innerhalb weniger Tage wurden die Gebäude aber erneut „instandbesetzt“. In einem offenen Brief an den Hamburger Bausenator beanspruchten die BesetzerInnen ein *Recht auf Selbstverwaltung*, um den Erhalt der Häuser zu sichern. Ein offizielles Gutachten untermauerte die Position der BesetzerInnen, da darin festgehalten wurde, dass ein Erhalt der Häuser wesentlich kostengünstiger sei als ein Abriss und Neubau. Unbeeindruckt von den Forderungen und dem Gutachten, drängte die Stadt weiterhin auf Abriss. Es folgte ein jahrelanges Ringen zwischen BesetzerInnen und dem Hamburger Senat um Räumung, Abriss und Legalisierung. Vom Ersten Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) wurde die Hafensstraße sogar als eine *Wunder in der Stadt* diffamiert und in der Presse oft

³¹ Die Rede ist unter folgender Internetseite zu finden: <https://www.ueberseeclub.de/resources/Server/pdf-Dateien/1980-1984/vortrag-1983-11-29Dr.%20Klaus%20von%20Dohnanyi.pdf> (zuletzt eingesehen am 21.10.2021).

als ein „rechtsfreier“ Raum mit Krawallen, Barrikaden und RAF-Connection in Verbindung gebracht. Für die Gegenseite ist die Hafensstraße aber mit ihrer bunt bemalten Hausfassade und den weit sichtbaren Botschaften magischer Anziehungspunkt für subkulturelle Szenen von Autonomen, Alternativen, AussteigerInnen, Punks etc. Ende 1986 kam es zu einem vorläufigen Eskalationshöhepunkt zwischen HausbesetzerInnen und Polizei, flankiert von zahlreichen Straßenschlachten. Ausgangssituation war eine Demonstration mit über 12.000 Beteiligten, davon mehrere hunderte Personen aus dem *Schwarzen Block*, die unter der Ansage *Solidarität mit der Hafensstraße. Keine Räumung, kein Abriss. Schluss mit dem Polizeiterror* anfänglich friedvoll protestierten. Durch wohl vermeidbare und unnötige Reizgas- und Schlagstock-Attacken der Polizei eskalierte die Stimmung schlagartig und es kam zu besagten Straßenschlachten. Ein von dem Hamburger Sozialhistoriker Jan Philipp Reemtsma etwas später der Stadt Hamburg unterbreitetes Angebot, die Häuser für einen symbolischen Kaufpreis zu übernehmen, um so die Stadt aus dem festgefahrenen Konflikt zu lösen, lehnte der Senat ebenso ab wie auch das Scheitern der Verhandlungen über einen Pachtvertrag eingeräumt wurden. Es drohten neue Eskalationsstufen. Die Befürchtung eines neuen Räumungsversuches ließ die BewohnerInnen der Hafensstraße für einen bevorstehenden Häuserkampf aufrüsten und es wurden u.a. Straßensperren und Barrikaden errichtet. Insgesamt war die Stimmung auf beiden Seiten sehr aufgeheizt. Um weitere Gewaltorgien und die Gefahr von Toten und Verletzten zu vermeiden, schlug Klaus von Dohnanyi in letzter Sekunde eine andere Gangart ein und band sein politisches Ehrenwort und Amt an eine vertragliche Einigung mit den BesetzerInnen, wenn diese innerhalb eines bestimmten Ultimatums die Barrikaden und Sperren wieder abbauen würden. Nach einem Plenum innerhalb der HafensstraßenbewohnerInnen wurde der Vorschlag angenommen und dadurch eine Räumung in letzter Sekunde verhindert. Im Jahr 1995 wurden die Häuser von der Stadt Hamburg an die neu gegründete Genossenschaft *Alternativen am Elbufer* verkauft, worüber dann auch letztendlich die Besetzungen legalisiert wurden (vgl. Hermann 1987; Mallet 2000).

5.2.2 Die Rote Flora

Im September/November 1989 wurde das Kopfgebäude des alten *Flora*-Theaters, welches ein Jahr zuvor fast vollständig abgerissen worden war, für besetzt erklärt und ein Autonomes Zentrum in den Räumlichkeiten eingerichtet. Die sogenannte *Flora*-Gruppe positionierte sich direkt zu Beginn gegen den Abriss des historischen Empfangsgebäudes und der geplanten Umfunktionierung als Musical-Standort, welches auf Dauer auch eine Umstrukturierung/Gentrifizierung des Schanzenviertels nach sich gezogen hätte. Das

Schanzenviertel selbst wurde zu dieser Zeit meist von vielen jungen (arbeitslosen) Menschen, ArbeiterInnen, Punks, Linken, MigrantInnen bewohnt und erinnerte wohl in seiner subkulturellen Zusammensetzung an das Berliner Kreuzberg der 1970er Jahre (vgl. Birke 2014:81; dazu Sichtermann 2017:154). In den Anfängen formierte sich die *Flora*-Gruppe aus AktivistInnen aus dem autonomen Spektrum (vgl. Jones 2013). Anti-AKW-AktivistInnen waren dabei ebenso beteiligt wie auch militante Linke, HafenstrassenunterstützerInnen und RAF-SympathisantInnen. Politische wie auch (sozio-)kulturelle Aktivitäten standen von Anfang an im Mittelpunkt der selbstverwalteten *Roten Flora*. Zahlreiche Verhandlungsversuche, Eigentümerwechsel, Räumungsdrohungen, Hausdurchsuchungen usw. markieren auch hier die bewegte und lebendige Geschichte der *Roten Flora*, die sich den wiederholten „Legalisierungsversuchen“ der Stadt/Eigentümer - meist über Pacht- und Mietverträge bzw. Kaufoptionen etc. (vgl. Hoffmann 2011) - bis dato recht konsequent verweigert hat, da sie sich damit in Gefahr sah, den politischen Selbstanspruch nicht mehr behaupten zu können und in Abhängigkeit und zum Spielball von staatlichen Stellen und/oder kapitalistischen Spekulationen zu geraten. Auf der anderen Seite wurde der *Roten Flora* aus dem näheren Umfeld die Kritik entgegengeschleudert, dass sie sich mit den ansteigenden Musik- und Konzertveranstaltungen, die sie u.a. zur Selbstfinanzierung benötigt, zunehmend kommerziell aufgestellt habe. Der ideologische Vorwurf beinhaltet neben einer auf reine Profitmaximierung ausgerichteten Perspektivierung auch eine ungewollte Gentrifizierung des Viertels voranzutreiben, da mit den „Eventerfolgen“ der *Roten Flora* auch das Schanzenviertel insgesamt aufgewertet wird und der Standortfaktor dadurch an Attraktivität für Investoren zunimmt. In diese Diskussionen vermischen sich aber auch immer wieder kritische Stimmen einer Selbstreflexion, die eben das Autonome Zentrum nicht als Selbstzweck verstanden wissen wollen, sondern immer im politischen Diskurs um die Raumfrage: *Wem gehört der öffentliche Raum und wer hat Recht hier zu sein?* (vgl. Sichtermann 2017:153ff). Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der *Roten Flora* wurden Ende 2013/Anfang 2014 in Eigeninitiative und mit über 80.000 Euro an gesammelten Spenden (u.a. mit Unterstützung des Fußballclubs St. Pauli) größere Umbauten am Gebäude verrichtet, um eine größtmögliche Nutzung des weiterhin besetzten Zentrums auf verschiedenen Ebenen für die kommende Zukunft garantieren zu können. In einer Jubiläums-Erklärung der *Roten Flora* werden u.a. folgende Perspektiven in Aussicht gestellt:

„Wir wollen, dass die Rote Flora noch immer besetzt, unverträglich und ein Ausgangspunkt von politischer Intervention ist. Sie soll auch in 25 Jahren noch immer ein wichtiger Ort von und für die linke Bewegung sein. Wir wünschen uns für die Zukunft noch vielfältigere Nutzungsmöglichkeiten und noch mehr Menschen, die sie mitgestalten und sich in der Roten Flora wohlfühlen. Wir wollen nicht nur die Substanz des mittlerweile 125

Jahre alten Gebäudes erhalten, sondern die Rote Flora durch Umbauten noch lebendiger, schöner und offener machen.“³²

5.2.3 Gängeviertel

Eine etwas „andere“ Art von Besetzung wurde im sogenannten Gängeviertel von Hamburg initiiert. Unter Gängeviertel sind jene dicht bebauten Wohnquartiere gemeint, ein Konglomerat aus mittelalterlichen Fachwerkhäusern mit verwinkelten Hinterhöfen, schmalen Straßen und engen Gängen - davon auch der abgeleitete Name -, die überwiegend in der historischen Altstadt/Neustadt von Hamburg anzutreffen waren. In diesen Vierteln wohnten meist ärmere Bevölkerungsschichten. Aufgrund baulicher und hygienischer Mängel wurden große Teile des ursprünglichen Gängeviertels im Laufe der Zeit abgerissen, so dass nur noch einige wenige Gebäude und Straßenzüge des historischen Bestandes erhalten sind (vgl. Donsbach 2012:55ff). 2008 wurden Gebäudekomplexe des Gängeviertels von der Stadt Hamburg an den niederländischen Investor *Hanzevast Capital* verkauft. Denn schon über viele Jahre war die hanseatische Finanzbehörde bemüht, das Viertel höchstbietend zu veräußern (vgl. Gabriel et al. 2012:98; dazu auch Lansing 2020:35). Allen verbliebenen MieterInnen wurde kurz darauf gekündigt. Wie die Baupläne des neuen Eigentümers verriet, sollten etwa von den zwölf geschichtsträchtigen Häusern 80% abgerissen und „nur“ 20 % saniert werden. Dass zu dem Zeitpunkt schon einige der Gebäude unter Denkmalschutz standen, war dabei nicht weiter von Interesse (vgl. wikipedia³³). Die Idee zur Besetzung reifte dann bei wöchentlichen Zusammenkünften der selbsternannten *Zelle*, die ab Anfang 2009 in Kellergewölben des Gängeviertels abgehalten wurden. ImpulsgeberInnen waren u.a. KünstlerInnen, die im historischen Viertel lebten bzw. ihre Ateliers dort hatten und die *eo ipso* gegen die Abrisspläne waren. Mit ihren einberufenen Meetings wollte sie daher eine Plattform für Kritik und Widerstand gegen die betriebenen Gentrifizierungsmaßnahmen der Hansestadt bieten. Schon während des ersten Treffens schälte sich der Gedanke einer Besetzung heraus und im Laufe des Jahres verfestigte sich die Idee zusehends. *„Die Aktivisten im Gängeviertel sind davon überzeugt, dass die von der neoliberalen Lokalpolitik in Hamburg hervorgerufene stadträumliche Situation - mit zu wenig günstigem Raum zum Leben und Arbeiten und zu vielen leerstehenden Büros und teuren Wohnungen - nicht mehr hinnehmbar ist und darauf Einfluss genommen werden sollte“* (Schuldt 2011:40). Letztendlich kam es am 22.09.2009 zu einem von langer Hand geplanten Hoffest³⁴, aus dem sich dann

³² <https://florabaut.noblogs.org/aufwurf/> (zuletzt eingesehen am 25.10.2021).

³³ [https://de.wikipedia.org/wiki/Gängeviertel_\(Hamburg\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Gängeviertel_(Hamburg)) (zuletzt eingesehen am 25.10.2021).

³⁴ Ein Motto war u.a. der Spruch *Komm in die Gänge*, welcher in Form von runden roten Aufklebern weit vor dem geplanten Hoffest überall in Hamburg verklebt wurden (vgl. dazu Schuldt 2011:55; Bäumer 2009:219).

eine „Künstlerbesetzung“ der Gebäude fortentwickelte. Auf dem Fest selber wurden Lesungen, Konzerte, Kunstaussstellungen usw. in Räumlichkeiten der Abriss Häuser dargeboten und die Pforten weit für die Öffentlichkeit geöffnet. Gleichzeitig wurden in einer zeitnah einberufenen und professionell vorbereiteten Pressekonferenz (mit Pressemappe) die Medien über die Besetzung und die Beweggründe informiert. Auch wurden PolitikerInnen telefonisch über die Besetzung in Kenntnis gesetzt und zum Event eingeladen. Als Schirmherr der gesamten Veranstaltung benannten die AktivistInnen den populären Künstler Daniel Richter, der selber aber gar nicht an dem Hoffest involviert war, seinen Namen aber wohl dafür gerne zur Verfügung stellte (vgl. ebd.:57). Damit gelang es den BesetzerInnen geschickt, verschiedene Ressourcen für ihre Zwecke einzubinden, um dem Ganzen den Anstrich eines performativen Happenings zu verleihen, statt in eine radikale Ecke gedrängt zu werden, die meist mit Hausbesetzung konnotiert ist. Assoziationen an brutale Häuserkämpfe a lá Hafenstraße wollten die AktivistInnen damit bewusst vermeiden. Dass dieses Ziel erfolgreich eingelöst wurde, zeigte sich besonders auch im Wohlwollen einzelner Pressestimmen³⁵ und überhaupt in der öffentlichen Wahrnehmung, da jegliche Abschottung und subversive Performanz vermieden und stattdessen eine möglichst große Transparenz und breite Öffnung angestrebt wurden. Weitere politische Ambitionen - besonders die sonst üblichen „linken“ antikapitalistischen Forderungen - sollten mit der „Künstlerbesetzung“ nicht transportiert werden. Hier fokussierte sich der Blick lediglich auf Freiräume von prekären KünstlerInnen. Dies brachte den *GänglerInnen* von Seiten politisch ambitionierter BesetzerInnen (*Rote Flora*) aber schnell den Vorwurf ein, dass sich diese nicht oder zu wenig politisch positionierten und so die herrschenden sozialen Kontexte zu sehr ausklammern würden (vgl. Kowalski/Stillich 2012:175; auch Lansing 2020:38).

Nichtdestotrotz gelang es den AktivistInnen, dass die Stadt Hamburg wenige Monate nach dem Hoffest die Häuser vom Investor zurückkaufte und die „BesetzerInnen“ daraufhin weiterlaufende Nutzungsrechte erhielten. Eine Rolle bei der Entscheidung des Rückkaufs könnte auch der drohende Imageschaden gespielt haben, da, wie anfangs beschrieben, die Stadt Hamburg sich gerne als Kreativ-/Talentstadt vermarkten wollte und eine Räumung gegen Kreative in der Außendarstellung kontraproduktiv gewirkt hätte. Im Jahr 2019 kam es zu einer endgültigen Einigung mit der Stadt Hamburg und der zwischenzeitlich gegründeten *Gängeviertel Genossenschaft eG*. Neben weiterführenden Sanierungsarbeiten einigten sich beide Parteien auf einen Erbbaurechtsvertrag von 75 Jahren (vgl. Schuldt 2011).

³⁵ Ein Beispiel: „Mit einer friedlichen Besetzung, Ausstellungen und Partys demonstrieren Kreative gegen den Abriss eines historischen Quartiers.“ (*Hamburger Abendblatt* 196/2009:6).

5.3 Hausbesetzungen in Düsseldorf

Auch die sich sonst chic und mondän gebende Landeshauptstadt Düsseldorf war Schauplatz zahlreicher Hausbesetzungen, von denen nur noch die Kiefernstraße bis in die Gegenwart hinein als Beleg für eine aktive Hausbesetzerszene nachwirkt, obwohl die Wohnungen dort mittlerweile legalisiert sind. Ihre Anfänge nahmen die Hausbesetzungen in der Mode- und Werbestadt ab Mai 1972, als etwa 20 StudentInnen ein seit drei Jahren leer stehendes Haus auf der Kronprinzenstraße 113 im Stadtteil Düsseldorf-Bilk besetzen. Ein Grund für die Besetzung war trotz hohen Leerstands akuter Wohnraummangel, der in erster Linie einkommensschwache Menschen wie eben StudentInnen, Arbeitslose und prekäre (familienreiche) Bevölkerungsgruppen betraf. Besonders innerhalb der Studentenschaft war die Frustration über die Wohnraumsituation in der Landeshauptstadt deutlich spürbar. Neben der Heinrich-Heine-Universität gab es noch die Fach- und Musikhochschule und die Kunstakademie, so dass die Zahl von Studierenden Mitte/Ende der 1970er Jahre bereits auf über 20.000 anstieg, bei einem Wohn- und Raumangebot von Seiten des Studentenwerkes von 944 Einzelzimmern. Die Resonanz auf die Besetzung der Kronprinzenstraße 113 fiel innerhalb der Nachbarschaft und breite Teile der Bevölkerung durchweg positiv aus, da die Beweggründe für die Besetzung durchaus plausibel waren. Wegen dieser „gefühlten“ Solidarität und der Diskrepanz zwischen Leerstand und Bedarf sah sich die Stadt Düsseldorf gezwungen, das Haus Nr. 113 und weitere Abbruchhäuser den AktivistInnen zu überlassen, unter der Voraussetzung, dass alle Haus- und Instandsetzungsarbeiten von den studentischen BesetzerInnen selber übernommen werden und für weitere Verhandlungen ein rechtsfähiger Verein von Seiten der StudentInnen gegründet werden muss (vgl. Rekitke/Becker 1995:3.1³⁶).

5.3.1 Aktion Wohnungsnot e.V. (AWN)

Im Januar 1973 wurde nach einigen Für und Wider³⁷ der Verein *Aktion Wohnungsnot e.V.* (AWN) gegründet, dem in erster Linie an der Organisation und Vermittlung von Wohnraum für StudentInnen, Azubis und SchülerInnen gelegen war. Der AWN wurden von städtischer Seite - genauer dem Liegenschaftsamt - bis September 1974 insgesamt 16 leerstehende Abbruchhäuser zur Verfügung gestellt unter der Prämisse, dass besagte Personengruppen „[...] mietfrei in zum Abbruch vorgesehenen Häusern der Stadt wohnen können, jedoch hätten sie sämtliche anfallenden Kosten selbst zu tragen (was einer Kostenmiete entspricht) [sic!] sie

³⁶ Die Diplomarbeit von Rekitke und Becker ist online eingestellt (<https://archiv.squat.net/duesseldorf/Index.html>), aber ohne Angabe von Seitenzahlen. Daher der Verweis auf die Unterkapitel, in dem die entsprechenden Angaben zu finden sind.

³⁷ Die Argumente für und gegen eine Gründung eines Vereines ähneln sich nach bekannten Mustern. Die FürsprecherInnen fanden die Notwendigkeit eines organisatorischen Rahmens als sinnvoll für weitere Verhandlungen, die GegnerInnen sahen darin eine Art Kapitulation vor dem „Feind“ (vgl. Rekitke/Becker 1995:3.1.2).

sollten einjährige Nutzungsverträge mit vierteljährlicher Kündigungsfrist [...] und - wenn möglich - bei Abriss Ersatzwohnungen bekommen“ (Setzt 1981:53; zitiert n. ebd.:3.1.2). Bis Ende 1974 hatte die auf circa 400 Mitglieder angewachsene AWN 130 StudentInnen, SchülerInnen und Azubis in den ihr zugewiesenen Häusern einquartiert. Die AWN sah sich zu dem Zeitpunkt dabei nicht nur in der Vermittlerrolle, sondern beanspruchte für sich selber sozialpolitische und gesellschaftsrelevante Forderungen an Stadt, Kommune und Land zu stellen, um so auch gegen eine spekulativ geprägte Wohnungspolitik vorzugehen:

„Forderungen an Stadt, Land und Bund sind (1) die Forcierung des sozialen Wohnungsbaus, (2) die Schaffung von genügend Wohnheimplätzen für Auszubildende, (3) eine Stadtplanung im Interesse aller unter Mitbestimmung der Betroffenen, (4) die Unterbindung von Wohnraumzerstörung aus Profitinteresse und schließlich (5) die sofortige Bereitstellung allen leerstehenden Wohnraums für Wohnungssuchende zu tragbaren Preisen. Außerdem setzt die AWN sich für ein neues, demokratisch kontrolliertes Bodenrecht, das die Spekulation mit Grundstücken unmöglich macht, ein.“ (ebd.:3.1.4)

Als wichtige Anknüpfungsorte und Anlaufstellen für die „Rekrutierung“ von neuen UnterstützerInnen und Mitgliedern für die AWN sind in erster Linie die Hochschulen in der Landeshauptstadt zu nennen. Bis Ende der 1970er Jahre waren bei steigenden Mitgliederzahlen (circa 500) der AWN 33 bis 34 Häuser zugewiesen, worin in etwa 200 Menschen lebten. Als Konsequenz einer Abnahme des Engagements in wohnungspolitischen Angelegenheiten - denn die meisten Mitglieder waren nur wegen günstigen Wohnraums dem Verein beigetreten - kommt es zum Versuch einer Re-Politisierung der AWN-Häuser über die Einbindung in konkrete Stadtteilarbeit. In diesem Zusammenhang entflammten auch wieder interne Diskussionen um die Besetzung von Häusern. Denn im Dezember 1975 wurde schon einmal ein leerstehendes Haus in Düsseldorf-Gerresheim (Neusser Tor 4) von AWN-Mitgliedern kurzzeitig besetzt, auch wenn dies nur symbolischer Natur war. Im September 1979 und im Juni 1980 erfolgten erneut unter Beteiligung bzw. Unterstützung der AWN die Besetzung von Abriss bedrohter Häuser auf der Kronprinzenstraße 90 und des Lichtenbroicher Wegs 137. Nur einen Monat später wurden die beiden Häuser durch die Polizei geräumt und direkt im Anschluss dem Erdboden gleichgemacht. So kam es bis Mitte 1981 zu 14 weiteren Hausbesetzungen in Düsseldorf. Innerhalb der AWN verhärteten sich die Fronten zwischen den beiden radikalen Flügeln („Spontis contra MSBler“). Ein zentraler Vorwurf lautete, dass sich die AWN zu Handlangern der städtischen Wohnungspolitik instrumentalisieren lassen würde. Dazu Rekitke/Becker (1995:3.1.12):

„Vor allem die „bewährte“ Zusammenarbeit zwischen Stadt, vertreten durch die Liegenschaftsdezernenten Bolo Mayweg, und der AWN, vertreten durch den Vorstand, wird scharf angegriffen. In der Praxis sah das dann so aus. Das städtische Liegenschaftsamt kauft Häuser auf, um sie „umzulegen“ (abzureißen), „entmietet sie“ (schmeißt die Mieter

raus), setzt die AWN rein. Das Haus stünde in der Übergangszeit nicht leer und die Stadt könne sich damit brüsten „etwas für die armen StudentInnen“ zu tun. Wenn die Planungen der Stadt dann abgeschlossen seien, würde das Haus schließlich abgerissen und die AWN-Mitglieder zögen ohne großen Widerstand in das nächste Haus. Auch die mangelnde Solidarität der AWN mit den alten, zuvor vertriebenen MieterInnen der Abbruchhäuser wird beklagt.“

Gegen September des Jahre 1981 wurden aufgrund der andauernden Kritik breitangelegte Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb der AWN vorangetrieben. Ein Ziel war es, die hierarchischen Vereinsstrukturen aufzubrechen, so dass es keinen wegweisenden Vorstand mehr gegenüber einer breiten Masse an untätigen Mitgliedern geben sollte. Vielmehr wurde beschlossen, dass sich die BewohnerInnen der AWN-Häuser in Zukunft selber organisieren und vertreten sollen. Dazu wurde ähnlich dem Berliner Vorbild ein Häuserrat einberufen, der sich aus VertreterInnen der einzelnen Häuser zusammensetzte. Ferner proklamierte die AWN eine Solidaritätsbekundung mit allen bundesweiten HausbesetzerInnen und befürwortete gleichzeitig Hausbesetzungen als ein probates und notwendiges Mittel (vgl. ebd.:3.1.13). Bereits im selben Monat kam es dann auch zu einem Abbruch der Zusammenarbeit zwischen AWN und der Stadt Düsseldorf (vgl. dazu auch Nagel 1993:132ff.; ebd.), als unter Beteiligung der AWN Wohnungen auf der Kiefernstraße besetzt wurden. Die AWN war jedenfalls ab 1983 so weit politisch „geschrumpft“ und marginalisiert, dass sie im weiteren Verlauf keine große Rolle mehr spielte und auch der installierte Häuserrat weiter an Bedeutung verlor. Aus einigen AWN-Häusern entspringen in Folge neue Vereins- oder Organisationseinheiten (z.B. die *Selbsthilfe Düsseldorf (SHD)* in der Kopernikusstraße 53, das *Selbstverwaltete Wohnprojekt Theodorstraße e.V. (SWT)* usw.) (ebd.:3.1.14).

5.3.2 Die Kiefernstraße in Düsseldorf-Flingern

Die Kiefernstraße im südlichen Düsseldorf-Flingern gehört quasi mit zum Aushängeschild der Düsseldorfer Hausbesetzerszene, da diese Straße seit Anfang der 1980er Jahre immer wieder durch Besetzungen, RAF-Nähe, Hausdurchsuchungen usw. - wie so oft bei vielen bundesdeutschen Besetzungen, die sich über Dekaden ziehen - von sich reden macht, aber auch den Charakter der sonst sehr distinguierten Landeshauptstadt mit ihrem subkulturellen und alternativen Dasein abseits von Königsallee und Schickeria als Gegenentwurf dazu sehr bereichert hat. Die Mietskasernen der Kiefernstraße wurden um das Jahr 1905 als Werkswohnungen der nahegelegenen Klöckner-Werke AG errichtet, bis diese aufgrund der Schließung der Stahlwerkproduktion 1975 an das städtische Liegenschaftsamt und 1977 an die städtische *Düsseldorfer Wohnungsbau Gesellschaft (DÜWOG)* verkauft wurden. Bereits während dieser Phase versuchten die neuen Eigentümer die Kiefernstraße zu entmieten, um die Häuser im Anschluss abreißen zu können und neues Gewerbe dort anzusiedeln. Bis 1981

waren insgesamt 100 Wohnungen geräumt. Im gleichen Jahr werden die Häuser wieder dem Liegenschaftsamt übertragen, das vier Gebäude dem Sozialamt für die Einquartierung von Geflüchteten befristet überließ. Parallel erzielte die AWN bei Verhandlungen mit dem Liegenschaftsamt, dass von den 100 leerstehenden Wohnungen etwa 60 von Menschen in prekären Lebenslagen wieder bezogen und durch Nutzungsverträge befristet legalisiert wurden. Die Liste an Menschen, die günstigen Wohnraum benötigten, war aber bei weitem größer, so dass die AWN darüber hinaus 16 von den noch 40 leerstehenden Wohnungen besetzte. Auch ein anschließendes Ultimatum durch das Liegenschaftsamt, wenigstens sechs der besetzten Wohnungen wieder zu räumen, ließ die AWN tatenlos verstreichen, so dass das Liegenschaftsamt ab Anfang Oktober 1981 jegliche Verhandlungen mit der AWN abbrach und am 07. Oktober einen Strafantrag wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Nötigung gegen die AWN stellte. Um dem ein Gegengewicht entgegenzustellen, legten die BesetzerInnen/BewohnerInnen zusammen mit dem Kommunikationszentrum ZAKK, welches quasi um die Ecke liegt, einen Widerspruch gegen die Bebauungspläne der Stadt ein. Trotz zahlreicher Drohgebärden unternahmen die Stadtoberen erstmal nichts, so dass 1982 weitere Wohnungen auf der ungeraden Seite besetzt und zwei Cafés (*Nix da (später AK 47)/ Müllkippe*) eröffnet wurden. Die verblüffende Tatenlosigkeit von Seiten der Stadt erweckt bei einigen den Verdacht (siehe ebd.:3.3.4), dass die Staatsmacht absichtlich nicht einschritt, da eine Konzentration von „Subversiven“ (HausbesetzerInnen, Autonomen, Punks etc.) an einer Stelle/Straße besser zu kontrollieren sei. Torsten Nagel (1993:133; zitiert n. ebd.) beschreibt diese Beobachtung mit folgenden Worten: „*Mein Eindruck ist, daß die Kiefernstraße als Sammelbecken diente, als ein Raum, der ‚gut‘ zu kontrollieren war, sozusagen eine Marginalisierungs- und Ghettofunktion hatte.*“ Gegen September/Oktober 1982 wurde von der Stadt in einem Ratsbeschluss das Ziel ausgegeben, erstmal „nur“ die Wohnhäuser auf der ungeraden Seite abzureißen. Diese Pläne wurden aber durch den damaligen Oberstadtdirektor durchkreuzt und bis ins Jahr 1987 auf Eis gelegt. Auch eine neue politische Koalition tritt für den Erhalt der Kiefernstraße ein, so dass die Abrisspläne vom September/Oktober 1982 auch hier erstmal aufgegeben wurden. In ihrer Zusammensetzung zeugte die Kiefernstraße zu dieser Zeit von einer hohen Heterogenität an ethnischen und sozialen Gruppen. Von den circa 800 „Alt-MieterInnen“, die auf der Kiefern lebten, haben ein Großteil Migrationshintergrund aus 40 unterschiedlichen Nationen (vgl. Lansing 2020:27f). Daneben sind unter den 200 „neuen“ BewohnerInnen viele Punks, Lesben, Schwule, KünstlerInnen, Autonome usw. Diese Diversität an sozio-kulturellen Hintergründen macht auch den Hauptunterschied zu anderen Besetzungen wie z.B. der Hafenstraße in

Hamburg aus, wo fast ausschließlich nur die BesetzerInnen selbst in den Häusern leben (vgl. ebd.:3.3.7). Darin sind sowohl Ressourcen als auch weitere Konfliktpotenziale verborgen. Zu einer ersten - kurzzeitigen - Eskalation kam es im Jahre 1986, als zwei weitere Häuser auf der Kiefernstraße besetzt wurden. Im August desselben Jahres kulminiert die nächste Eskalationsstufe, als zwei BewohnerInnen der Kiefernstraße zusammen mit der RAF-Terroristin Eva Haule in Rüsselheim verhaftet wurden. Es folgen mehrere straßenübergreifende Hausdurchsuchungen durch die Staatsmacht. Für die bürgerliche Presse war die Verhaftung ein gefundenes Fressen und so wird die Kiefernstraße ziemlich schnell präjudiziert und ihr eine Nähe zum Terrorismus angedichtet bzw. als möglicher Unterschlupf für TerroristInnen gebrandmarkt.³⁸ Im Januar 1988 werden erstmalig Wohnungen mit gerader Hausnummer besetzt. Damit überschreiten die BesetzerInnen eine rote Linie, die von der Stadt Düsseldorf und speziell den „alteingesessenen“ BewohnerInnen der geraden Seite so nicht hingenommen wurden, da sie eine Ausbreitung des Konfliktes befürchteten, zumal ihre Häuser mit „normalen“ Mietverträgen ausgestattet waren. Nach einem einberufenem Straßenplenum räumen die BesetzerInnen die besetzten Wohnungen auf der geraden Seite wieder freiwillig. Im weiteren Verlauf kommt es immer wieder zu heftigen Denunziationen durch die Presse, einhergehend mit einer Zunahme des politischen Drucks, dem sich auch die mittlerweile zerstrittenen BesetzerInnen beugen. Am 12. Oktober 1988 übergibt ein Teil der BewohnerInnen 40 unterschriebene Mietvertragsentwürfe an die Stadt Düsseldorf. Ende Oktober ziehen die übrigen 49 HausbesetzerInnen nach. Somit werden die über 70 besetzten Wohnungen durch Mietverträge legalisiert (vgl. ebd.:3.3). Aktuell aufmerksam machten die AnwohnerInnen auf sich, als sie gegen Pläne eines Investors protestierten, der in unmittelbarer Nähe ein Hotel und neue Apartments bauen lassen will. In einem neuen Planungsverfahren sollen die Bauvorhaben nochmals überdacht werden (vgl. Kampe 2019).

5.3.3 Weitere Hausbesetzungen in den 1990er Jahren

Ein wenig war Ruhe eingekehrt, bis Anfang der 1990er Jahre die lokale Hausbesetzerszene so langsam wieder aus einem Dornröschenschlaf erwachte. Im März 1990 besetzten Autonome ein Haus auf der Erkrather Straße 206, um es zum Einen vor dem anstehenden Abriss zu bewahren und zum Anderen um Forderungen nach billigem Wohnraum und dem Erhalt der Schwulen- und Lesbenräume der Initiative *Café Rosa* und *Hexenkessel* dadurch zu bekräftigen. Noch am selben Tag wurde die Besetzung freiwillig beendet. In der Folgezeit unternahm die Besetzergruppe weitere, kurzzeitige Okkupationen und Protestaktionen.

³⁸ So betitelt die *Rheinische Post* zum Beispiel einen Artikel mit *Großfahndung des BKA in der Kiefernstraße: Direkter Draht zur RAF-Szene* oder einen anderen Artikel mit *Kiefernstraße blieb RAF-Nest*. (vgl. Rheinische Post vom 04.08.1986/Rheinische Post vom 21.12.1987; vgl. dazu auch Rekkittke/Becker:3.3.9)

Nach einer Demo am 24. November 1990 wurde das Haus Alt Pempelfort 15 für circa drei Wochen besetzt, bevor es von der Polizei geräumt wurde. In dieser knappen Zeit gelang es den AktivistInnen immerhin, ein breites Bündnis an UnterstützerInnen um sich zu gruppieren (Grünen, Asten usw.) und auch innerhalb des Hauses verschiedene Strukturen zu installieren (Kneipe, Infoladen, Frauenraum, Volxküche etc.) (vgl. ebd.:3.4).

Im Winter 1994/95 taten sich sogenannte „Kellerkinder“³⁹ mit weiteren StudentInnen/Personen zusammen und gründeten die *Initiative Kaiserswerther Straße*, um sich gegen Leerstand und für neuen Wohnraum einzubringen. Denn im Norden von Düsseldorf standen vier ehemalige Häuser der britischen Streitkräfte auf der Kaiserswerther Straße 288-294 seit mehreren Monaten leer. Weil die Stadt/das Land als neuer Eigentümer der leerstehenden Häuser zögerte, diese in Sozialwohnungen bzw. Studentenwohnungen umzuwandeln, vielmehr die Absicht hegte, diese an private Investoren gewinnbringend zu veräußern, besetzten kurzerhand 21 Personen, darunter auch Mitglieder der *Initiative* am 04. Februar 1995 die Kaiserswerther Straße 290 und verbarrikadierten sofort die Eingänge, um der schnell vor Ort eintreffenden Polizei den Zugang zu verhindern. Trotzdem wurde nur innerhalb weniger Stunden das Haus durch ein SEK gestürmt. Bei der Räumungsaktion wurden fünf BesetzerInnen so schwer verletzt, dass sie kurze Zeit später im Krankenhaus weiterbehandelt werden mussten. Allen BesetzerInnen wurde nach einigen Wochen eine Anklage wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung zugestellt. Dazu schreiben Rekkittke/Becker (3.8) abschließend:

„Am 29. September 1995 werden die ersten vier von insgesamt 21 BesetzerInnen vor dem Düsseldorfer Amtsgericht wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch zu jeweils 1.000 DM Geldstrafe verurteilt. Der Prozeß gegen die 21 BesetzerInnen ist unseres Wissens nach der größte, der jemals in Düsseldorf wegen einer Hausbesetzung geführt wurde. Auch auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen Anfang der achtziger Jahre wurden zu keinem Zeitpunkt derart viele Menschen wegen der Besetzung eines einzigen Hauses angeklagt.“

6. Alternative Besetzungsformen

Bisher wurde meistens immer von Häusern und Wohnungen gesprochen, doch gibt es natürlich auch andere Formen von Raumeignungen und Besetzungen, auf die hier nur kurz und nicht in allen möglichen Varianten eingegangen werden kann, da eine Aneignung auch schon z.B. über *Urbanart/Street Art* erfolgen kann. Auch können Räume nur temporär besetzt werden, um dort für eine Nacht z.B. ein/-e Rave/Party etc. zu veranstalten und im Morgenrauen wird die „Besetzung“ mit dem letzten Gast wieder aufgehoben. Aber die

³⁹ Wegen Mangels an Wohnraum stellten die Asten der HHU und FH Notschlafplätze für StudienanfängerInnen zur Verfügung, die noch keinen Wohnraum in Düsseldorf gefunden hatten. Circa 20 StudentInnen lebten daher für einige Zeit im Partykeller eines StudentInnen-Wohnheims und gaben sich den Namen *Kellerkinder* (vgl. ebd.:3.7).

wohl bekannteste „Alternative“ zu Gebäudebesetzungen ist die Besetzung von Grund und Boden bzw. freien Flächen in Form von sogenannten Wagenburgen - auch Wagendörfer oder Wagenplätze genannt -, die in vielen Großstädten (Berlin, Hamburg, Köln, Freiburg usw.) anzutreffen waren/sind (vgl. Canham 2006). Eine Wagenburg ist in der Regel eine Wohnsiedlung, die aus mobilen - zum Teil sehr kreativen - Elementen wie Bauwägen, Bussen, Wohnmobilen/-wägen usw. zusammengesetzt ist. Diese sich aus der Hausbesetzerzene abgespaltene Form einer „alternativen“ Wohnkultur ist seit den 1980er Jahren vermehrt anzutreffen. So befindet sich z.B. auch im Knick der Düsseldorfer Kiefernstraße eine Wagenburg mit aktuell elf Erwachsenen und einigen Kindern.⁴⁰ Wie auch ihr Pendant in Stein befinden sich Wagenplätze oft auf illegal besetzten Flächen oder haben sich durch legalisierte Nutzungsverträge ein Bleiberecht erkämpft (vgl. amantine 2011:43ff; 2012:76ff). Insgesamt gibt es aktuell zwischen 150 bis 200 Wagenplätze, die sich über das Gebiet der Republik verteilen. Die 1981 gegründete Wagenburg auf der Köthener Straße in Berlin-Kreuzberg gilt dabei als einer der ersten Wagenplätze in der BRD. Dass auch Wagenplätze dem präsenten Inkunabel einer Räumung ausgesetzt sind, zeigt ein aktuelles Beispiel: Für den 15. Oktober 2021 war die Räumung des Köpi-Wagenplatzes (Köpenicker Str. 137) in Berlin-Mitte angekündigt, welche mittlerweile auch vollzogen und von Ausschreitungen begleitet wurde.⁴¹

7. Blick in eine Zukunft oder mögliche Aussichten

Wie könnte eine mögliche Zukunft aussehen? Oder genauer gefragt, wie können Besetzungen als Mittel für Protest, aber auch als Druckmittel gegen Wohnungsnot oder für den Wunsch nach Alternativplätzen sinnvoll eingesetzt werden, damit dauerhafte Lösungen etabliert werden können? Die Chronik der Besetzungen hat gezeigt, dass die meisten oft nur von einer kurzweiligen Dauer waren bzw. im täglichen Abwehrkampf viele Ressourcen für die Verteidigung der neugewonnenen Lebensräume „geopfert“ werden mussten, bis die „illegalen“ Aneignungen entweder geräumt oder in irgendeiner Form legalisiert wurden, damit der „unerträgliche“ Zustand von Rechtsfreiheit ein Ende findet. Denn in irgendeinem Paragraphen oder „legalen“ System bewegen sich schließlich alle BürgerInnen und das muss auch für BesetzerInnen gelten - so die Logik des Staates. Der Eindruck der dabei entsteht, ist, dass der Raum für Konfrontation - verbal-argumentativ wie auch körperlich-performativ

⁴⁰<https://www.ardmediathek.de/video/westart/wdr-fernsehen/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZW10cmFnLWQ2M2U0MGI0LTl0NTYtNGFiNi1hODNmLWlWn2U0OTE5MGRkYQ/> (Video ab Minute 26; zuletzt eingesehen am 28.10.2021).

⁴¹ <https://koepi137.net/eviction-october-15.html> (zuletzt eingesehen am 28.10.2021). Siehe auch den TAZ-Artikel von Guglielmino/Aguigah 2021.

- immer enger geworden ist. Inzwischen wissen wohl beide Seiten aus den vergangenen Jahrzehnten, was sie voneinander halten müssen (vgl. auch Sichtermann 2017:290ff). Ein Aktivist gibt während der *squatting-days* 2014 in Hamburg folgende Einschätzung ab (zitiert n. ebd.:296):

„Unser Eindruck ist, dass die Stadt heute in der Regel weniger auf Dialogbereitschaft setzt. Besetzte, leerstehende Räume werden sofort geräumt. Dabei wird der jeweilige Hausbesitzer oft nicht einmal vorab kontaktiert, um ein Einverständnis für die Räumung einzuholen - obwohl dazu eigentlich die Pflicht besteht. Doch heute geht es eben um deutlich mehr Geld als früher, Immobilien sind immer wertvollere Spekulationsobjekte geworden. Auch die Kriminalisierung der Besetzerszene hat vor diesem Hintergrund zugenommen.“

Dennoch hat sich in den vergangenen Jahrzehnten auch die Hausbesetzerszene in ihrem Charakter verändert, auch wenn sich Ziele und Kritikpunkte noch immer gleichen. Neben dem militanten Auftreten sind auch neuere, leisere Zwischentöne zu vernehmen, die mehr auf einen kreativen Ansatz abzielen. Bei der Frankfurter Besetzung eines Hinterhof-Areals im Jahr 2014 durch die *IVI (Institut für vergleichende Irrelevanz)*, einer Art Gegen-Uni, veranstalteten die BesetzerInnen eine Art Happening mit Grill, Musik und Ballons, bevor sie kampflös und freiwillig vor dem Eintreffen der Polizei wieder abrückte. Somit wurde Besetzung ostentativ zur Geste intendiert und im *Modus operandi* „Als-ob“ symbolhaft zum Einspruch gegen Wohnungspolitik eingesetzt. Weitere Symbole sind hinzugekommen. Mit dem *urban gardening* (vgl. Müller 2011) werden zum Beispiel symbolhaft zwei Felder zusammengebracht, die sich bisher unversöhnlich gegenüber standen, nämlich Beton und Natur. Dennoch ist diese Form der Stadtaneignung ein besonders friedvoller Versuch. Ebenso können zu dieser sanften „Revolution“ Wandbilder, Slogans, Plakate, Performance, Installationen, Initiativen⁴² usw. hinzugerechnet werden. Es ist ein neuer Ausdruck von BewohnerInnen, die über bunte Vielfalt ein Zeichen setzen und damit die kapitalistischen Profitbestrebungen untergraben wollen. Den urbanen GärtnerInnen und SprayerInnen geht es dabei nicht nur um günstigen Wohnraum und Protest, sondern auch um eine Sichtbarmachung der Existenz von Diversität im urbanen Ballungsraum. Statt wie in der Vergangenheit oft zelebriert sich zu verbarrikadieren und in den Häusern einzuschließen, überlagert ein neues Motto bzw. Lebensgefühl die sonst defensive Ausrichtung, nämlich aus den Wohnungen in die Straßen herauszutreten und diese mitzugestalten und sich anzueignen.⁴³ Hanno Rauterberg, ein Feuilletonist der Wochenzeitung *Die Zeit*, umschreibt in seinem kleinen Buch *Wir sind die Stadt* (2013) genau dieses Phänomen verbunden mit der wiederkehrenden Frage,

⁴² Eine Bürgerinitiative wäre z.B. die Kölner Bewegung *Tag des Guten Lebens*, die sich für einen Tag den Stadtraum zurückerobert und darüber längerfristige Veränderungen in Gang setzen will (vgl. dazu Brocchi 2017;2019)

⁴³ Siehe auch Fußnote 42.

wem gehört eigentlich der öffentliche Raum? Durch die umgedeutete Heroldsformel *Die Stadt ist tot, es lebe die Stadt* (ebd.) mit der Rauterberg in die Thematik einleitet, verweist der Autor auf eine neue und zugleich alte Kontinuitätsanforderung, die trotz anhaftenden dysfunktionalen Prognosen, doch immer mehr zum Tragen kommt: die Wiederentdeckung des öffentlichen Raumes. Dem Autor geht es dabei um die Rückeroberung des urbanen Raumes von unten und auch um seine Gestaltung und Aneignung von unten, da der öffentliche Raum, trotz einer voranschreitenden Privatisierung und „Boutiquisierung“, im Fortgang des Kontinuitätsgedankens, eigentlich schon immer allen BewohnerInnen gehörte (ebd.). Für Rauterberg erwacht in den Städten eine auch in dieser Arbeit mehrfach angeschnittene und verloren geglaubte Sehnsucht nach Gemeinschaft und der Wunsch nach kollektivem Erleben, wodurch wiederum neue Varianten des öffentlichen Lebens geprägt werden und sich unter Schlagwörtern wie eben *Urban Gardening*, *FabLaps*⁴⁴, *Urbanart* usw. präsentieren und unter dem Akronym *DIY/DIT(Do it Yourself/Do it together)*-Urbanismus zusammengefasst werden. Eben in der DIY/DIT-Bewegung⁴⁵, die ein viel weiteres Feld an Projekten umfasst wie hier nur kurz angedeutet wurde, konkretisiert sich der kollektive Gedanke, indem „[...] das Selbermachen bzw. die Eigeninitiative als gemeinschaftliche Aktivität und Erfahrung“ unmittelbar erlebt wird (Müller/Werner 2015:31). Am Beispiel eines interkulturellen Gemeinschaftsgartens werden die viele Dimensionen des „Neuen Urbanismus“ gut sichtbar. Da zumeist dazu brachliegende Stadtflächen kurzfristig in Gärten umfunktioniert werden, spielt auch Widerstand und Besetzung eine gewisse Rolle (vgl. Werner 2011), aber in solcher Art „[...] dass mit ihnen („den Gärten“, Anmerk. d. Autors) hochreglementierte Räume mit entsprechenden habituellen Forderungen ans Subjekt durch tendenziell offene und verspielte DIY-Räume ergänzt, relativiert bzw. konterkariert werden“ (ebd.:34). Über die gemeinschaftliche Gartenarbeit werden dann kulturelle und auch soziale Differenzen und Gemeinsamkeiten ausgedrückt und respektiert und es können neuartige Beziehungen zwischen den AkteurInnen mit und ohne Migrationshintergrund entstehen und obendrauf neue ökologische Perspektiven und Sensibilisierungen eröffnet werden, welche zudem auf einer Meta-Ebene die Subjekt-Objekt-Beziehung (Upcycling, Tausch, Ökonomie des Schenkens usw.) in der postfordistischen Epoche zumindest in Frage stellen (vgl. ebd.:35). Gleichzeitig ermöglicht der urbane Gemeinschaftsgarten in einem öffentlichen Raum zu agieren und sichtbare Spuren zu hinterlassen, der in anderen Kontexten oft nicht

⁴⁴ Unter *FabLaps* sind offene Werkstätten gemeint, durch die es Privatpersonen ermöglicht wird professionelle Anfertigungen, Reparaturen etc. vorzunehmen (vgl. Müller/Werner 2015:36)

⁴⁵ Ein ausgeprägtes Beispiel des DIY-Urbanismus findet sich z.B. im Wiener Stadtteil Ottakring, wo zunehmend Veranstaltungen im öffentlichen Räumen organisiert werden, die sich zahlreichen Themen des Erhaltens, Tauschens, Reparierens etc. in Form von gemeinschaftlichen Tätigkeiten widmen (vgl. Jonas et al 2021).

möglich bzw. erwünscht ist (vgl. ebd.:34). Müller und Wagner (2015:36) fassen die Irritation und das Potential von solchen urbanen Experimentierräumen dann auch wie folgt zusammen:

„Der Gemeinschaftsgarten in seiner spezifischen Form als Hybrid zwischen bäuerlicher Subsistenz und urbaner Hipness ist das Vehikel einer neuen politischen Praxis. Man könnte auch sagen, hier wird mit der normativen Kraft des Faktischen gearbeitet, es werden öffentlich begehbbare Tatsachen geschaffen, die vielleicht noch nicht von der Rechtsordnung anerkannt werden, die jedoch von der politischen Ordnung durchaus wahrgenommen werden und dort die Routinen zunächst einmal stören.“

Eine weitere Spielart der „friedvollen“ Aneignung von Lebensräumen ist in dem sogenannten *Mietshäuser Syndikat* angelegt. Das Syndikat wurde 1992 von ehemaligen HausbesetzerInnen gegründet und umfasst aktuell 159 Wohnhäuser mit fast 4.000 BewohnerInnen. In Form einer Beteiligungsgesellschaft, in der die MieterInnen auch gleichzeitig EigentümerInnen sind, werden auf „legalem“ Wege Immobilien aufgekauft, die damit dem Spekulationsmarkt entzogen werden. Ziel ist es, abseits von neoliberalen Profitbestrebungen, längerfristig bezahlbaren und alternativen Wohnraum zu schaffen. Die sich im Kollektiveigentum befindlichen Häuser werden dabei paritätisch geführt. Hauskollektiv und Syndikat treffen im Verbund gemeinsam Entscheidungen, so dass z.B. der spekulative Verkauf von Wohnungen oder Häusern damit unterbunden werden kann (vgl. Rost 2014).

Die Militanz der 1970er und 1980er Jahre ist damit nicht mehr *en vogue*, obwohl es immer wieder zu konflikthaften Auseinandersetzungen kommt, wo auch Steine fliegen werden. Meist trägt aber die Politik vieles dazu bei, dass solche Konflikte nicht auf einer kommunikativ-friedvollen Ebene gelöst werden, da vorausgehende Kriminalisierung und Verhaftungen reflexartig eine Gegenwehr provozieren und produzieren. Dennoch sollten sich Hausbesetzungen oder Besetzungen allgemein mehr dem kreativen Potential öffnen, um in Zukunft ein breiteres Gehör und mehr Solidarität zu finden. Denn nur mit einer breiteren Masse hinter sich können Forderungen nicht mehr bloß marginalisiert werden, sondern fallen auf den benötigten Resonanzboden. Das plattitüdenhafte und durch eine Minderheit ins populistische verdrehte *Wir sind das Volk*, kann umgemünzt werden in *Wir sind die BewohnerInnen der Stadt* und kann dann nur eine gewisse Berechtigung finden, wenn es viele davon sind. Denn die Gründe für Hausbesetzungen sind in der Postmoderne - ob mit Happening-/DIY-Charakter oder als ernste Existenzwahrung - die gleichen. So lange es Privateigentum an Wohnungen/Häusern/Boden gibt, so lange werden Konflikte um spekulativen Leerstand, Wohnungsnot und den öffentlichen Raum bestehen bleiben. Durch solche Legitimationsdefizite der herrschenden Wohnungspolitik können dann auch die genannten Bewegungen mit großen Zuspruch aus verschiedenen Bevölkerungskreisen rechnen und eventuell dauerhaft

etwas bewegen. In Berlin waren die Paten der BesetzerInnenbewegung - wie z.B. große Demonstrationen, wie eine kritisch-planerische Fachintelligenz und eine Organisationsstruktur, die die Forderungen der Besetzer zu vermitteln versuchte - sehr wichtig, bei der Herstellung einer breiten Solidaritätsfront (vgl. Mayer:rosalux).

8. Resümee

Im Vorausgegangenen ist schon vieles erwähnt worden, was auch gut an dieser Stelle als Schlusswort hätte dienen können. Aber es gibt noch mehr zu sagen als nur einen Blick in eine vage Zukunft. Nicht ohne Grund sind im aktuellem Zeitdiskurs vermehrt Rufe nach Enteignung von monopolisierten Immobilienkonzernen zu vernehmen. Solche und weitere Forderungen sind zum anschwellenden Schlachtruf unserer Zeit geworden. Dazu gehören auch Forderungen nach staatlicher Kontrolle von Mieten. Ein Unterfangen ging in Richtung der sogenannten lokalen Mietbremse, wie sie kurzzeitig in Berlin praktiziert wurde, bevor der Bundesgerichtshof die Regulierung als nicht gesetzeskonform wieder einkassiert hat. Die fabulierten Horrorszenarien der Gegenseite, damit wieder einen staatlichen Sozialismus zu etablieren, sind ebenso absurd wie auch offensichtlich ist, dass Makler/Eigentümer nur ihre lukrativen Felle davonschwimmen sehen. Die Appelle nach bezahlbarem Wohnraum in deutschen Städten werden aber dadurch nicht gemindert, eher werden diese Stimmen *unisono* lauter und die Forderungen eindringlicher und vehementer. Diese Entwicklung ist auch nicht gerade verwunderlich in Anbetracht der Tatsache, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter wird und nur noch wenige sich teure (Miet-)Wohnungen in den Innenstädten leisten können. Dem „großen“ Rest bleibt nichts anderes übrig, als in andere, nicht-privilegierte Stadtteile oder sogar ganz aus der Stadt wegzuziehen. Die Gentrifizierung ist dabei zum „Brandbeschleuniger“ einer eindimensionalen, auf Profit orientierten Stadtentwicklung geworden. Der dabei jahrelang betriebene Ausverkauf von städtischen Räumen und die Dominanz einer neoliberalen Logik könnte sich wohl nun langsam rächen. Denn Wohnraum bzw. ein Dach über dem Kopf sind Grundbedürfnisse menschlicher Existenz. Dabei müssen nicht erst bei den Höhlenmenschen Zeugnisse dafür gesucht werden, damit dies untermauert wird. Vielmehr muss sich ein/-e jeder/jede nur selber fragen, wie es wäre, ohne einen privaten Schutzraum. Dass es dennoch tausende von Obdachlosen in einem der reichsten Länder der Welt gibt, ist schon ziemlich bedrückend genug und eigentlich ein zivilisatorische Kapitulation. Diese Zahl wird aber immer weiter steigen, sollte sich die Wohnungspolitik nicht schleunigst ändern. Die Folgen sind in US-amerikanischen Großstädten jetzt schon deutlich sichtbar, vor allem im hippen Surfer- und Sonnenstaat

Kalifornien. Hunderttausende Obdachlose zieren dort bereits die Gehwege. Wollen wir solche Verhältnisse hier nicht haben⁴⁶, ist schnelles Handeln von Nöten. Die Wohnbesichtigungsschlangen in München, Düsseldorf, Köln, Berlin erreichen jetzt schon täglich Rekordzahlen. Auf eine sonst durchschnittliche Wohnung bewerben sich hunderte BewerberInnen, trotz astronomischer Mieten. Die Abgehängten der Gesellschaft haben dann eh schon längst verloren. Dieser Zustand wird auf Dauer nicht länger vermittelbar sein, wenn der soziale Frieden nicht dauerhaft gestört werden will. Die in der vorliegenden Arbeit thematisierten gesellschaftlichen und urbanen Veränderungen haben den Druck auf den/die Einzelnen, trotz oder gerade wegen Individualisierung und Wahlfreiheiten, enorm erhöht. Immer schneller, größer und weiter wird zur Messlatte und zum Taktgeber für individuellen Erfolg. StadtstrategInnen unterfüttern diese manipulativen Narrative, indem sie die Städte hip und attraktiv ausrichten wollen. Gewachsene Stadtstrukturen fallen diesem „Mammon“ zum Opfer. Gleichzeitig wächst aber der Wunsch nach solidarischen Gemeinschaften und der Wunsch nach neuen Lebensräumen für ein selbstbestimmtes Leben. Mögen die ersten Hausbesetzungen aus einem Reflex gegen Wohnungsnot und Leerstand heraus erfolgt sein, so schwang neben einer kapitalistischen Systemkritik auch von Anfang an immer die süße Melodie nach autonomen Leben mit. Solche Freiräume in Städten, die gleichzeitig auch wichtige Schutzräume sein können, bereichern eine Stadtkultur ungemein. Ohne diese Vielfalt an Lebensentwürfen und Reallaboren würden urbane Stadträume vieles einbüßen und zu bloßen, künstlich hochgezüchteten und abgeschirmten, sterilen Wohnsilos verkommen. Das Tragische an alternativen Entwürfen ist aber auch, dass diese selber irgendwann zum Attraktivitätsfaktor für eine Gentrifizierung werden können, nämlich dann, wenn kreative, subkulturelle Strukturen zum gehobenem Lifestyle deklariert werden und Investoren wie Heuschrecken mit Aussicht auf Kapitalgewinn über das Quartier herfallen. Diesem Raubtierkapitalismus müsste von staatlicher Seite ein Riegel vorgeschoben werden. Von der Philosophin und US-amerikanischen Feministin Nancy Fraser wird bereits jene These vertreten (vgl. 2017), dass sich der Neoliberalismus ohnehin immer bei den Alternativbewegungen bedient hat. Fraser zufolge haben die Neoliberalen auch schon viele Begriffe und Ideen hier übernommen. Diese haben sie aber metaphorisch ihres widerspenstigen Kernes beraubt, also entkernt und sich einverleibt (vgl. rosalux⁴⁷) - ähnlich gentrifizierten Stadtteilen. Die verbrannte Erde, die dann meist bei einer „Reurbanisierung“ hinterlassen wird, trifft in Regel das untere Drittel und die Ränder der Gesellschaft. Dass aus dieser Not heraus Häuser

⁴⁶ Obwohl aktuelle Zahlen bereits für Berlin von einer Obdachlosenzahl von 52.000 Menschen ausgehen (vgl. dazu Schrader 2021).

⁴⁷ <https://www.rosalux.de/rosalux-history> (zuletzt angehört am 01.11.2021).

besetzt werden, ist nur eine weitere mögliche Konsequenz. In Zeiten von Pandemie und Homeoffice, wo in den Innenstädten tausende von hochmodernen Bürokomplexen leer stehen und nicht benutzt werden, dem aber gegenüber Millionen von Menschen dringend bezahlbaren Wohnraum benötigen, wären tägliche Schlagzeilen von Besetzungen mehr als verständlich. Diese Diskrepanz der Verhältnisse müsste aufgebrochen und es müssten grundlegende politische Stellschrauben verändert werden. Eine erste Maßnahme könnte der Verbot von Spekulation mit Wohnraum und Leerstand und ein bundesweiter Mietendeckel sein. Bezahlbarer und guter Wohnraum, auch über Enteignung von leerstehenden und ungenutzten Büro-/Wohnräumen, sollte zur obersten Priorität des Sozialstaates erhoben werden. Denn niemand sollte der Gefahr ausgesetzt werden, in die Obdachlosigkeit zu entgleiten. Das Recht auf Wohnraum müsste daher im deutschen Grundgesetz entsprechend verankert werden, weil es ein Menschenrecht ist, wie es auch im Artikel 16 der Europäischen Sozialcharta und im UN-Sozialpakt schon festgeschrieben wurde. Falls die Politik nicht den benötigten Referenzrahmen herstellt, werden Hausbesetzungen und Häuserkämpfe auch in Zukunft fort dauern, da die Betroffenen es als letztes und legitimes Mittel für den Kampf gegen unmenschliche Bedingungen begreifen. Eine kreative Umsetzung von Besetzungen, wie sie im Kapitel davor angeschnitten wurde, könnte dabei ein möglicher zukünftiger Weg sein, wird aber nicht immer mit Aktionskunst und Happening enden können. Die Ressourcen an Humankapital, die z.B. dem Gängelviertel bei der kreativen Besetzung geholfen haben, sind woanders vielleicht schlicht und einfach nicht vorhanden. Wenn es um die Bedrohung der eigenen Existenz geht, entstehen massive Ängste, die dann nicht selten oft nur noch in reine Abwehr und Abschottung münden. Die meisten Beispiele an Hausbesetzungen haben dies gezeigt und der Kreislauf aus Angriff und Abwehr wurde erst mit einer endgültigen staatlichen Machtdemonstration und Räumung (kurzzeitig) beendet. In einigen Fällen waren beide Seiten aufgrund des äußeren Drucks gezwungen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und der rechtsfreie Lebensraum wurde durch Mietverträge legalisiert. Dies sind singuläre „Erfolge“, auch wenn damit das Grundproblem an sich nicht gelöst wurde. Der Häuserkampf wird weitergehen, so lange mit Grund und Boden weiterhin wild spekuliert wird und fast ein ganzer Monatslohn allein nur für die Miete draufgeht. So lange Wohnrecht nicht als universelles Menschenrecht verankert wird und eine neoliberale Politik nur Gehör für die BesserverdienerInnen hat und Städte immer mehr zum lukrativen Investmentsektor runtergebrochen werden, so lange wird die Fehde und der „Klassenkampf“ fort dauern, denn wie sangen schon die *Scherben*...

Das ist unser Haus....ihr kriegt uns hier nicht raus.

Literaturliste

- Abelshauer, Werner (1983): Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945-1980). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Aders, Gebhard (2004): Bombenkrieg. Strategien der Zerstörung 1939 – 1945. Bergisch-Gladbach: LiCo.
- Aksu, Erdogan (2019): Hans Hansen. Ein Künstlerarchitekt zwischen Avantgarde und Heimatstil. Baden-Baden: Tectum.
- amantine ohne Vor- bzw. Nachname (2011): Gender und Häuserkampf. Münster: UNRAST-Verlag.
- amantine ohne Vor- bzw. Nachname (2012): »Die Häuser denen, die drin wohnen!« Kleine Geschichte der Häuserkämpfe in Deutschland. Münster: UNRAST-Verlag.
- Amin, Ash/Thrift, Nigel (2002): Cities. Reimagining the Urban. Bristol.
- Aust, Stefan/Rosenblatt, Sabine (1981): Hausbesetzer. Wofür sie kämpfen, wie sie leben und wie sie leben wollen. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Bäumer, Tobias (2009): Zeichen setzen! P.S. Graffiti sind Krieg. In: Schöneberger, Klaus/Sutter, Ove (Hrsg.): Kommt herunter, reiht euch ein...Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen. Berlin: Assoziation A., S.108-129.
- Bahrtdt, Hans Paul (1961): Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Hamburg: Rowohlt.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Becker, Martin (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit. Stuttgart: Kohlhammer.
- Bender, Harald F. (1997): Die Zeit der Bewegung – Strukturpolitik und Transformationsprozesse. Beiträge zur Theorie sozialer Bewegungen und zur Analyse kollektiven Handelns. Frankfurt am Main: Lang.
- Berkin, Helmut/Löw, Martina (Hrsg.) (2008): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Best, Ulrich/Gebhardt, Dirk (2001): Ghetto-Diskurse. Geographie der Stigmatisierung in Marseille und Berlin. Potsdam: Universitätsverlag.

- Birke, Peter (2014): Autonome Sehenswürdigkeit. Die Rote Flora und die Hamburger Stadtentwicklung seit den späten 1980er Jahren. In: Sozial. Geschichte Online 13, S.80-104.
- Boeing, Niels (2015): Von wegen Überlegungen zur freien Stadt der Zukunft. Hamburg: Nautilus.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen, S.183-198.
- Bourdieu, Pierre (1997): Zur Genese der Begriffe Habitus und Feld. In: Derselbe: Der Tote packt den Lebenden. Hamburg: VSA Verlag.
- Brocchi, Davide (2017): Urbane Transformation. Zum Guten Leben in der eigenen Stadt. Waldkirchen: VAS-Verlag für akademische Schriften.
- Brocchi, Davide (2019): Große Transformation im Quartier. Wie aus gelebter Demokratie Nachhaltigkeit wird. München: oekom Verlag.
- Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Canham, Stefan (2006): Bauwagen. Mobile Squatters. Berlin: Peperoni Books.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Konstanz: UVK Universitätsverlag.
- Castel, Robert (2009): Negative Diskriminierung. Jugendrevolte in den Pariser Banlieues. Hamburg: Hamburg Edition.
- Ceylan, Rauf (2006): Ethnische Kolonien. Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafés. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Danyluk, Roman (2019): Blues der Städte. Die Bewegung 2. Juni – eine sozialrevolutionäre Geschichte. Bodenburg: Verlag Edition AV.
- Delfante, Charles (1999): Architekturgeschichte der Stadt. Darmstadt: Primus Verlag.
- Donsbach, H. (2012): Von alten Steinen und neuen Wünschen. Auf den Spuren des historischen Gängeviertels. In: Gängeviertel e.V. (Hrsg.): Mehr als ein Viertel. Ansichten und Absichten aus dem Hamburger Gängeviertel. Hamburg: Assoziation A, S.56-89.
- Durkheim, Émile (1981): Die elementaren Formen des religiösen Lebens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Durkheim, Émile/Mauss, Marcel (1993): Über einige primitive Formen von Klassifikation. Ein Beitrag zur Erforschung der kollektiven Vorstellungen. In: Durkheim, Émile: Schriften zur Soziologie der Erkenntnis. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eckhardt, Frank (2009): Die komplexe Stadt. Orientierung im urbanen Labyrinth. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Engels, Friedrich (1872/73): Die Wohnungsfrage. In: *MEW* (1972): Bd.18, Berlin: Dietz, S.209-287.
- Engels, Friedrich: Die Stellung der Bourgeoisie zum Proletariat. In: *MEW* (1972): Bd. 2, Berlin: Dietz, S.486-506.
- Erb, Sebastian (2013): Großrazzia in linken Hausprojekten. In: TAZ-Online, 14.08.2013. <https://taz.de/Polizeiliche-Ermittlungen!/5061222/>.
- Fedrowitz, Micha/Gailing, Ludger (2003): Zusammen wohnen. Gemeinschaftliche Wohnprojekte als Strategie sozialer und ökologischer Stadtentwicklung. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Blaue Reihe 112. Dortmund, S.1-12.
- Fleckner, Uwe/Warnke, Martin/Ziegler, Hendrik (Hrsg.) (2011): Handbuch der politischen Ikonographie, Bd. 1. München: Verlag C.H. Beck.
- Frank, Sibylle (2012): Eigenlogik der Städte. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): Handbuch der Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer VS, S.289-310.
- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr.2, S.71-76.
- Friedrichs, Jürgen (1995). Stadtsoziologie. Opladen: Leske + Budrich.
- Füller, Henning (2014): Die Stadt im Diskurs. In: Belinda, Bernd/Naumann, Matthias/Strüver, Anke (Hrsg.): Handbuch kritische Stadtgeographie. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S.70-74.
- Gabriel, R./Sitte, U./Walter, M. (2012): Scheibchen für Scheibchen. Verhandlungsschronologie bis Status quo. In: Gängeviertel e.V. (Hrsg.): Mehr als ein Viertel. Ansichten und Absichten aus dem Hamburger Gängeviertel. Hamburg: Assoziation A, S.90-117.
- Gaebe, Wolf (2004): Urbane Räume. Stuttgart: UTB.

- Galuske, Michael (2002): Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft. Weinheim: Juventa-Verlag.
- Geronimo, o. N. (1990): Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen. Berlin: Edition ID-Archiv.
- Glass, Ruth (1964): London: aspects of change. London: MacGibbon & Kee.
- Glätzer, Harald (1978): Landkommunen in der BRD. Flucht oder konkrete Utopie? Bielefeld: AJZ-Druck.
- Grashoff, Udo (2011): Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlendung in der DDR. Göttingen: vr unipress.nj
- Grauwacke, A. G. (Hrsg.) (2003): Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren. Berlin: Assoziation A.
- Guglielmino, Sara/Manuel Aguigah (2021): Kein Zuhause mehr vor der Köpi. In: TAZ-Online, 15.10.2021. <https://taz.de/Raeumung-des-Koeipi-Wagenplatzes-in-Berlin/!5808168/>
- Hagen, Sabine (2016): „Gemeinschaftliches Wohnprojekt B.R.O.T.-Haus“. Praktiken zur Herstellung von Solidarität. Wien: Universität Wien (Masterarbeit).
- Haller, Michael (Hrsg.) (1981): Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft. Hamburg: Rowohlt.
- Hamburger Hamburger Abendblatt, 02.12.1970.
- Hartmann, Sophie (2016): Stadtentwicklung und Migration. Von Marginalisierung und Potentialen. Konsequenzen für eine kritische Berufspraxis der soziokulturellen Animation im Spannungsfeld der Stadtentwicklung und Migration. Luzern: Hochschule für Soziale Arbeit.
- Harvey, David (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism – The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. In: Geografiska Annaler, B71, S.3-17.
- Harvey, David (1991): Geld, Zeit und Raum und die Stadt. In: Wentz, Martin (Hrsg.): Stadt-Räume. Die Zukunft des Städtischen. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S.149-168.
- Harvey, David (2013): Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution. Berlin: Suhrkamp.

- Haunss, Sebastian (2013): Die Autonomen – eine soziale Bewegung zwischen radikaler Gesellschaftskritik und Subjektivismus. In: Schultens, René/Glaser, Michaela (Hrsg.): ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen. Halle: Brandung Leipzig, S.26-46
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main: Campus.
- Häußermann, Hartmut/Läpple, Dieter/Siebel, Walter (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heeg, Susanne (2016): Zur Neuordnung des Städtischen im neoliberalen Zeitalter. Eine wissenschaftliche Debatte. In: Oehler, Patrick/Thomas, Nicola/Drilling, Matthias (Hrsg.): Soziale Arbeit in der unternehmerischen Stadt. Kontexte, Programmatiken, Ausblicke. Wiesbaden: Springer VS, S.11-22.
- Heineberg, Heinz (2014): Stadtgeographie. Paderborn: Schöningh.
- Hermann, Michael (1987): Chronik der Ereignisse. In: Hermann, Michael/Lenger, Hans-Joachim/Reemtsma, Jan-Philipp/Roth, Karl-Heinz (Hrsg.): Hafensstraße – Chronik und Analysen eines Konfliktes. Hamburg: Verlag am Galgenberg, S.129-256.
- Hirsch, Joachim (1985): Fordismus und Postfordismus. Die gegenwärtige gesellschaftliche Krise und ihre Folgen. In: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 26, Nr. 2. Springer-Verlag S-160-182.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg: VSA-Verlag.
- Hoffmann, Karsten Dustin (2011): Rote Flora. Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg. Baden-Baden: Nomos.
- Holm, Andrej/Kuhn, Armin (2010): Häuserkampf und Stadterneuerung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Blätter Verlagsgesellschaft, S.107-115.
- Holm, Andrej (2010): Wir bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster: Unrast.
- Holm, Andrej (2011): Ein ökosoziales Paradoxon – Stadtumbau und Gentrification. In: politische ökologie 124: Post-Oil City. Die Stadt von morgen. oekom-Verlag, S.45-42.

- Holm, Andrej (2019): Mietenwahnsinn. Ökonomische und politische Kontexte der Wohnungskrise. In: Forum Wissenschaft, Nr. 2/19, S.4-7.
- Holm, Andrej (2021): Marktversagen, Staatsversagen und die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation des Wohnens. In: Spars, Guido (Hrsg.): Wohnungsfrage 3.0. Stuttgart: Kohlhammer, S.113-133.
- Howard, Ebenezer (1898): A Peaceful Path to real Reform. (deutsche Neuaufl.: (1902): Gartenstädte in Sicht. Jena: Diederichs.
- Jonas, Michael/Nessel, Sebastian/Tröger, Nina (2021): Reparieren, Selbermachen und Kreislaufwirtschaften. Wiesbaden: Springer.
- Jones, Allison (2013): Selbstbestimmtes Leben: Hamburg's Rote Flora and the Roots of Autonomie in Twentieth Century Germany. Alberta: University of Alberta (Masterarbeit).
- Kampe, Nicole (2019): Hotelpläne in Flingern gekippt. In: Rheinische Post-Online, 17.04.2019. https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/duesseldorf-flingern-hotelplaene-fuer-kiefernstrasse-gekippt_aid-38157171
- Karakayali, Serhat (2004): Lotta Continua in Frankfurt, Türken-Terror in Köln. In: grundrisse. zeitschrift für linke theorie und debatte.
- Kasper, Sebastian (2019): Spontis. Eine Geschichte antiautoritärer Linker im roten Jahrzehnt. Münster: Edition Assemblage.
- Keller, Luzia/Berisha, Roze/Hasler, Nadine (2018): Recht auf Raum. Eine qualitative Forschungsarbeit über die Rolle der SKA in Rauman eignungsprozessen bei Hausbesetzungen. Luzern: Hochschule Luzern (Bachelor-Arbeit).
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2007): Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kil, Wolfgang/Zwickert, Gerhard (2003): Werksiedlungen. Wohnform des Industriezeitalters. Dresden: Verlag der Kunst.
- Knopp, Gisbert (2006): Wohn- und Arbeitersiedlungen im Rheinland. Eine Zwischenbilanz aus denkmalpflegerischer Sicht. In: Arbeitshefte der rheinischen Denkmalpflege, Nr.67. Worms: Wernersche Verlagsgesellschaft.
- Korby, Wilfried/Heckl, Franz Xaver (2008): Städtische Räume im Wandel. Gotha: Klett-Perthes.

- Kowalski, H./Stillich, S. (2012): Besuch von der älteren Verwandtschaft. Gespräche mit aktiven aus der Hafenstrasse, der Roten Flora und dem Centro Sociale. In: Gängeviertel e.V. (Hrsg.): Mehr als ein Viertel. Ansichten und Absichten aus dem Hamburger Gängeviertel. Berlin&Hamburg: Assoziation A.
- Kraus, Beate/Gebauer, Gunter (2002): Habitus. Bielefeld: Transcript-Verlag.
- Kreis, Reinhild (2017): Heimwerken als Protest. Instandbesetzer und Wohnungspolitik in West-Berlin während der 1980er Jahre. In: Zeithistorische Forschungen, Heft 14. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S41-67.
- Kreus, Arno/von der Ruhren, Norbert (Hrsg.) (2008): Fundamente Geographie. Leipzig: Klett.
- Kuhn, Armin (2012): Zwischen gesellschaftlicher Intervention und radikaler Nischenpolitik. Häuserkämpfe in Berlin und Barcelona am Übergang zur neoliberalen Stadt. In: Balz, Hanno/Friedrichs, Jan-Henrik (Hrsg.): „All We Ever Wanted...“: Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre. Berlin: Dietz Verlag.
- Kuhn, Armin (2014): Hausbesetzungen. In: Belinda, Bernd/Naumann, Matthias/Strüver, Anke (Hrsg.): Handbuch Kritische Stadtgeographie. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Kurzlechner, Werner (2009): Kollwitzplatz: Prekäres Paradies. In: TAZ-Online, 29.04.2009. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/prenzlauer-berg-kollwitzplatz-prekaeres-paradies/1800204.html>.
- Lansing, Niclas (2020): Geschichte und Entwicklung von Hausbesetzungen in Deutschland. Düsseldorf: HSD-Bachelorthesis.
- Lefèbvre, Henri (1947): La production de l'espace. Paris.
- Lefèbvre, Henri (1968): Le droit à la ville. Paris: Anthropos. (Oder deutsche Ausgabe (2016): Das Recht auf Stadt. Hamburg: Edition Nautilus).
- Lefèbvre, Henri (1991): The Production of Space. Oxford/Cambridge.
- Lehberger, Roman/Siemens, Ansgar/Witte, Jens (2020): Kampf um „Liebig 34“. In: Spiegel-Online, 08.10.2020. <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/berlin-kampf-um-liebig-34-worum-es-bei-der-raeumung-geht-a-105c96e6-fd2c-401b-9eb9-02c54233475a>
- Lehning, Klaus (2006): Aus der Geschichte lernen - die Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren, die Heimkampagne und die Heimreform. Kassel.

- Leisering, Lutz (1998): Sozialstaat und Individualisierung. In: Friedrichs, Jürgen: Die Individualisierungs-These. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.63-78.
- Lenzi, Antonio (2016): Die Entstehung der italienischen revolutionären Linken: das Beispiel von „Il Manifesto“ und „Lotta Continua“. In: Arbeit - Bewegung - Geschichte. Zeitschrift für historische Studien, Heft I/2016.
- Löw, Martina/Sturm, Gabriele (2005): Raumsoziologie. In: Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.31-48.
- Löw, Martina (2008): Soziologie der Städte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Löw, Martina (2010): Stadt- und Raumsoziologie. In: Kneer, Georg/Schroer, Markus (Hrsg.) (2010): Handbuch Spezielle Soziologien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Löw, Martina (2012): Raumsoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundriß einer Theorie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Macher, Hans-Jürgen (2007): Methodische Perspektiven auf Theorien des sozialen Raumes. Zu Henri Lefèbvre, Pierre Bourdieu und David Harvey. Neu-Ulm: Verein zur Förderung der sozialpolitischen Arbeit.
- Mallet, Carl-Heinz (2000): Die Leute von der Hafestraße: Über eine andere Art zu leben. Hamburg: Edition Nautilus.
- Mayer, Margit/Roth, Roland/Brandes, Volkhard (Hrsg.) (1978): Stadtkrise und soziale Bewegungen. Texte zur internationalen Entwicklung. Köln: Europäische Verlagsanstalt.
- Mayer, Margit (2010): Social Movements in the (Post-)Neoliberal City. Civic City Cahier 1. London: Bedford Press.
- Mayer, Margit (2014): Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen. In: Gestring, Norbert/Ruhne, Renate/Wehrheim, Jan: Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: VS-Verlag, S.25-27.
- Mayer, Margit/Thörn, Catharina/Thörn Hakan (2016): Urban Uprisings: Challenging Neoliberal Urbanism in Europe. London: Palgrave Macmillan.
- Manderscheid, Katharina (2006): Sozialräumliche Grenzgebiete: Unsichtbare Zäune und gegenkulturelle Räume. In: Zeitschrift Sozialer Sinn, Nr. 7 (2), S.273-299).

- Marx, Karl (1857/58): Grundriss der Kritik der politischen Ökonomie. In: *MEW* (1983): Bd.42, Berlin: Dietz, S.19-875.
- Meinhof, Ulrike (1966): Heimkinder in der Bundesrepublik – Aufgehoben oder abgeschoben? In: Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik 21, Nr. 9, S.616-626.
- Merryfield, Andy (2006): Henry Lefebvre: A Critical Introduction. New York: Routledge.
- Müller, Christa (2011): Guerilla Gardening und andere Strategien der Aneignung des städtischen Raums. In: Bergmann, Malte/Lange, Bastian (Hrsg.): *Eigensinnige Geographien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.282-288.
- Müller, Christa/Werner, Karin (2015): Neuer Urbanismus. Die *New School* grüner politischer Utopie. In: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S.31-43.
- Nagel, Torsten (1993): Die Häuser gehören uns. HausbesetzerInnen zwischen Autonomie und Integration. Dargestellt anhand ausgewählter Beispiele. Düsseldorf.
- Peuckert, Rüdiger (2012): Familienformen im sozialen Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pongs, Armin (1999): In welcher Gesellschaft leben wir? München: Dilemma-Verlag.
- Posener, Julius (Hrsg.) (1968): Ebenezer Howard. Gartenstädte von morgen. Das Buch und seine Geschichte. In: *Bauwelt-Fundamente*. Bd. 21; Berlin: Ullstein.
- Proudhon, Pierre-Joseph (1840: Was ist das Eigentum? Erste Denkschrift: Untersuchungen über den Ursprung und die Grundlagen des Rechts und der Herrschaft. <https://static.twoday.net/sentenzen/files/proudhon.htm>
- Pruijt, Hans (2004): Okupar en Europa. In: Martínez Lopez, Miguel/Adell, Ramón (Hrsg.): *Dónde están las llaves? El movimiento okupa: prácticas y contextos Sociales*. Madrid: La Catarata, S.35-60.
- radikal (1981): Nr.9.
- Rauterberg, Hanno (2013): Wir sind die Stadt! Urbanes Leben in der Digitalmoderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Reckwitz, Andreas (2009): Die Selbstkulturalisierung der Stadt: Zur Transformation moderner Urbanität in der „creative city“. In: Mittelweg 36/18 (2), S.2-34.
- Reichhardt, Hans J./Schäche, Wolfgang (1998): Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörung der „Reichshauptstadt“ durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen. Berlin: Transit Buchverlag.
- Reimer, Rony (2013): Die Kunst des gemeinsamen: Potenziale und Herausforderungen selbstverwalteter Wohnprojekte. Sozialwissenschaften & Berufspraxis, Nr. 36 (1), S.1-13.
- Reiser, Rio (1997): König von Deutschland. Berlin: Kiepenheuer & Witsch.
- Rekittke, Volker/Becker, Klaus Martin (1995): Politische Aktionen gegen Wohnungsnot und Umstrukturierung und die HausbesetzerInnenbewegung in Düsseldorf von 1972 bis heute. Düsseldorf: Fachhochschule Düsseldorf (Diplomarbeit).
- Ring, Max (1872): Ein Besuch in Barackia. In: Keil, Ernst (Hrsg.): Die Gartenlaube, Heft 28. Leipzig: Verlag von Ernst Keil, S.458-461.
- Ronneberger, Klaus/Lanz, Stephan/Jahn, Walther (1999): Die Stadt als Beute. Bonn: Dietz Verlag.
- Rost, Stefan (2014): Das Mietshäuser Syndikat. In: Helfrich, Silke (Hrsg.): Commons. Für neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: Transcript.
- Roth, Roland (1981): Die Magie des fliegenden Pflastersteins. Zu einigen Neuerscheinungen über die Hausbesetzungen und Jugendrevolten von 1980/81. In: Leirer, Herbert/Pilgram, Arno/ Stangl, Wolfgang (Hrsg.): Kriminalsoziologische Bibliografie, Jg. 8, Heft 32-33. Wien.
- Schneidewind, Uwe (2014): Urbane Reallabore – ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt. pnd-online, III/2014.
- Schrader, Hannes (2021): Leute wie ich werden – zack -einfach aussortiert. In: Spiegel-Online, 08.10.2021. <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/obdachlosigkeit-in-berlin-leute-wie-ich-werden-zack-einfach-aussortiert-a-550da213-c3b8-45f8-a147-2b7d5e452851>
- Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika (2019): Der Kampf ist nicht zu Ende. Geschichte und Aktualität linker Gewalt. Freiburg: Herder.

- Schuldt, Kristina (2011): Das Gängeviertel in Hamburg. Ethnographie einer spät-modernen Hausbesetzung. München: Ludwig-Maximilians-Universität (Magisterarbeit).
- Schulz, T. (1972): Zum Beispiel Eppsteinerstraße 47. Wohnungskampf, Hausbesetzung, Wohnkollektiv. In: Enzensberger, Hans Magnus/Michel, Karl Markus (Hrsg.): Kursbuch 27. Planen – Bauen – Wohnen. Berlin: Kursbuch Verlag, S.85-97.
- Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berlin-Verlag.
- Setzt, Bernhard (Hrsg.) (1981): Schwarzbuch. Modell Düsseldorf: Wohnungen frei! Düsseldorf.
- Sichtermann, Kai/Johler, Jens/Stahl, Christian (2003): Keine Macht für Niemand. Die Geschichte der Ton Steine Scherben. Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf.
- Sichtermann, Barbara/Sichtermann, Kai (2017): Das ist unser Haus. Eine Geschichte der Hausbesetzung. Berlin: Aufbau Digital.
- Simmel, Georg (1995): Die Großstädte und das Geistesleben. In: Kramme, Rüdiger (Hrsg.): Georg Simmel. Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908. Bd. 1, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.116-131.
- Smith, Neil/Williams, Peter (Hrsg.) (1986): Gentrification of the City. Boston.
- Sontheimer, Michael (2020): Erste westdeutsche Hausbesetzung. „Das ist unser Haus“. In: Spiegel-Online, 19.09.2020. <https://www.spiegel.de/geschichte/erste-hausbesetzung-der-brd-beginn-des-frankfurter-haeuserkampfes-1970-a-28225cce-2e47-4089-bac0-9af8570dbde1>
- Stambolis, Barbara (1996): Stadtplanung und Aufbau kriegszerstörter Städte nach 1945. Konzepte, Handlungsfelder und personelle Kompetenzen am Beispiel des Neuaufbaus in Paderborn. In: Westfälische Zeitschrift 146, S.351-366.
- Strubelt, Wendelin (2000): Stadtentwicklung. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen: Leske+Budrich, S.222-235.
- Trautsch, Matthias (2020): 50 Jahre Häuserkampf. Das ist unser Haus. In: Online-FAZ, 18.09.2020. <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/50-jahre-haeuserkampf-in-frankfurt-das-ist-unser-haus-16958662.html>

- Vinken, Gerhard (2010): Zone Heimat. Altstadt im modernen Städtebau. München: Deutscher Kunstverlag.
- Vonarburg, Fabio (2017): Spielregeln für Hausbesetzer werden geändert – Eine Anleitung für Hauseigentümer und Besetzer. In: Watson-Online, 12.09.2017. (<https://www.watson.ch/schweiz/wirtschaft/457135404-spielregeln-fuer-hausbesetzung-werden-geaendert-eine-anleitung-fuer-eigentuemer-und-besetzer>)
- Wagner, Leonie (2009): Soziale Arbeit und soziale Bewegungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Werlen, Benno/Reutlinger, Christian (2005): Sozialgeographie: eine disziplinäre Positionierung zum Sozialraum. In: Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.1-22.
- Werner, Karin (2011): Eigensinnige Beheimatungen. Gemeinschaftsgärten als Orte des Widerstandes gegen die neoliberale Ordnung. In: Müller, Christa (Hrsg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in der Stadt. München: oekom, S.54-75.
- Wetzel, Madlen (2014): Die politische Bedeutung von Hausbesetzungen im ländlichen Raum und der Stadt und die politischen Herausforderungen an die Soziale Arbeit. Roßwein: Hochschule Mittweida/Roßwein (Bachelorarbeit).
- Wildner, Kathrin (2012): Transnationale Urbanität. In: Eckhardt, Frank (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer VS, S.213-229.
- Will, Thomas/Lindner, Ralph (Hrsg.) (2012): Gartenstadt: Geschichte und Zukunftsfähigkeit einer Idee. Dresden: W.E.B. Universitätsverlag.
- Wimmer, Christopher (2021): Lumpenproletariat. Die Unterklassen zw. Diffamierung und revolutionärer Handlungsmacht. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Wirth, Louis (1974): Urbanität als Lebensform. In: Herlyn, Ulfert (Hrsg.): Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung. München: Nymphenburger Verlagshandlung, S.42-67.

- Wolf, Dietmar (2016): Berliner HausbesetzerInnen-Geschichte: Das Neo-Nazi-Haus Weitlingstraße 122 in Berlin-Lichtenberg. In: Online-telegraph, 18.02.2016. <https://telegraph.cc/berliner-hausbesetzerinnen-geschichte-das-neo-nazi-haus-weitlingstrasse-122-in-berlin-lichtenberg/>
- Zehner, Klaus (2001): Stadtgeographie. Gotha: Klett-Perthes.
- Zilic, Ankica (o.J.): Hausbesetzungen in Wien und alternatives Wohnen. Wien: Technische Universität (Diplomarbeit).
- Zukin, Sharon (1998): Städte und die Ökonomie der Symbole. In: Kirchberg, Volker/Göschel, Albrecht (Hrsg.): Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

Erklärung

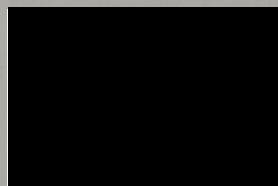
Hiermit versichere ich, dass ich meine Bachelor-Thesis zum Thema:

Stadt und Hausbesetzung. Geschichte und Entwicklung des urbanen „Häuserkampfes“ in der BRD selbstständig verfasst und keine anderen Hilfsmittel, als die angegebenen benutzt habe. Alle Stellen, die von Autoren wörtlich oder sinngemäß übernommen sind, habe ich durch Angabe von Quellen als Zitat kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher weder in Teilen noch insgesamt einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Ich bin nicht damit einverstanden, dass ein Exemplar meiner Bachelor-Thesis zur Einsicht ausgelegt wird.

Nuss, 25.11.2021

(Ort, Datum)



ERdoğan AKSÜ

(Unterschrift / Vor- und Zunamen)